

12.312

**Standesinitiative Waadt.
Nationalgestüt.
Sicherstellung des Betriebs
Initiative cantonale Vaud.
Assurer l'exploitation
d'un haras national**

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.12 (Vorprüfung – Examen préalable)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

*Der Initiative wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite à l'initiative*

12.313

**Standesinitiative Freiburg.
Kein Palmöl auf unseren Tellern
Initiative cantonale Fribourg.
Bannir l'huile de palme
de nos assiettes**

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.12 (Vorprüfung – Examen préalable)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt, der Standesinitiative keine Folge zu geben. Es liegt kein anderer Antrag vor.

*Der Initiative wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite à l'initiative*

12.052

**Abtreibungsfinanzierung
ist Privatsache – Entlastung
der Krankenversicherung
durch Streichung der Kosten
des Schwangerschaftsabbruchs
aus der obligatorischen
Grundversicherung.
Volksinitiative**

**Financer l'avortement
est une affaire privée – Alléger
l'assurance-maladie
en radiant les coûts
de l'interruption de grossesse
de l'assurance de base.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 09.05.12 (BBl 2012 5409)

Message du Conseil fédéral 09.05.12 (FF 2012 4991)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Fortsetzung – Suite)

Schmid-Federer Barbara (CE, ZH), für die Kommission: Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» wurde am 4. Juli 2011 von einem aus 27 Mitgliedern bestehenden überparteilichen Initiativkomitee eingereicht. Die Initiative basiert auf der Motion Föhn 09.3525, welche am 12. April 2011 vom Parlament abgelehnt worden ist. Bei dieser Initiative geht es formell nicht um die Frage «Schwangerschaftsabbruch – ja oder nein?», sondern um die Frage der solidarischen Finanzierung des straffreien Schwangerschaftsabbruchs durch die Grundversicherung. Die Initiative verlangt, dass Abtreibungen und Mehrlingsreduktionen aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung gestrichen werden, unter Vorbehalt von seltenen Ausnahmen. Gemäss Initianten wären dies Vergewaltigung oder Gefährdung des Lebens der Mutter.

Mit ihrer Initiative wollen die Initianten die obligatorische Krankenversicherung von ihrer Meinung nach fragwürdigen Leistungen entlasten und somit Kosten sparen. Wer plane abzutreiben, könne freiwillig eine Zusatzversicherung abschliessen. Erklärte Ziele sind die Senkung der Prämien und die Reduktion der Anzahl Abtreibungen. Bei einer Annahme der Initiative würde es eine Übergangsfrist von neun Monaten geben.

Am 2. Juni 2002 stimmte die Schweizer Bevölkerung mit 72,2 Prozent Jastimmen dem strafflosen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen zu. Gleichzeitig befürwortete die Bevölkerung, dass die obligatorische Krankenpflegeversicherung die Kosten für einen strafflosen Abbruch übernimmt.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Streichung der Übernahme der Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs schädliche gesundheitliche und soziale Auswirkungen hätte. Aus seiner Sicht ist es wichtig, dass die Schwangere informiert und beraten wird und dass sie den Abbruch schriftlich verlangt. Dies ist innerhalb des heutigen Rechtes festgelegt. Bei einem Ausschluss aus der Versicherung würde der Abbruch vielfach ausserhalb des gesetzlichen Rahmens ausgeführt. Dabei könnte die Behandlungsqualität nicht garantiert werden, was schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen und entsprechende Kostenfolgen nach sich ziehen könnte.

Der Bundesrat lehnt die Initiative auch deshalb ab, weil neu die finanzielle Lage der Frau den Entscheid für einen Abbruch beeinflussen würde. Es würde zudem eine Rechtsunsicherheit entstehen, denn man müsste feststellen, wer wirklich vergewaltigt wurde und wer nicht. Des Weiteren weist

der Bundesrat darauf hin, dass die Einsparungen äusserst gering wären, zumal die Abbruchrate in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr tief sei. Der Bundesrat empfiehlt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Die Mehrheit der Kommission lehnt die Initiative ebenfalls klar ab. Es wurde in der Kommission mehrmals erwähnt, dass die Argumentation der Initianten widersprüchlich sei. So sagten diese beispielsweise einerseits, es gehe nur um die Kosten, andererseits aber, es gehe nicht um die Kosten, sondern um die Ethik. Gemäss der Mehrheit der Kommission könnten mit dieser Initiative die Kosten nur marginal bzw. gar nicht gesenkt werden. Santésuisse spricht von aktuell insgesamt 8 Millionen Franken Abtreibungskosten pro Jahr. Das sind 0,03 Prozent der gesamten Gesundheitskosten, Tendenz sinkend, denn es gibt immer weniger Abtreibungen. Es gilt ausserdem zu bedenken, dass Frauen die Kosten via Selbstbehalt und Franchise zu einem grossen Teil selber tragen. Die Ersparnis pro Beitragszahler wäre demnach minim. Indirekte Kosten eines illegalen Abbruchs, welche von der Krankenkasse übernommen werden müssten, könnten die Kosten sogar ansteigen lassen.

Die Mehrheit der Kommission betont, dass mit dieser Initiative keine Reduktion der Anzahl Abtreibungen erzielt werden kann. Der Entscheid für oder gegen eine Abtreibung wird angesichts der Lebensperspektiven gefällt, die sich aufgrund der bestehenden Situation ergeben und nicht aufgrund eines Abwägens, ob die Kosten für einen Abbruch bezahlbar sind oder nicht. Eine solche rein wirtschaftliche Betrachtungsweise verkennt die wahre Situation eines Schwangerschaftskonflikts und die Tragik, die jeweils dahintersteht. Die Abtreibungsrate ist übrigens seit der Einführung der Fristenregelung tendenziell eher gesunken und ist in der Schweiz ohnehin sehr tief.

Im Namen der Freiheit setzen sich die Initiantinnen und Initianten dafür ein, dass wir keine Leistungen querfinanzieren müssen, die wir selber ablehnen. Da stellt sich dann natürlich die Frage, ob wir hier nicht eine Büchse der Pandora öffnen. Welches wäre die nächste Leistung, welche wir dann unter solchen Voraussetzungen streichen würden? Zum Beispiel, wenn jemand jahrelang geraucht hat und dann deswegen Kosten verursacht? Die obligatorische Krankenversicherung funktioniert nach dem Solidaritätsprinzip. Mit der Streichung dieser Leistung aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung fände eine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen statt. Sie würde jene Frauen am stärksten treffen, die sich wegen ungeplanter Schwangerschaft ohnehin in einer Notlage befinden und von ihrer Lebenslage her finanziell wenig Spielraum haben. Sie hätten eine grosse zusätzliche Belastung zu tragen, wenn ihnen noch die finanziellen Kosten für den Schwangerschaftsabbruch aufgebürdet würden. Die Frauen und nicht etwa die mitverantwortlichen Männer würden sozial isoliert.

Mit einem Ja zu dieser Initiative würde die vom Volk angenommene Fristenregelung, wonach jede Frau Zugang zu einem fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch hat, wieder zunichtegemacht. Ungewollte Schwangerschaften stellen eine gesundheitliche Gefährdung und Belastung für die betroffenen Frauen dar. Sie sind vergleichbar mit anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Depressionen, Unfällen, Stoffwechselerkrankungen usw., deren Behandlung von der Solidargemeinschaft der Versicherten getragen wird. Der Schwangerschaftsabbruch wird via Krankenversicherung finanziert. Der Gesetzgeber war zudem der Ansicht, dass eine ungewollte Schwangerschaft stets ein Gesundheitsrisiko darstellt.

Die Idee der Initianten betreffend Abschlüssung einer Zusatzversicherung wurde von der Kommissionsmehrheit als befremdend empfunden. Keine Frau plant, dereinst eine Abtreibung zu vollziehen. Geburt ist auch keine Krankheit, Kontrollen der Schwangerschaft auch nicht. Abtreibungen lassen sich nicht durch Sanktionen, sondern durch gute Lebensperspektiven verhindern.

Die Minderheit wollte in erster Linie das Zeichen setzen, dass jemand für die Kosten einer selbstverschuldeten Ab-

treibung selbst aufzukommen habe, schliesslich seien die Möglichkeiten zur Verhütung vorhanden. Es wurde ebenfalls betont, dass es nicht darum gehe, die Fristenlösung infrage zu stellen. Die Minderheit schloss sich der Argumentation der Initianten an, welche auf die Menschenwürde des Embryos und auf die Gewissensfreiheit der Prämienzahler verwies, und betonte, dass es Aufgabe des Staates sei, das menschliche Leben zu schützen.

Gemäss Auffassung der Mehrheit hält die Initiative nicht, was sie verspricht. Die Initiative führt entgegen ihrer bereits im Titel festgehaltenen Absicht nicht zu einer Kosteneinsparung, geschweige denn zu einer Prämienverbilligung. Sie wird somit zu einer unnützen Sparübung zulasten der betroffenen Frauen. Wenn das Ziel der Initiative nicht erreicht werden kann, dann fragt man sich, was denn sonst die Absicht ist. Die Kommission lehnt die Initiative klar ab, und zwar mit 18 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Im Namen der Mehrheit bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Steiert Jean-François (S, FR), pour la commission: La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique a soutenu, par 18 voix contre 5 et 1 abstention, la proposition du Conseil fédéral de recommander de rejeter l'initiative pour la suppression du financement de l'avortement légal par l'assurance-maladie obligatoire. Elle a renoncé à entrer en matière sur un contre-projet à l'initiative avec le même résultat.

L'initiative sur laquelle nous avons à nous prononcer aujourd'hui a été lancée par un comité interpartisan composé de représentants de l'UDC, du PDC, du PLR, du PEV et de l'UDF. Elle prévoit essentiellement deux choses. D'une part, elle prévoit la suppression de la couverture par l'assurance-maladie obligatoire des frais découlant de l'interruption de grossesse et de la réduction embryonnaire, c'est-à-dire de l'élimination d'une partie d'un groupe d'embryons implantés pour éviter des grossesses multiples. D'autre part, elle ne concède pour la prise en charge des interruptions de grossesse que «de rares exceptions concernant la mère», sans préciser quelles seraient ces exceptions. L'initiative s'applique aussi bien à l'assurance-maladie qu'à l'assurance-accidents, mais pas à l'assurance d'indemnités journalières.

L'initiative a abouti avec 109 597 signatures valables. Elle remplit tous les critères constitutionnels de validité, à savoir l'unité de la forme, l'unité de la matière et la conformité aux règles impératives du droit international. Par conséquent, elle doit donc être déclarée valable.

Dans leurs motifs, les initiants invoquent prioritairement des raisons financières, mais également des positions de principe contre tout avortement et le droit individuel à ne pas participer au financement d'avortements par le biais de l'assurance-maladie et de l'assurance-accidents obligatoires.

La majorité de la commission a estimé que les arguments des initiants dans leurs grandes lignes revêtent un caractère contradictoire, voire parfois trompeur, entre, d'une part, des affirmations relevant l'aspect purement financier de la démarche et réfutant toute volonté de remettre en question la solution des délais introduite par la décision populaire et, d'autre part, les objectifs clairement affirmés de faire baisser par ce biais le nombre d'avortements, c'est-à-dire de créer une pression supplémentaire sur les femmes concernées pour qu'elles renoncent à l'avortement.

Après examen des principaux arguments des initiants, la commission a justifié sa décision de recommander de rejeter l'initiative et de ne pas lui opposer un contre-projet de la manière suivante.

1. Les initiants estiment que l'avortement n'a pas sa place dans le catalogue des prestations de l'assurance obligatoire des soins et qu'une large partie du peuple suisse n'avait pas connaissance de l'introduction de l'avortement dans ce catalogue au moment où il a adopté la solution dite des délais en 2002. Or, non seulement cet aspect figure de manière circonstanciée dans l'argumentation du Conseil fédéral publiée avant la votation du 2 juin 2002, mais encore la question du financement a aussi été bien présente dans les débats tenus en 2001 et 2002. C'est donc en toute conscience que le

peuple suisse a accepté la solution des délais et en même temps le fait que les interventions qui en découlent soient prises en charge par l'assurance obligatoire des soins.

2. Les initiants invoquent la liberté individuelle et le fait que personne ne doit être obligé de financer les avortements d'autrui avec ses primes d'assurance-maladie dans la mesure où cela heurte sa conscience. Or, par son principe même, l'assurance-maladie et accidents n'est pas un libre-service où chacune et chacun peut bénéficier des bienfaits de l'assurance tout en excluant toute participation financière afin de couvrir les risques encourus par les autres assurés. Si l'on suivait les affirmations d'une partie des initiants selon lesquels «dans un Etat démocratique, on ne finance pas ce que l'on ne veut pas», les opposants à l'acquisition de nouveaux avions de combat, à la construction d'autoroutes, à la création de places d'accueil de jour pour les enfants, ou autres activités financées par l'Etat selon des choix démocratiques, pourraient tout aussi bien invoquer les mêmes motifs pour renoncer à payer une partie de leurs impôts souvent également en invoquant leur conscience. Cette perspective individualiste est fondamentalement incompatible avec le fonctionnement de notre Etat de droit démocratique.

3. Les initiants estiment que la responsabilité individuelle doit être renforcée et que chaque femme qui envisagerait l'éventualité d'un avortement pourrait conclure une assurance complémentaire sans doute peu coûteuse ou supporter les coûts de l'intervention. Cet argument pose plusieurs problèmes. Il réduit la responsabilité individuelle à la femme dans la mesure où c'est elle qui devrait assumer les coûts de l'intervention ou s'acquitter de la prime de l'assurance complémentaire alors que, sous une forme ou une autre, toute grossesse implique la participation d'un homme, du moins jusqu'à nouvel avis. Les initiants ont admis que cela causerait une nouvelle injustice au détriment des femmes concernées, mais ils estiment qu'il y a des limites à l'égalité entre femmes et hommes dans notre société.

La commission ne partage pas cette conception et estime que la responsabilisation exclusive de la femme serait un retour en arrière par rapport à des positions admises aujourd'hui dans la plupart des pays européens.

L'évocation de la responsabilité individuelle pose par ailleurs un autre problème. Notre assurance-maladie est basée sur le principe du remboursement de la prestation en fonction des besoins définis dans la loi, mais sans références causales, qui permettraient de réduire le remboursement en fonction des responsabilités individuelles. Nous avons toutes et tous par moment des comportements ou des habitudes qui peuvent induire des coûts de santé supplémentaires. L'introduction du principe de non-remboursement ou de remboursement partiel sur la base d'un lien de causalité avec des comportements individuels remettrait ainsi en cause un principe constitutif de l'assurance obligatoire des soins et ouvrirait la porte à la remise en cause de la prise en charge des effets dus par exemple au surpoids, à la fumée ou d'autres encore. Une telle évolution demanderait la mise en place d'un système de contrôle total de la citoyenne et du citoyen, ce qui serait profondément contraire à notre système.

Enfin, la réflexion sur la responsabilité a également surpris la majorité de la commission en ce qui concerne la proposition de contracter une assurance privée spécifique pour les cas d'avortement. Elle présuppose en effet que les femmes qui procèdent à une interruption de grossesse le font de manière calculée et prévisible et seraient à même de conclure en temps utile une assurance idoine, ce qui est manifestement absolument irréaliste.

La commission s'est également penchée sur la question des conséquences financières de l'initiative puisqu'il s'agit, formellement du moins, de l'argument premier des initiants. Elle partage l'analyse des initiants selon laquelle l'économie brute, c'est-à-dire le coût des avortements évités, serait faible, voire négligeable, puisqu'elle représenterait 0,3 pour mille de l'ensemble des dépenses de l'assurance-maladie obligatoire. En termes nets, ce bilan est encore bien inférieur – voire négatif, puisqu'il pourrait créer des coûts sup-

plémentaires à la charge de l'assurance-maladie obligatoire –, ceci pour deux raisons. D'une part, les femmes concernées sont dans la tranche d'âge où les franchises sont généralement relativement élevées; leur participation aux frais, qui est importante, n'a pas été prise en considération dans le calcul du 0,3 pour mille parce que les statistiques manquent, mais il est évident que leur participation fait que nous sommes probablement plus proches de zéro ou de 0,1 pour mille que du montant évoqué. D'autre part, les interruptions de grossesse faites à la sauvette, dans de mauvaises conditions, peuvent induire des effets complémentaires, des complications relativement chères à traiter. Tout cela a un coût pour l'assurance obligatoire des soins qui serait sans doute supérieur aux quelques brouilles que l'on pourrait économiser grâce aux avortements qui seraient évités.

Enfin, le calcul des initiants, qui ont précisé que chaque interruption de grossesse tuait un enfant, «un client futur de l'assurance-maladie» – je cite là les propos d'un des initiants – et faisait donc perdre des primes à l'assurance-maladie, est un argument non seulement cynique, mais surtout faux, puisque, sur toute la durée de la vie, la moyenne des comptes individuels de chaque assuré est équilibrée.

Parmi les autres arguments évoqués, la solution des délais conduirait à une déresponsabilisation selon les initiants et à plus d'avortements. La statistique montre que c'est exactement le contraire qui s'est passé depuis 2002. Par ailleurs, la Suisse fait partie des pays européens dont le taux d'avortement ou d'interruption de grossesse est parmi les plus bas. Manifestement, cette analyse ne tient pas.

De plus, les initiants ont précisé qu'à leur avis l'initiative pouvait être interprétée dans le sens où les frais d'une interruption de grossesse à la suite d'un viol pouvaient être pris en charge, comme c'est déjà le cas aujourd'hui, par l'assurance-maladie obligatoire, même sous le régime de l'initiative. Cette précision relative aux exceptions au non-remboursement poserait sans doute plus de problèmes qu'elle n'en résoudrait. En effet, dans les courts temps impartis, il ne serait pas possible de confirmer la véracité d'une affirmation de viol et, par ailleurs, les assureurs ne sont absolument pas équipés pour procéder à de telles vérifications ou à des investigations de ce type, qui conduiraient à des mesures coûteuses.

La minorité de la commission recommande le soutien de l'initiative en arguant notamment de la responsabilité des femmes concernées et des économies brutes de 2 pour dix mille sur l'ensemble des coûts de l'assurance obligatoire des soins qui pourraient être réalisées. Elle invoque par ailleurs également la question de la liberté individuelle par rapport à l'obligation de participer au remboursement des frais relatifs aux interruptions de grossesse. Pour le reste, la minorité s'appuie sur les arguments déjà évoqués des initiants.

Dans la mesure où une forte majorité de la commission estime que l'initiative remet inutilement en question une prise en charge introduite sur la base du résultat très clair d'un vote populaire, qu'elle tend à mettre dans une situation difficile des femmes qui sont protégées aujourd'hui grâce à la législation actuelle qui a été adoptée par une forte majorité du peuple suisse, qu'elle tend par ailleurs, et contrairement aux affirmations de certains initiants, à remettre en question le principe même de la solution des délais qui a permis à la Suisse dans un processus démocratique de trouver une voie qui satisfait une forte majorité et qu'elle revêt par là un caractère trompeur, la commission, par 18 voix contre 5 et 1 abstention, vous invite à suivre le Conseil fédéral et à recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative populaire.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Um es vorwegzunehmen: Es geht hier nicht darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen, den Zugang zur Abtreibung zu verweigern oder die Beantwortung der Gewissensfrage durch die Betroffenen unmöglich zu machen. Vielmehr geht es einzig darum: Wenn den Betroffenen Verständnis bezüglich ihres Gewissensentscheides entgegengebracht und ihnen ein Anspruch eingeräumt wird, dann

sollte jenen, die zur Mitfinanzierung gezwungen werden, ebenfalls Verständnis entgegengebracht werden, wenn sie dazu aus ethischen Gründen keinen finanziellen Beitrag leisten wollen. Darum geht es; es geht um gar nichts anderes.

Worum es wirklich nicht geht, ist der Betrag. Es wurde von den Kommissionssprechern mehrmals erwähnt: Es sind einige Millionen Franken, etwa 8 bis 10 Millionen, wenn man der Statistik Glauben schenken will. Das ist bei über 60 Milliarden Franken an Gesundheitsausgaben in der Tat eine vernachlässigbare Grösse. Dabei ist in diesem Zusammenhang auch zu bemerken, dass es für die Betroffenen auch zumutbar ist, das in eigener Verantwortung zu finanzieren. Denn die durchschnittlichen Kosten für eine Abtreibung liegen bei 800 bis 1000 Franken. Wenn es medikamentös geschieht, ist es günstiger, chirurgische Eingriffe sind teurer; aber die Kosten sind überschaubar und für die Betroffenen zumutbar. Es ist ganz klar: Es geht nicht um den Betrag, sondern um die damit verbundene Mitverantwortung für eine Massnahme, die nichts, aber auch gar nichts mit Krankheit und Genesung zu tun hat. Die Übernahme der Kosten bei Mutterschaft durch die Versicherung dient der Erhaltung der Gesundheit, der Erhaltung des Lebens. Das ist unbestritten und seit bald siebzig Jahren in der Verfassung verankert. Das steht nicht zur Diskussion. Ich gehöre aber – dazu stehe ich – zu einem Teil der Bevölkerung, welcher die Fristenlösung zwar ablehnt, jedoch gewillt ist, den vor gut zehn Jahren in einer Volksabstimmung gefällten Entscheid wohl oder übel zu akzeptieren.

Vor vierzig und mehr Jahren war Schwangerschaft ein anderes Problem, weil die Verhütungsmöglichkeiten, die man in der Zwischenzeit entwickelt und eingeführt hat, unbekannt waren. Heute kann man erwarten, dass die entsprechende Vorsorge zur Verhütung einer Schwangerschaft selbstverständlich ist und dass sie auch angebracht ist. Das heisst, die Verantwortung für die Verhinderung einer Schwangerschaft kann wahrgenommen werden.

Ich vermag mich gut zu erinnern: Im Vorfeld der Abstimmung über die Fristenlösung vor etwa zehn Jahren haben verschiedene Frauen mit der Botschaft «Ich will über meinen Bauch selber entscheiden» geworben. Auch da sage ich heute: Das ist zu akzeptieren. Die Mehrheit der Bevölkerung ist ihnen gefolgt.

Nun sage ich aber: Die Verantwortung übernehmen heisst auch, die finanziellen Folgen dafür zu tragen und sie nicht der Allgemeinheit, gegen ihren Willen, zu überlassen. Eigenverantwortung heisst in einer liberalen Gesellschaft eben nicht, dass jeder alles so macht, wie es ihm gefällt, dass er sich verwirklicht und die Gesellschaft für die Folgen aufkommt. Wir müssen ganz generell, nicht nur in diesem Fall, die Verantwortung des Einzelnen eindeutig vermehrt zum Tragen bringen. Das ist im Gesundheitswesen nicht in allen Fällen einfach; das ist klar. Wenn man erbliche Krankheiten anschaut, vielleicht teilweise selber verursacht, dann sieht man, dass es auch schwierig ist, die Verantwortung wirklich dem Einzelnen zuzuschreiben. Hier aber, in diesem Fall, glaube ich, dass man es tun kann. Man kann es ganz besonders deshalb tun, weil es im Wesentlichen um eine ethische Frage geht, die niemals mit einer Zwangsfinanzierung geregelt werden dürfte.

Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen, sich die Argumente gut zu überlegen und dem Stimmvolk die Annahme der Volksinitiative zu empfehlen.

Meier-Schatz Lucrezia (CE, SG): Herr Bortoluzzi, Sie haben am Schluss Ihres Votums von Ethik gesprochen. Wir haben eine Bundesverfassung, und in der Bundesverfassung steht ein Grundrechtskatalog. Unter anderem besagt Artikel 8 der Bundesverfassung, dass niemand diskriminiert werden darf, namentlich nicht wegen der sozialen Stellung. Artikel 12 der Bundesverfassung sagt, dass jemand, der in Not gerät, Anspruch hat auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind. Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass diese Grundrechte mit dieser Volksinitiative verletzt werden?

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Verehrte Frau Kollegin, selbstverständlich bin ich nicht dieser Meinung. Denn in der Verfassung steht auch, dass jeder in erster Linie für sich selbst verantwortlich ist. Ich weiss nicht mehr genau, welchen Artikel es betrifft, aber Sie können das in den Grundrechten nachschauen: Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Ich meine, dass es hier um die Frage der Verantwortung geht, die getragen werden kann. Das ist nicht als unsozial zu bezeichnen, sondern man muss sagen, dass das möglich ist; unter den heutigen Bedingungen kann man entsprechend vorsorgen.

Aubert Josiane (S, VD): Monsieur Bortoluzzi, nous, parlementaires, vivons de nombreuses semaines dans l'année, ici, de manière peu saine: nous bougeons peu, nous mangeons trop, sans parler peut-être de la boisson, et nous prenons des risques pour notre santé. Devrions-nous aussi montrer l'exemple de la responsabilité individuelle et prendre en charge hors LAMal les coûts découlant de nos éventuels problèmes de santé?

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Sehen Sie, meine Überzeugung ist, dass Sie am besten zur Gesundheit schauen, indem Sie einen guten Geist pflegen, keine Verbissenheit vor sich hertragen und etwas Humor im Leben haben. Das ist die beste Ausgangslage, um gesund zu bleiben. Schauen Sie mich an! (*Heiterkeit*)

Gysi Barbara (S, SG): Kollege Bortoluzzi, Sie sprechen vom Übernehmen von Verantwortung. Nun ist aber nicht jede ungewollte Schwangerschaft sogenannter Verantwortungslosigkeit zuzuschreiben. Denken wir an Vergewaltigungen, an geplatzte Kondome, an die Pille, die für einmal nicht funktionierte. Sie sagen, da sollen die Leute Verantwortung übernehmen und die Abtreibung selber finanzieren. Das ist doch ein grosser Widerspruch.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Schauen Sie, ich sehe das nicht als Widerspruch. Ich glaube, diese Initiative ändert nichts an der Tatsache, dass eine Abtreibung aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen oder eines vorliegenden Verbrechens wie einer Vergewaltigung möglich ist. Das ist bereits heute möglich und wird auch mit der Initiative nicht geändert; das möchte ich deutlich sagen, weil das nicht unwichtig ist.

Ich bin seit 43 Jahren verheiratet, und das erste Kind war eine Überraschung. Wir haben die Verantwortung damals im Alter von 19 und 22 Jahren getragen. Es war eine unglaublich schöne Zeit. Ich empfehle den Betroffenen sehr, eine solche Zeit für sich in Anspruch zu nehmen und diese Herausforderung anzunehmen. Menschliches Leben zu erhalten ist eine der schönsten Aufgaben.

Feri Yvonne (S, AG): Herr Kollege, Sie sagen, man müsse Verantwortung übernehmen. Die Männer stehen ja auch in der Verantwortung, wenn es zu einer Schwangerschaft kommt. In einer solchen Situation stehen sich aber viele Männer aus der Verantwortung. Die Krankenkasse basiert auf dem Solidaritätsprinzip. Wenn wir jetzt die Abtreibungen herausnehmen, wird das Solidaritätsprinzip hinfällig. Was machen Sie mit den Männern, wenn diese sich aus der Verantwortung stehlen?

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Gut, ich wurde auch nicht gefragt, als der Liebesakt zwischen jener Frau und dem entsprechenden Mann stattfand, nicht wahr? Ich nehme an, die Frau kennt den Mann und kann den Kontakt weiterhin pflegen, und sie können das Problem gemeinsam lösen. Es ist so, dass in einem solchen Fall eine gemeinsame Lösung angestrebt werden muss, und zwar nicht gesetzlich, sondern moralisch, damit die Verantwortung auch hier übernommen wird.

Lohr Christian (CE, TG): Ja, ich spreche als Mann zu diesem Thema. Ich bin Fraktionssprecher, weil ich davon überzeugt bin, dass es sich hier um ein wichtiges ethisches und

auch gesellschaftspolitisch bedeutendes Thema mit einer durchaus breiten Wirkung handelt.

Es geht heute hier ganz gewiss auch um die Solidarität in der Krankenversicherung, die infrage gestellt wird. Mit dieser Initiative – das muss ich in dieser Deutlichkeit sagen – geht man den Weg, ohne Not Betroffene in Not zu bringen, und das erachte ich, das erachtet die fast geschlossene CVP/EVP-Fraktion als den falschen Weg. Unsere Fraktion ist nicht bereit, hier und heute eine breite Abtreibungsdebatte zu führen, weil wir heute mit der Fristenlösung aus dem Jahr 2002 die gesetzliche Grundlage haben, welche vom Schweizer Volk mit fast einer Dreiviertelmehrheit in einem Konsens mitgetragen wurde. Es ist deshalb ein schwierig nachvollziehbarer Weg, der mit dieser Initiative eingeschlagen wird, nämlich mit durchaus durchsichtigen Argumenten Grundsätzliches infrage stellen zu wollen.

Persönlich, und da weiss ich auch die starke Fraktionsmehrheit hinter mir, geht es mir heute nicht um die Frage, wie unsere Position gegenüber einem Schwangerschaftsabbruch aussieht. Dieser Entscheid, und das ist sehr wichtig, ist und bleibt ein eigenverantwortlicher, den die Betroffenen in ihren besonderen Lebenssituationen zu treffen haben. Dies zu bewerten ist heute nicht unsere Aufgabe. Unsere Gesellschaft ist aber gefordert, stets und immer wieder an guten Rahmenbedingungen zu arbeiten, damit neues, junges Leben entstehen kann und Perspektiven für das neue Leben geschaffen werden. Das unmissverständliche Bekenntnis und klare Ja zum Leben steht deshalb überhaupt nicht im Widerspruch dazu. Persönliche Aspekte sind bei einem Schwangerschaftsabbruch – das ist in den vorherigen Voten bereits mehrfach erwähnt worden – eben auch zu respektieren und anzuerkennen. Die persönliche Freiheit, die in diesem Saal ja immer wieder hochgehalten wird, hat da sicher eine ganz besondere Bedeutung.

Gestatten Sie mir, noch einmal auf drei, vier wichtige Aspekte zurückzukommen, die bei dieser Initiative zu einem falschen Ansatz führen: Wir wollen nicht, dass illegale Abbrüche gefördert werden und dass es zu Komplikationen kommt. Wir wollen nicht, dass dann allfällige Folgekosten zulasten der Krankenkassen entstehen, denn das würde bedeuten, dass die Solidarität zusätzlich gefordert wäre, auf eine Art und Weise, die nicht notwendig ist.

Die obligatorische Krankenversicherung basiert ja auf dem Solidaritätsprinzip. Das ist sehr wichtig. Ich habe Angst, wenn wir heute hingehen und einzelne Punkte aus dem Leistungskatalog herausreissen: Für mich stellt sich wirklich die Frage, was dann die nächsten Schritte sind. Ist man dann auf einmal nicht mehr solidarisch gegenüber älteren Menschen oder – ich sage es deutlich! – gegenüber Menschen mit einer Behinderung? Das ist eine sehr wichtige ethische Ebene, die wir zu beachten haben.

Es ist auch sehr wichtig zu beachten, dass ein Schwangerschaftsabbruch ja nicht einfach ein x-beliebiger persönlicher Entscheid ist, den man mal so trifft – da möchte ich Herrn Kollege Bortoluzzi schon ein bisschen ins Gewissen reden und ihn auffordern, hier vorsichtig zu sein. Da geht es um mehr. Es geht so weit, dass man für den Rest des Lebens mit dieser Situation leben muss, auch mit den Folgen davon. Bitte unterschätzen Sie das nicht; wir müssen dem die notwendige Tragweite beimessen.

Wir wissen, dass mit der Einführung der Fristenregelung erreicht worden ist, dass die Anzahl der Abtreibungen – und das ist ja auch Ihr Ziel, geschätzte Initiantinnen und Initianten – zurückgeht. Dieses Ziel ist bereits heute miterreicht. Die beste Methode, um die Leute vom Wert des Lebens zu überzeugen, ist sicher eine gute Unterstützung, eine Beratung, eine Begleitung, eine Förderung auch von Menschen, die in einer Schwangerschaft stehen.

Das mit den Kosten – ja, das ist immer so eine Sache, wenn man die Moral und die Kosten gegeneinander ausspielt; das hat hier nichts verloren. Ich möchte aber nicht sagen, dass ich die 8 Millionen Franken als unwesentlichen Betrag in der Gesamtsumme erachte. Zahlen möchte ich in diesem Parlament bewusst nie verniedlichen. Die Gesundheitskosten, die wir in unserem Land haben, sind hoch. Aber ich bin der Mei-

nung, aufgrund des Solidaritätsprinzips müssen wir diese Kosten für Abtreibungen auch in Zukunft weitertragen.

Gilli Yvonne (G, SG): 2002 hat die Bevölkerung mit grosser Mehrheit der jetzigen Fristenlösung zugestimmt. Diese Abstimmung und dieses klare Resultat sind auch jetzt wichtig. Obwohl die damalige Debatte emotional geführt wurde, war die Bevölkerung sehr gut informiert. Sie war insbesondere über das Argument informiert, dass die Initiantinnen und Initianten heute erneut ins Feld führen, nämlich den moralischen Konflikt, wonach sie indirekt über die Prämien Schwangerschaftsabbrüche mitfinanzieren müssen. Die Bevölkerung hat trotzdem oder gerade unter Berücksichtigung dieses Arguments überaus deutlich die Finanzierung über die Grundversicherung beschlossen, eben weil Schwangerschaftsabbrüche nicht Privatsache sind.

Abtreibung ist keine Privatsache. Die unterschiedlichen Abtreibungsquoten und die unterschiedlichen Fakten zur mütterlichen Gesundheit in verschiedensten Staaten Europas und global zeigen dies deutlich. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass jeder Schwangerschaftsabbruch einer zu viel ist. Auch und gerade deshalb ist die gesetzlich gesicherte Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, kombiniert mit präventiven Massnahmen und flankiert von Rahmenbedingungen, die keine Frau aus ökonomischer Not zu einem Abbruch zwingen, keine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hat diese Haltung 2002 an der Urne zum Ausdruck gebracht und bekräftigt und damit auch dazu beigetragen, dass die heutige Regelung, angesichts dieser Initiative, breit abgestützt ist.

Welches sind denn die heutigen Rahmenbedingungen? Die Fristenlösung hat sich bewährt. Die Schweiz hat eine der europaweit tiefsten Raten an Schwangerschaftsabbrüchen. Diese hat mit der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs nicht zugenommen, ja, sie ist sogar noch gesunken. Insbesondere haben wir auch eine sehr tiefe Rate an Teenagerschwangerschaften und in der Folge auch sehr wenige Schwangerschaftsabbrüche in dieser sensiblen Altersgruppe. In der Schweiz bekommt jede Frau, die wegen einer schweren persönlichen Notlage einen Schwangerschaftsabbruch ins Auge fasst und sich eventuell dazu entschliesst, eine ausführliche Beratung. Auf Wunsch erhält sie auch Begleitung, inklusive ökonomischer Hilfestellungen; damit soll verhindert werden, dass sie sich aus ökonomischer Not zu dieser Handlung entschliesst.

Es sind diese Rahmenbedingungen, die zusammen mit der Zugänglichkeit der Verhütungsmittel, mit dem Aufklärungsunterricht an den Schulen und mit der hohen Qualität der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen bewirken, dass die Schweiz international so gute Resultate vorweist. Das wünschen wir uns alle, auch die Initianten.

Diese Initiative ist krass. Nicht einmal eine Frau, die vergewaltigt wurde, hat Anspruch auf Vergütung ihres Schwangerschaftsabbruchs, ausser sie hat bereits eine polizeiliche Klage gegen den Vergewaltiger eingereicht – stellen Sie sich das einmal vor! Diese Initiative ist krass. Nicht einmal eine Frau, die schwanger ist mit einem schwerstbehinderten Kind, hat Anspruch auf eine Vergütung ihres Schwangerschaftsabbruchs, und zwar selbst dann nicht, wenn dieses Kind keine Chance hat, die ersten Monate nach der Geburt zu überleben. Und diese Initiative ist krass, weil sie nicht einmal mehr die Vergütung der Reduktion der Föten bei einer Mehrlingsschwangerschaft erlaubt, was zur Folge haben kann, dass die mütterliche Gesundheit und das Überleben aller Föten gefährdet werden.

Mit dieser Massnahme verstoßen die Initianten nicht nur gegen die Würde und die Grundrechte der Frau, sie propagieren auch noch die falsche Erwartung, dass damit Kosten gespart werden. Die Kosten sind so niedrig, dass sie nicht einmal prämienvirksam sind. Sie berücksichtigen nicht die Kosten, die indirekt entstehen, wenn die Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr durch die Grundversicherung gedeckt sind, die entstehen, weil Frauen in sozioökonomischer Not sich andere Stellen suchen, um kostengünstig einen Ab-

bruch zu bewerkstelligen, und sich an Leib und Leben gefährden. Von diesen Kosten wird natürlich mit keinem Wort gesprochen – auch nicht davon, dass wir nicht mehr systematisch eine so exzellente Beratung und Begleitung gewährleisten können, wenn der Schwangerschaftsabbruch als eine Privatangelegenheit deklariert wird.

Die Initianten bringen den Vergleich mit Österreich. Dort wird der Schwangerschaftsabbruch nicht mit der Grundversicherung finanziert. Österreich hat eine der höchsten Abbruchraten in Europa. Dort bestehen auch schlechte statistische Grundlagen. Viele Ärztinnen und Ärzte und weitere Betreuer von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich wünschen sich nichts sehnlicher als eine Lösung, wie sie die Schweiz hat.

Die Schweizer Bevölkerung ist gut informiert. Sie hat sich für die heutige Lösung ausgesprochen und damit auch Respekt und Solidarität gegenüber denjenigen Frauen ausgedrückt, die sich in einer Notlage für einen Abbruch entscheiden. In meiner ganzen langjährigen ärztlichen Tätigkeit habe ich keine einzige Frau betreut, die diesen Entscheid von existenzieller Bedeutung leichthin gefällt hätte. Er kann nur individuell beurteilt werden, und die Schweiz hat dafür eine gute Lösung.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch namhafte Kirchenorganisationen, wie der Schweizerische evangelische Kirchenbund, oder wichtige Exponenten der katholischen Kirche, wie Bischof Markus Büchel oder Abt Martin Werlen, sich von dieser Initiative in aller Form distanzieren.

Die grüne Fraktion bittet Sie deshalb: Lehnen auch Sie diese Initiative ab!

van Singer Christian (G, VD): L'initiative populaire «Financer l'avortement est une affaire privée – Alléger l'assurance-maladie en radiant les coûts de l'interruption de grossesse de l'assurance de base» prévoit que sous réserve de rares exceptions concernant la mère, l'interruption de grossesse et la réduction embryonnaire ne soient plus couvertes par l'assurance obligatoire des soins. Pourtant, la modification du Code pénal relative à l'interruption de grossesse a été acceptée en votation populaire le 2 juin 2002 par 72,2 pour cent des votants. Elle prévoyait également une adaptation de l'article 30 de la loi sur l'assurance-maladie afin qu'en cas d'interruption de grossesse non punissable au sens du Code pénal, l'assurance obligatoire des soins prenne en charge les coûts des mêmes prestations que pour la maladie. Aujourd'hui, le retour en arrière visé aurait des effets pervers sur le domaine sanitaire et social sans pour autant permettre des économies substantielles.

Le taux d'interruptions de grossesse en Suisse est très faible en comparaison d'autres pays européens. Le nombre d'interruptions volontaires stagne depuis l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions légales à 0,68 pour cent. Pour les moins de 16 ans, il a baissé: 123 interruptions de grossesse en 2007, 80 en 2011. Les mesures de prévention qui accompagnent la prise en charge par la LAMal ont donc un effet positif. Le coût de ces interventions représente une infime part des coûts à la charge de la LAMal: 0,03 pour cent.

La qualité des soins ne saurait plus être garantie en cas d'acceptation de l'initiative, ce qui pourrait avoir des effets néfastes non seulement sur la santé des femmes, mais aussi sur les coûts de l'assurance-maladie. Elle entraînerait une incitation à pratiquer des interruptions de grossesse en dehors du cadre légal. Mais que veulent donc les initiants? Un retour des faiseuses d'anges? avec tous les risques et les souffrances que ces pratiques entraînent? Le cadre légal a été décidé par le législateur afin d'assurer la qualité des prestations médicales et de garantir que la femme enceinte ait été correctement informée et conseillée et qu'elle ait demandé l'interruption de grossesse par écrit. Si l'initiative est acceptée, ce ne sera plus le cas, et les femmes devront assumer seules les conséquences des grossesses non désirées aboutissant à un avortement: une régression sociale découlant d'une vision passéiste de la société.

La commission a proposé, par 18 voix contre 5 et 1 abstention, de recommander le rejet de cette initiative, sans lui opposer de contre-projet. Le groupe des Verts fait de même.

Weibel Thomas (GL, ZH): Die Initiative will über eine Änderung der Bundesverfassung die Finanzierung der Abtreibung aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung streichen. Artikel 117 der Bundesverfassung soll dahingehend geändert werden, dass unter Vorbehalt von wenigen Ausnahmen Schwangerschaftsabbruch und Mehrlingsreduktion im Obligatorium der Krankenpflegeversicherung nicht mehr eingeschlossen sein sollen. Gemäss Artikel 30 des geltenden Bundesgesetzes über die Krankenversicherung übernimmt die obligatorische Krankenversicherung bei straflosem Abbruch einer Schwangerschaft die Kosten für den Eingriff. Franchise und Selbstbehalt müssen von der Versicherten selber übernommen werden. Diese Praxis soll nun ausser Kraft gesetzt werden.

Bundesrat und Kommissionsmehrheit empfehlen dem Volk, die Initiative abzulehnen. Auch die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin setzt sich, wie sie in einer heute publizierten Stellungnahme festhält, einstimmig für das Beibehalten der geltenden Regelung ein. Anlässlich der Anhörung der Initianten in der SGK kamen nicht nur bei mir Zweifel auf, ob sich die Initiative nicht generell gegen die Abtreibung wendet und die Initianten die Grundsatzdiskussion zur Abtreibung nicht neu führen wollen. Diese Diskussion wurde bereits intensiv geführt, und das Volk stimmte am 2. Juni 2002 der Fristenlösung mit einem überwältigenden Jastimmenanteil von 72 Prozent zu. Übrigens übernimmt auch in katholisch-konservativen Ländern wie Spanien und Portugal der Staat die Abtreibungskosten.

Die Initianten verlangen zwar, die Abtreibung sei privat zu finanzieren, weil man Kosten sparen und Prämien senken müsse. Es wurde aber in der Anhörung auch damit argumentiert, dass man mit seiner Prämie oder mit den Prämien für seine Kinder die Schwangerschaftsabbrüche anderer Personen bezahle. Mit der Initiative würde aber der Solidaritätsgedanke und damit das zentrale Element der obligatorischen Krankenversicherung infrage gestellt. Dann müssten logischerweise auch Folgen von gesundheitsschädigendem Verhalten wie Rauchen oder übermässiges Essen aus dem Grundleistungskatalog gestrichen werden; verschiedene Vorredner haben diese Diskussion bereits eröffnet. Wenn mit versicherungsrechtlichen Sanktionen auf finanziell weniger begüterte schwangere Frauen Druck ausgeübt würde, eine Schwangerschaft auszutragen, würde dies dem Grundgedanken der geltenden, bewährten Fristenregelung widersprechen und diese infrage stellen.

Gleichzeitig würden Anreize für Schwangerschaftsabbrüche auch ausserhalb des gesetzlichen Rahmens oder im Ausland geschaffen. Das wiederum würde das Sicherstellen einer qualitativ hochstehenden medizinischen Behandlung sowie der gesetzlich geforderten Information und Beratung der Schwangeren verunmöglichen. Dieses Abdrängen an den Rand der Legalität birgt auch hinsichtlich der Gesundheit der betroffenen Frauen nichtabwägbar Risiken, da zweifelhaft Methoden und Medikamente eingesetzt werden können. Die Initianten klammern zwar Vergewaltigungsoffer aus, sie haben aber anlässlich der Anhörung in der SGK in keiner Art und Weise auch nur ansatzweise aufzeigen können, wie der Schwangerschaftsabbruch für Opfer einer Vergewaltigung in einer zumutbaren Art und Weise erfolgen könnte.

Im Jahr 2009 wurden laut Bundesamt für Statistik 10 137 Schwangerschaftsabbrüche bei in der Schweiz wohnhaften Frauen vorgenommen. Damit haben wir in der Schweiz, es wurde bereits erwähnt, im Vergleich mit anderen Ländern eine sehr niedrige Abtreibungsrate.

Keiner Frau fällt es leicht, den Entscheid zum Abbruch einer Schwangerschaft zu fällen, denn rückgängig gemacht werden kann die Abtreibung nicht, und damit muss die Frau ihr ganzes Leben lang klarkommen. Ein derart schwieriger Entschluss darf auf keinen Fall zu einer finanziellen Frage verkommen. Genau das wäre aber der Fall, wenn die Initiative angenommen würde. Die Kosten für Abtreibungen zulasten

der obligatorischen Krankenpflegeversicherung belaufen sich jährlich auf etwa 8 Millionen Franken, dies bei Bruttoleistungen der Krankenversicherer von knapp 25 Milliarden Franken im Jahr 2011. Umgerechnet ergibt dies rund 1 Franken je Jahresprämie. Zur Erinnerung: Ebenfalls bezogen auf das Jahr 2011 betrug die durchschnittliche Jahresprämie 2990 Franken. Der Anteil der Kosten der Abtreibungen im Vergleich zu den übrigen Gesundheitskosten ist geradezu marginal. Wenn der Zugang zum Abbruch erschwert wird, bewirkt dies Folgekosten für das Gesundheitssystem – Folgekosten, welche die angestrebten Einsparungen zunichtemachen werden.

Wir Grünliberalen sind durchaus bereit, über Massnahmen zur Reduktion der Gesundheitskosten zu diskutieren und auch den Katalog der Pflichtleistungen der obligatorischen Krankenversicherung zu überprüfen. Der Ansatz der vorliegenden Initiative ist aber weder gesundheitspolitisch noch betreffend die Kosten zielführend.

Zusammenfassend halte ich fest: Eine Annahme der Initiative hätte gefährliche soziale und gesundheitspolitische Auswirkungen und würde die Gesundheitskosten nicht effektiv senken. Die Grünliberalen folgen deshalb der Mehrheit der Kommission und empfehlen die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zur Ablehnung.

Rossini Stéphane (S, VS): Au nom du groupe socialiste, je vous invite à recommander clairement le rejet de cette initiative populaire, qui nous promet un avenir dans le rétroviseur du conservatisme, le déni de la réalité des femmes de ce pays et des progrès sociaux réalisés notamment depuis l'acceptation par le peuple suisse, en juin 2002 et par plus de 72 pour cent des voix, de la modification du Code pénal introduisant le régime des délais.

Les motivations des auteurs de l'initiative, quoi qu'ils en disent, sont claires. Il ne s'agit en rien d'intervenir dans le débat populaire pour réduire les coûts à charge de l'assurance-maladie. Ne cédon pas à une hypocrisie exprimée, qui se rapproche en l'occurrence dangereusement du mensonge, et qui essaie de faire croire – comme cela a été le cas dans les auditions menées par la commission – que la démarche se préoccupe d'abord des coûts de la santé.

D'ailleurs, la réalité contredit cette posture. Ainsi, depuis 2002, le nombre d'interruptions de grossesse n'a proportionnellement pas augmenté. La Suisse reste ainsi caractérisée par un taux bas, qui résulte d'une politique de prévention et d'une politique sociale de qualité. Quant aux conséquences économiques, leur impact sur les coûts de la santé est quasi nul, puisque cela représente 0,03 pour cent des coûts. De plus, les craintes d'abus formulées par les initiants se sont avérées parfaitement infondées.

Et puis, quelques éléments problématiques méritent aussi d'être relevés: premièrement, le titre de l'initiative est trompeur, car le texte n'indique pas clairement si le refus de financement ne concerne que les interruptions volontaires de grossesse s'inscrivant dans le cadre du régime des délais ou s'il vise aussi les interruptions jugées nécessaires sur le plan médical. Deuxièmement, faire dépendre une interruption de grossesse de la situation économique de la femme enceinte est contraire aux exigences élémentaires de justice, ou alors on pousse l'hypocrisie jusqu'à exporter les interventions ou jusqu'à encourager une clandestinité moyenâgeuse qu'on ne saurait plus tolérer dans ce pays.

Nous ne sommes pas dupes. Il ne sert à rien d'avancer masqué! Cette initiative ne contribue pas à améliorer le critère d'économicité de la LAMal; elle s'attaque clairement au régime des délais. Car, objectivement, au-delà d'une posture émotionnelle, ou idéologique, il n'y a aucune raison de revenir sur une question qui ne fait pas problème.

La Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine ne s'y est d'ailleurs pas trompée, elle qui a accepté à l'unanimité une prise de position qui demande d'en rester à la situation actuelle, rejetant ainsi la teneur de cette initiative.

Par souci de solidarité, principe central de la LAMal et principe confirmé lors des débats qui ont précédé la votation de

2002, par respect de la séparation entre Etat et Eglises – cette initiative ayant essentiellement un caractère moral –, par protection et pour le maintien de la santé sexuelle et pour éviter toute stigmatisation, le groupe socialiste s'oppose à cette initiative. Il recommandera au peuple et aux cantons de la rejeter et vous invite à en faire de même.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Con il dibattito e i contenuti proposti con questa iniziativa, che metterebbe a repentaglio la solidarietà nell'assicurazione malattia per quanto riguarda l'interruzione di gravidanza, sembra di tornare indietro di decenni. Gli ambienti conservatori e le cerchie più integraliste vogliono di fatto mettere in discussione la soluzione dei termini decisa chiaramente dal popolo svizzero nel 2002. Lo fanno con argomenti pretestuosi e con cifre false. Ricordiamo che in Svizzera i costi per l'interruzione di gravidanza rappresentano al massimo lo 0,02 per cento dei costi sanitari, con un impatto praticamente nullo sull'assicurazione malattia, e che nel confronto europeo il numero di interruzioni di gravidanza è tra i più bassi, con una tendenza alla diminuzione. Non c'è quindi nessuna ragione per stralciare i costi dell'interruzione della gravidanza dall'assicurazione di base.

Vi invito quindi a nome del gruppo socialista a raccomandare di respingere l'iniziativa popolare «Il finanziamento dell'aborto è una questione privata».

Wenn die Initianten behaupten, es gehe ihnen nicht um ein Abtreibungsverbot, sondern um eine Senkung der Gesundheitskosten, dann ist das mehr als unredlich. Sie missachten damit den Volksentscheid von 2002, denn die Zahlungspflicht der Krankenkassen war Bestandteil der Abstimmungsvorlage zur Fristenregelung. Mit der Initiative werden weder Gesundheitskosten eingespart, noch wird die Zahl der Abtreibungen gesenkt. Die Initianten wehren sich gegen Massnahmen, die die Zahl der Abtreibungen senken könnten, wie z. B. die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln oder die obligatorische Sexualerziehung an den Schulen. Es geht ihnen vielmehr darum, den Frauen den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zu erschweren und damit schleichend die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erreichen.

Zum Glück denkt eine Mehrheit der Stimmberechtigten fortschrittlicher und hat 2002 mit 82 Prozent der Stimmen Nein zu einem Abtreibungsverbot und mit 72 Prozent der Stimmen Ja zu einer Fristenregelung gesagt. Diese hat den Frauen das Recht auf einen selbstbestimmten Entscheid über einen Schwangerschaftsabbruch gebracht. Sie hat sich in den vergangenen zehn Jahren bewährt; die Zahl der Abbrüche ist trotz Bevölkerungszunahme nicht gestiegen. Wir haben dank einer guten Prävention die niedrigste Abtreibungsrate in Europa.

Diese Errungenschaften sind durch die Initiative gefährdet. Sie verneint das Solidaritätsprinzip der Grundversicherung und stellt ein moralisierendes Werturteil über einen legalen medizinischen Eingriff. Die Initiative erschwert den Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch, insbesondere für sozial benachteiligte Frauen, die einen schlechten Zugang zum Gesundheitswesen haben oder in einer prekären Lebenssituation sind. Diese Frauen könnten die Kosten nicht mehr bezahlen; ein Schwangerschaftsabbruch würde später und risikoreicher erfolgen.

Jede Frau kann ungewollt schwanger werden – trotz Verhütung. Der Zugang zu einem fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch ist ein Grundrecht, wie es die Uno-Frauenkonvention zugesteht. Schwangerschaftsabbrüche machen nicht einmal 0,02 Prozent der Gesundheitskosten aus. Aufgrund der hohen Franchisen bezahlen bereits jetzt viele Frauen den Abbruch selber.

Die Initiative überträgt den Frauen die alleinige Verantwortung für ihre Schwangerschaft – nicht nur in finanzieller Hinsicht, indem die Männer von Kosten entbunden werden, sondern auch in moralischer Hinsicht, indem ihnen die Schuld zugewiesen wird.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Hess Lorenz (BD, BE): In der Tat führen wir diese Debatte nicht zum ersten Mal. Das mag erstaunen, weil ja die Vorlage, diese Initiative, zum ersten Mal auf dem Tisch liegt. Trotzdem führen wir die Debatte bei Weitem nicht zum ersten Mal: Es ist nämlich die Grundsatzdebatte zwischen Abtreibungsgegnern und Abtreibungsbefürwortern.

Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass man diese Debatte durchaus führen darf und auch führen soll, denn es ist unbestritten, dass der Abtreibungsentscheid wohl einer der schwierigsten, schwerwiegendsten und oftmals sicher auch einer der schlimmsten Entscheide ist, den eine Frau allein oder nicht allein fällen muss. Wenn man also diese Debatte, diese Grundsatzdebatte, zum wiederholten Mal führen will, muss man berücksichtigen, dass das Volk zum grundsätzlichen Thema schon befragt wurde und seine Haltung eigentlich klar ist. Das ist ein Punkt.

Man kann diese Debatte trotzdem nochmals führen, sollte dies aber eigentlich nicht unter einem Titel tun, der halt wirklich nicht gerade das hält, was er verspricht:

1. Zum Thema «Privatsache» wurde schon mehrfach gesagt: Gerade weil die Abtreibung eine sehr private, intime, persönliche, individuelle Frage und ein Problem ist, soll dies nicht vermischelt werden mit der Frage der wirtschaftlichen Situation oder der finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen. Das ist also eine Privatsache und soll es bleiben.

2. Zu den Kosten brauchen wir, glaube ich, auch nicht weitere Ausführungen. Es ist einfach so, dass sich die eingesparten Kosten in einer absolut marginalen Grössenordnung bewegen würden, falls diese Initiative angenommen würde. Weiter werden, bedingt durch das Abklären von Ausnahmefällen, mit allem, was dazugehört, Mehrkosten verursacht, und dies gerade in dem Bereich, bei dem wir immer fordern, dass die Krankenkassen eher abbauen, nämlich in der Administration. Von daher ist auch der Kostenaspekt halt nicht gerade der Punkt, der hier tatsächlich zum Erfolg verhelfen könnte.

Dass man mit den erwähnten Ausnahmen sehr schnell in einen Rechtsungleichheitsbereich kommt, ist absehbar. Es ist nämlich nicht allen Betroffenen gleich gut möglich, Ausnahmen – ich sage es bewusst provokativ – zu kreieren oder sich argumentativ und allenfalls juristisch so gut aufzurüsten, dass sie am Schluss von der Ausnahmeregelung Gebrauch machen und eine Kostenübernahme erzwingen können.

Die BDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Initianten ein absolut legitimes Anliegen haben. Sie möchten die Zahl der Abtreibungen senken; das ist ein legitimes Anliegen. Das Problem ist, dass das mit der Initiative nicht erreicht wird. Im Gegenteil, diese Eingriffe werden in einen eher rechtsfreien Raum, an den Rand der Legalität, abgedrängt; sie werden aber nicht in der Zahl reduziert, sondern unter schlechteren oder nicht einmal legalen Bedingungen trotzdem durchgeführt. Das kann nicht der Zweck sein. Wenn das legitime Anliegen der Initiantinnen und Initianten erreicht werden soll, nämlich die Zahl der Abtreibungen zu senken, kommt man nicht umhin, diese Initiative abzulehnen. Wir bitten Sie, uns hier zu folgen.

de Courten Thomas (V, BL): Seitens der SVP-Fraktion beantrage ich, die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zur Annahme zu empfehlen. Die Volksinitiative will erreichen, dass die Kosten von Abtreibungen nicht mehr aus der obligatorischen Grundversicherung bezahlt werden. Das verlangt sie zu Recht. Auch wenn Krankheit, Unfall und Mutterschaft von der sozialen Krankenversicherung abgedeckt werden sollen: Schwangerschaft an sich ist sicher keine Krankheit und deshalb auch nicht im KVG-Obligatorium aufzuführen.

Ich halte gleich zu Beginn meiner Ausführungen fest, dass es den Initianten weder um eine Infragestellung der Fristenlösung geht noch darum, vom Arzt für die Mutter als medizinisch notwendig attestierte Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Opfer von Straftaten, die zu einer Schwangerschaft geführt haben.

Ich bin mir bewusst, dass die aktuelle Diskussion in einem ethisch komplexen und deshalb auch emotionalen Rahmen geführt wird. Es geht selbstverständlich auch um Ethik, um Werte und um die Würde der Mutter. Ebenso aber geht es um das Recht auf Leben des ungeborenen Kindes. Ich bitte Sie, in dieser Diskussion neben der Mutter auch das ungeborene Kind im Auge zu behalten.

In diesem Zusammenhang muss ich festhalten, dass die gestern seitens der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin in unsere Mailboxen geflatterte Stellungnahme wohl breit und ausführlich auf die Anliegen der Mütter eingeht, aber mit keinem Wort auf die ethischen Grundsätze gegenüber dem ungeborenen Kind. Das ist für mich sehr erstaunlich, aber auch aufschlussreich.

Ein Wort zur Kritik, die Initiative sei unklar, widersprüchlich oder gar unredlich: Ich weise diese Kritik zurück. Es geht der Initiative um die Verankerung eines Grundsatzes in der Verfassung. Die Ausgestaltung der Umsetzung des Verfassungsartikels im Gesetz ist ein zweiter Schritt und eine zweite Aufgabe. Dort sind die seltenen Ausnahmen, wie sie auch im Initiativtext festgehalten sind, zu spezifizieren.

Was der Grundsatz sein soll, den die Initianten fordern, ist ausreichend klar: Mit dem Wunder des Lebens, also der Zeugung neuen Lebens, ist nicht leichtfertig umzugehen. In der heutigen Zeit bestehen in aller Regel genügend Wissen, genügend Aufklärung und genügend Möglichkeiten, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Mit der Aufklärung und der Prävention sind auch die Ansprüche an die Eigenverantwortung gegenüber der Verhütung für beide beteiligten Partner gestiegen. Aus der heutigen Sicht wage ich es auch auszusprechen: Wer schwanger ist, ist im Grunde selber dafür verantwortlich, mindestens – und das ist die Einschränkung – insoweit, als es dann schon besondere Umstände braucht, um das Abtöten des aufkeimenden neuen Lebens zu rechtfertigen. Mit der heutigen Regelung und der generellen Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche im KVG wird diesem Aspekt zu wenig Rechnung getragen. Wer also privat verantwortlich ist, soll die Konsequenzen seines Handelns nicht auf die Allgemeinheit abwälzen.

Damit kommen wir zum Argument, dass die Gesamtheit der Prämienzahler die Abtreibungskosten zu tragen hat, immerhin 8 bis 20 Millionen Franken pro Jahr. Selbst wenn sie die heutige Abtreibungspraxis in keiner Art und Weise mit ihrem Glauben und mit ihrem Gewissen vereinbaren können, müssen die Prämienzahler diese Abtreibungen berappen. Ich bin meinerseits überzeugt, dass aus Respekt vor der Glaubens- und Gewissensfreiheit eben dieser Prämienzahler dieses Anliegen zu respektieren ist.

Ich habe soeben das Einsparpotenzial bei den Kosten im Gesundheitswesen erwähnt, diese 8 bis 20 Millionen Franken, die eingespart werden könnten. Ich habe die Initiativgegner in den vorgängigen Voten gehört, die gesagt haben, das sei nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich frage dann einfach zurück: Was ist Ihnen denn das ungeborene Leben wert? Lässt sich das wirklich nur mit dem reinen medizinischen Eingriff messen, oder sind auch die Folgekosten zu berücksichtigen? Studien belegen, dass nach einer Abtreibung für die Mutter das Risiko steigt, an Angstzuständen, Depressionen, Alkohol- oder Drogensucht zu leiden, dass aber auch die Suizidgefahr steigt. Die indirekten Folgekosten für Arzt und Medikamente, für Klinikaufenthalte und Therapien übersteigen damit die direkten Abtreibungskosten um ein Vielfaches.

Ich bringe jetzt noch ein weiteres Argument, das vielleicht für mich etwas untypisch ist, nämlich das Argument des Europäischen Gerichtshofs. Das mache ich aber auch nur darum gerne, weil ich den Gegnern der Initiative die ansonsten von ihnen verwendeten Argumentationslinien gerne einmal unter die Nase reibe. Ich habe das nicht nur bei den indirekten Folgekosten getan, sondern tue dies auch anhand des aktuellen Entscheids des Europäischen Gerichtshofs vom Oktober 2011, mit dem Patente auf embryonalen Stammzellen verboten wurden – dies mit dem Hauptargument, dass jeder Embryo, vom Moment der Befruchtung an, als menschliches

Wesen zu beurteilen sei. Damit verdient auch jeder Embryo den maximalen Schutz der Menschenwürde. Daraus lässt sich wiederum schliessen, dass die Auslöschung menschlichen Lebens nicht durch eine obligatorische staatliche Versicherung finanziert werden darf und dass auch niemand gezwungen werden kann, das auch noch gegen seinen eigenen Willen mitzufinanzieren.

Ich betone es nochmals: Die Initiative steht der Fristenlösung, die das Volk gutgeheissen hat, nicht entgegen, aber die Schwelle zum Entscheid, eine Schwangerschaft abzubauen, wird erhöht. Heute ist diese Schwelle niedrig, und zwar nicht nur aus finanziellen Erwägungen, sondern insbesondere auch wegen der psychologischen Legitimation, die mit dem KVG-Obligatorium eben auch verbunden ist.

Wer dagegen argumentiert, die Abtreibungskosten, die selbst zu tragen wären – wir reden konkret von 600 bis 1500 Franken, je nachdem, ob es sich um einen medikamentösen oder einen chirurgischen Schwangerschaftsabbruch handelt –, würden die Betroffenen in den finanziellen Ruin treiben und sie zu hoffnungslosen Sozialfällen machen, der redet auch am Problem vorbei. Es bleibt eine Frage des Gewissens, der Verantwortung und der Kultur – auch in sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, zum Beispiel bei in der Schweiz lebenden Ausländerinnen. Dass in dieser Bevölkerungsschicht dreimal mehr Abtreibungen vorgenommen werden, ist ein vom Bundesamt für Statistik belegter Fakt. Wenn in dieser ausländischen Bevölkerung kulturelle Vorbehalte gegenüber Verhütungsmitteln und gegenüber Verhütungsmethoden bestehen, dann ist die KVG-finanzierte Abtreibung sicher nicht das richtige Gegenmittel.

Die Initianten fordern, die Hürden für die Abtreibung seien zu erhöhen – aus Respekt vor dem ungeborenen Leben, aus Respekt vor der Glaubens- und Gewissensfreiheit der Mitprämienzahler, aus Respekt vor der Eigenverantwortung der zeugenden Eltern. Es ist der Wille der Initianten, damit weder neues Leid noch soziale Not zu verursachen. Deshalb sollten seltene Ausnahmen vorbehalten bleiben. Ansonsten ist die Abtreibungsfinanzierung aber eine Privatsache.

Feri Yvonne (S, AG): Herr Kollege de Courten, Sie haben jetzt sehr viel über die Selbstverantwortung gesprochen, und ich habe auch ein gewisses Verständnis dafür. Es gibt aber auch in anderen Bereichen der Gesundheit eine Selbstverantwortung. Nehmen wir einmal an: Es gibt heute viele Personen, die zu viel essen, zu ungesund essen, und darum entstehen Gesundheitskosten, z. B. durch zu viel Fett im Blut oder wegen zu hohen Blutdrucks. Würden Sie diesen Leuten auch empfehlen, diese Kosten selber zu tragen?

de Courten Thomas (V, BL): Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie die Beantwortung dieser Frage im Amtlichen Bulletin nachlesen können. Diese Frage wurde nämlich bereits in einem früheren Votum Herrn Bortoluzzi gestellt.

Schneeberger Daniela (RL, BL): Die FDP-Liberale Fraktion lehnt dieses Volksbegehren ab und empfiehlt dem Rat, dem Entwurf des Bundesrates bzw. dem Antrag der Kommissionmehrheit zu folgen.

Vor elf Jahren hat das Schweizervolk der Fristenregelung praktisch mit einer Dreiviertelmehrheit zugestimmt. Die Übernahme der Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen im Rahmen dieser Fristenregelung durch die Krankenversicherung war ein integrierter Teil der damaligen Abstimmungsvorlage. Mit der Fristenlösung wollte man nicht nur die strafrechtlichen, sondern auch die finanziellen Hürden für einen strafflosen Schwangerschaftsabbruch beseitigen respektive abbauen.

Die Fristenregelung hat sich bewährt. Sie stellt einerseits die Information und entsprechende Beratung für Schwangere, die einen Abbruch vornehmen wollen, sicher. Dieses System stellt aber vor allem die Qualität der erforderlichen medizinischen Leistungen sicher. Die Fristenregelung sorgt für Rechtssicherheit und schafft klare Bedingungen für den strafflosen Schwangerschaftsabbruch, und dazu gehört eben

auch die Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenversicherung.

Mit der von der Initiative geforderten Streichung der Leistungen würden wir das kluge System der Fristenlösung aufbrechen. Der Schwangerschaftsabbruch würde wieder zu einer wirtschaftlichen Frage, was fatal wäre. Es entstünden zudem Anreize, Schwangerschaftsabbrüche ausserhalb des gesetzlichen Rahmens und der heutigen medizinischen Anbieter vorzunehmen. Damit könnten wir auch nicht mehr flächendeckend die erforderliche medizinische Qualität gewährleisten, was für die betroffenen Frauen äusserst riskant wäre.

Die Initianten unterschätzen im Weiteren die finanziellen Folgen solcher Fehlentwicklungen, denn die Kosten von gesundheitlichen Schädigungen, die durch günstige, aber illegale oder medizinisch mangelhafte Eingriffe entstehen könnten, müsste zwangsläufig wiederum die obligatorische Krankenversicherung tragen. Mit anderen Worten: Die Initiative sorgt nicht für Kostensenkungen, sondern sie riskiert Mehrkosten, welche im Sinne des Solidaritätsprinzips der Grundversicherung wiederum alle Prämienzahler zu tragen hätten.

Als Vorkämpfer für eine liberale Gesellschaftsordnung sind wir dezidiert der Meinung, dass die Kosten eines strafflosen Schwangerschaftsabbruchs eine möglichst untergeordnete Rolle spielen sollten. Vielmehr müssen bei diesem nach wie vor schwerwiegenden Entscheid für eine Frau oder für ein Paar moralische, sozialethische und auch religiöse Überlegungen im Vordergrund stehen. Nur in diesem Kontext soll und muss die Frau letztlich eigenverantwortlich entscheiden, wie sie mit einer ungewollten Schwangerschaft umgehen will. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, den Betroffenen in diesem in jedem Fall schwierigen Prozess so gut als möglich beizustehen.

Die Initianten wollen mit ihrer Forderung zwei Hauptziele erreichen: Kostenersparnis und Senkung der Prämien bei der obligatorischen Grundversicherung sowie Reduktion der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Mit der Umsetzung dieses Volksbegehrens wird keine Senkung der Gesundheitskosten erfolgen. Die Schwangerschaftsabbrüche belasten die obligatorische Grundversicherung mit einem ganz marginalen Anteil; wir haben es schon gehört. Mit anderen Worten: Wir sprechen hier von einer Grössenordnung von 0,03 Prozent, die absolut zu vernachlässigen ist. Die Initianten blenden in diesem Zusammenhang auch aus, dass die betroffenen Frauen über Franchise und Selbstbehalt bereits heute einen grossen Anteil der Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs selber tragen.

Bei der Einführung der Fristenlösung haben die Gegner vor einer massiven Zunahme der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gewarnt. Trotz dieser sehr liberalen Lösung und trotz der erfolgten Bevölkerungszunahme ist die Zahl der Abtreibungen in unserem Land seither nicht gestiegen. Sie entwickelt sich stabil und weist sogar eine sinkende Tendenz auf. Die Schweiz weist im europaweiten Vergleich wohl nicht zuletzt dank einer vorbildlichen Prävention die niedrigste Abbruchrate auf, das heisst, dass die Initiative auch in diesem Bereich nichts bewirken würde.

Im Besonderen setzt die Initiative gesellschaftspolitisch ein völlig falsches, ja gefährliches Zeichen, indem sie den strafflosen Schwangerschaftsabbruch als etwas Verwerfliches stigmatisiert. Sie untergräbt damit auch den Weg der Fristenlösung, was nicht nur unnötig, sondern gefährlich ist. Die FDP-Liberale Fraktion ersucht Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Meier-Schatz Lucrezia (CE, SG): Nach der Annahme der Fristenlösung mit 72,2 Prozent der Stimmen und der gleichzeitigen massiven Ablehnung der Volksinitiative «für Mutter und Kind» mit 81,8 Prozent der Stimmen am 2. Juni 2002 wurden wir in diesem Rat mit verschiedenen Motionen konfrontiert. Dies ist ein indirektes Zeichen dafür, dass die Initianten den demokratisch legitimierten Entscheid von Volk und Ständen nicht wirklich akzeptieren wollen. Mit der Initiative nehmen sie nun unterschiedliche Bewertungen des

Schwangerschaftsabbruchs vor – eine strafrechtliche und eine versicherungsrechtliche –, obschon wir bereits 1982 die Kassenpflichtigkeit von straflosen Schwangerschaftsabbrüchen eingeführt haben.

Ich möchte hier nicht auf die ökonomischen und medizinischen Gründe eingehen, weil ich davon ausgehe, dass viele noch zu diesen Gründen sprechen werden. Vielmehr möchte ich einen Akzent auf die ethischen Fragen setzen. Denn Ethik ist auch in diesem Kontext, auch in der heiklen Frage eines angemessenen Umganges mit Leben und Tod, eng mit Gemeinschaftsvorstellungen verbunden.

Lassen Sie mich kurz auf die von den Initianten angegebenen Ziele eingehen. Wir haben es zuvor von Herrn Bortoluzzi und Herrn de Courten gehört, aber wir können es auch nachlesen: Die Initianten wollen eine «Stärkung der Freiheit des Einzelnen». Die Stärkung der Freiheit impliziert die Stärkung der Selbstkompetenz und die Gewährung von Handlungsmöglichkeiten. Konkret bedeutet dies, dass die Freiheit nur in Verantwortung wahrgenommen werden kann, wenn wir Menschen dazu befähigen und ihnen Optionen zur Verfügung stellen. Freiheit ist also kein absoluter Begriff. Er ist auch immer auf eine Gemeinschaft ausgerichtet. Die Verabsolutierung des Begriffes der Freiheit und die Verneinung, die Nichtanerkennung der Abhängigkeit führen in die Sackgasse. Freiheit ohne Einbindung ist kein taugliches ethisches Konzept. Vielmehr fördert eine Verabsolutierung dieses Freiheitskonzeptes, wie es die Initianten vorleben möchten, eine Herauslösung des Einzelnen aus Verpflichtungen und Bindungen. Diese Argumentation der Initianten fördert die Entsolidarisierung und eine Befreiung des Einzelnen von den umfassenden gesellschaftlichen und demokratisch legitimierten Regelungen.

Diese Argumentation fördert zudem, und dies ist auch aus ethischer Sicht höchst problematisch, die Ungleichbehandlung gleicher Tätigkeiten; denn wer nur obligatorisch versichert ist, trägt die Kosten selber, wer sich aber eine Zusatzversicherung leisten kann, kann die Kosten auf die Kasse überwälzen. Somit ist auch gesagt, dass diese Form von Freiheit ausschliesslich eine wirtschaftliche Freiheit ist, eine Freiheit, die den sozial schwächeren Menschen nicht zugänglich ist. Mit dieser Form von Freiheit werden zentrale Rechtsgüter wie Würde, Leben und Gesundheit aufs Spiel gesetzt. Dies ist aus ethischer, aber auch aus gesellschaftlicher Sicht inakzeptabel.

Ich habe zuvor schon, bei der Fragestellung, auf die Bundesverfassung hingewiesen, namentlich auf Artikel 8, der darauf hinweist, dass niemand diskriminiert werden darf, auch nicht wegen seiner sozialen Stellung. Wer also Leistungen für Frauen in einer Konfliktsituation vom Abschluss einer Zusatzversicherung abhängig macht, akzeptiert eine Ungleichbehandlung, was ganz klar dem Grundsatz des Diskriminierungsverbots und der Rechtsgleichheit gemäss Artikel 8 der Bundesverfassung widerspricht. Die Initianten handeln auch im Widerspruch zu Artikel 12 der Bundesverfassung, der festhält: «Wer in Not gerät ... hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung ...» Die Initianten verwehren Frauen in einer Konfliktsituation, in einer Notlage den verfassungsrechtlichen Schutz und verletzen somit auch die Bundesverfassung.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass die Initianten mit ihrer Initiative überhaupt keinen nennenswerten Beitrag zum intendierten Schutz des Lebens von Ungeborenen leisten können, hingegen bei ungewollt schwangeren Frauen die bestehende Notsituation noch verschärfen.

Aus diesen Gründen lade ich Sie dazu ein, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Feri Yvonne (S, AG): Ist die Abtreibung eine Privatsache? Selbstverständlich ist Abtreibung eine Privatsache. Aber sie ist genauso selbstverständlich eine von der Krankenkasse bezahlte medizinische Leistung, die auf einer persönlichen, privaten und selbstbestimmten Entscheidung beruht. Dies hat der Nationalrat am 12. April 2011 bestätigt, als er die Motion Föhn 09.3525, die die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Leistungskatalog der obligato-

rischen Krankenversicherung forderte, mit 84 zu 55 Stimmen verworfen hat. Das war ein klares Zeichen gegen die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», und es war eine Bestätigung der bewährten Fristenregelung. Diese wurde im Juni 2002 vom Schweizer Volk mit 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Damit erhielten die Frauen das Recht, in den ersten zwölf Wochen in eigener Verantwortung über Abbruch oder Austragen einer unerwünschten Schwangerschaft zu entscheiden.

Die Abstimmungsvorlage enthielt damals auch die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung, die seit 1981 eine Pflichtleistung der Krankenversicherung ist. Der von der Initiative geforderte Wegfall des Versicherungsschutzes würde zu überhöhten Preisen führen, wie vor 1981, als der Schwangerschaftsabbruch noch keine Pflichtleistung war. Betroffen wären vor allem mittellose Frauen, Migrantinnen und Jugendliche. Der Einsatz von Seifenlauge und Stricknadeln oder von zweifelhaften Medikamenten und Abtreibungen auf dem Küchentisch wären die Folge, weil der Zugang zum fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch erschwert wäre. Als Folge würden mehr Frauen mit schweren Blutungen oder Infektionen wegen unsachgemäss ausgeführter Schwangerschaftsabbrüche in Spitäler eingeliefert.

Der Wegfall der Leistungspflicht würde die Zahl der Abtreibungen kaum reduzieren. Die Schweiz hat zudem mit 6,5 Abtreibungen auf 1000 Frauen eine der tiefsten Raten der Welt. Die Ersparnis wäre minim, wie wir bereits gehört haben. Die Behandlung der Komplikationen aus verpfuschten Schwangerschaftsabbrüchen und die Geburt von unerwünschten Kindern sowie deren Folgekosten würden die Krankenversicherung und die Gesellschaft wesentlich teurer zu stehen kommen.

Die Initianten und Initiantinnen berufen sich auf die Gewissensfreiheit und wollen nicht an eine Leistung zahlen, die sie moralisch ablehnen. Damit kündigen sie jedoch das Solidaritätsprinzip der Grundversicherung auf, was verheerende Folgen hätte. «Eine Versicherung ist genau dazu da, um ungewollte und unerwartete Ereignisse aller Mitglieder der Gesellschaft zu decken», schreibt die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH. «Eine hohe medizinische Qualität des Schwangerschaftsabbruchs ist ein zentraler Bestandteil einer modernen Frauenheilkunde und ein wichtiger Teil des Rechtes der Frauen auf eine Sicherung ihrer Gesundheit», schreibt die FMH weiter. Zudem argumentieren die Initiantinnen und Initianten, eine Schwangerschaft sei keine Krankheit. Dabei ist jede ungewollte Schwangerschaft eine Gefährdung der körperlichen, seelischen und sozialen Gesundheit der Schwangeren.

Es geht jedoch nicht nur darum, die Anti-Abtreibungs-Initiative zu bekämpfen, die mit dem Scheinargument der Kosten einen Frontalangriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in der Schweiz lanciert. Es geht um mehr: Das Recht auf Gesundheit bedeutet, auch sexuell gesund zu sein. Das beinhaltet den Zugang zu Verhütung und Abtreibung, ohne durch finanzielle Barrieren behindert zu werden. Denn eine intensive Sexuaufklärung, eine einfach zugängliche Familienplanung und eine kostengünstige Verhütung befähigen die Menschen, im Bereich der Sexualität selbstverantwortliche Entscheide zu fällen. Dafür setzen sich auch die SP-Frauen vehement ein. Die moralischen Appelle und die finanzielle Gängelei der Initiantinnen und Initianten gehören jedoch in die Mottenkiste!

Deshalb bitte ich Sie, diese Initiative klar zur Ablehnung zu empfehlen.

Moret Isabelle (RL, VD): Un retour en arrière de 10 ans! Voilà ce que demande cette initiative. Sous prétexte d'économies dans l'assurance-maladie, le comité d'initiative propose en réalité une remise en question de la solution des délais pour autoriser l'avortement.

Après plusieurs questions en commission, la réponse du comité d'initiative, composé de personnalités conservatrices religieuses, a été très claire: oui, il s'agit de remettre en cause la décision du peuple suisse de juin 2002 qui accep-

tait la solution des délais par une large majorité de 72,2 pour cent. Les initiants veulent à nouveau criminaliser l'avortement; plus de manière directe, par une condamnation pénale, mais de manière indirecte, par une condamnation financière.

Il y a plus de dix ans, c'était une autorité médicale qui décidait: «Oui, Madame, Mademoiselle, vous avez le droit d'avorter, vous n'êtes pas une criminelle» ou au contraire «Non, vous n'avez pas le droit et si vous interrompez votre grossesse, vous êtes une criminelle». Avec l'initiative, une même autorité médicale décidera: «Oui, Madame, Mademoiselle, vous avez le droit d'avorter et vous serez remboursée» ou «Non, si vous interrompez votre grossesse, vous ne serez pas remboursée».

En cherchant à retirer les coûts de l'interruption de grossesse de l'assurance-maladie obligatoire, les initiants touchent les femmes et les couples au niveau du porte-monnaie. Mais leur manoeuvre s'attaque aux mauvaises personnes. Elle va créer des conditions de détresse pour des femmes et des couples n'ayant pas les moyens de recourir à une interruption de grossesse dans de bonnes conditions médicales. Veut-on assister au retour des faiseuses d'anges? Veut-on voir des femmes au revenu modeste se tourner vers des solutions précaires, vers des avortements de deuxième qualité? Voulons-nous vivre le psychodrame qu'a traversé il y a quelques mois l'Irlande suite au décès d'une femme à laquelle on a refusé une interruption de grossesse?

Rappelons que lors de la votation de 2002, il a été très clairement expliqué que désormais les avortements seraient pris en charge par l'assurance-maladie. Et trois Suisses sur quatre ont très clairement accepté ce principe.

L'introduction du régime du délai n'a pas entraîné en Suisse d'augmentation du nombre d'interruptions de grossesse. Ce nombre est aussi très faible en comparaison européenne. Notre pays met l'accent sur la prévention en matière de grossesse non volontaire. Tous les témoignages le démontrent: avorter n'est jamais une décision facile, jamais une décision prise à la légère.

Même si l'on reste sur un strict plan financier, les économies relatives à ces coûts représenteront une goutte d'eau par rapport aux coûts totaux de l'assurance-maladie. A l'inverse, un avortement bon marché qui tourne mal et qui nécessite une hospitalisation sera obligatoirement pris en charge par l'assurance-maladie. L'un dans l'autre il n'y aura globalement aucune économie.

Je vous remercie de recommander le rejet de cette initiative.

Estermann Yvette (V, LU): Ja, man kann für die Initiative sein, man kann gegen diese Initiative sein, das ist das Recht eines jeden. Es gibt genügend Gründe dafür und dagegen. Erlauben Sie mir bitte, auch meine persönlichen Gründe für die Initiative hier preiszugeben. Warum habe ich damals die Motion Föhn 09.3525 unterschrieben, und warum unterstütze ich diese Initiative? Es geht mir in erster Linie um den Schutz der Frauen und um den Schutz des ungeborenen Lebens. Als Medizinstudentin musste ich zwei Wochen in einer medizinischen Einrichtung verbringen, in einer Frauenklinik, wo Abtreibungen gemacht wurden. Ich erspare Ihnen die Bilder dazu und die Einzelheiten. Wissen Sie, viele Frauen denken: Ja, so eine Abtreibung, das ist irgendein Klumpen aus Zellen, der wegmuss. Wir sprechen aber über die zwölf Wochen alte Frucht; sie ist etwa sieben Zentimeter gross und hat schön Platz in einer menschlichen Hand. Sehr viele denken also schon ganz falsch über die Abtreibung.

Keine Rede war davon, was die Ärzte und Schwestern erleben müssen, was sie für Gewissensfragen haben, wenn sie Abtreibungen machen müssen. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Meinen Sie, es ist leicht für sie, das zu tun? Für jene im Saal, die meinen, ich spreche aus meiner Erfahrung als Ärztin in der ehemaligen Tschechoslowakei: Nein, ich spreche auch mit Ärzten aus Österreich und Deutschland. Einige sind sogar als christliche Ärzte organisiert und kämpfen auch für ihr Recht, das nicht tun zu müssen. In der Schweiz haben die Ärzte theoretisch eine Mög-

lichkeit, sich zu entscheiden, ob sie eine Abtreibung machen wollen oder nicht. Aber seien wir ehrlich, stellen Sie sich das praktisch vor: Sie führen ein Gespräch, Sie wollen eine Stelle in einem tollen Spital, und dann sagen Sie: «Wissen Sie, ich mache grundsätzlich keine Abtreibungen.» Dann sind Ihre Chancen schon ein bisschen gesunken.

Im Laufe des Lebens und in der Praxis habe ich festgestellt, dass es für die Frauen auch sehr viele unangenehme Folgen hat, wenn sie abgetrieben haben. Darüber wird auch nicht gesprochen. Es sind nicht nur Gewissensbisse – diese kann man zum Teil verdrängen –, es sind auch effektive Krankheiten. Wir haben es von den Sprechern der SVP-Fraktion gehört: Es kann zum Suizid führen. Es kann so weit gehen, dass eine Frau sagt: «Ich kann mit dieser schweren Last nicht mehr leben, und ich mache dem ein Ende.» Die Folgen sind wirklich massiv.

Es ist vielleicht nicht ganz verkehrt, wenn sich zwei junge Leute vor einer sogenannten heissen Nacht Gedanken machen und sich fragen: «Was machen wir, wenn unsere Verhütungsmittel versagen?» Es ist halt so, dass die Frau die grössere Verantwortung trägt. Dann muss sie sich fragen: «Ja, was machen wir dann, wenn sie versagen?» Die zweite Frage ist: «Will ich überhaupt Kinder mit diesem Mann?» Es gibt da immer Unsicherheiten. Man denkt, das sei so ein Flirt. Aber Vorsicht: Das kann Folgen haben. Man muss sich das vorher überlegen, denn nachher ist es leider zu spät.

Dieser Saal ist voll von Wunschkindern – wie ich von jenen gehört habe, die glauben, ein Wunschkind zu sein. Aber wären wir alle da, wenn unsere Mütter damals nicht den Mut gehabt hätten, uns auszutragen? Ich muss Ihnen sagen: Wenn diese Initiative und wenn die Sensibilisierung für diese Frage etwas bewirkt und sich eine Frau aufgrund dieser Diskussion entschliesst, die Abtreibung nicht vorzunehmen, dann wäre dies für mich Erfolg genug. Ein Menschenleben ist auch etwas wert.

Deshalb bitte ich Sie: Denken Sie noch kurz darüber nach, bevor Sie das Abstimmungsknöpfchen drücken, ob Sie dieser Initiative zustimmen oder ob Sie sie ablehnen. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung, und ich hoffe, dass die 30 Prozent der Leute hier im Saal, die damals bei der Abstimmung hin und her gerissen waren, heute auch eine Würdigung dieser Argumente vornehmen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): L'avortement est une affaire privée, c'est juste, et son choix doit être libre. Selon les initiants, son financement devrait donc également rester une affaire privée, car ils considèrent que la problématique qui entoure la question de l'avortement n'a rien à voir avec un problème de santé; cela se résumerait à un choix privé. C'est un raccourci un peu facile et léger.

La Société suisse de gynécologie et d'obstétrique considère de son côté que la grossesse non désirée constitue un risque pour la santé physique et psychique de la femme concernée. Elle est comparable à d'autres atteintes à la santé telles que la dépression, les accidents, les maladies métaboliques, etc., dont le traitement est pris en charge par la communauté solidaire des assurés. Selon cette société, l'interruption de grossesse doit être considérée comme une intervention médico-thérapeutique qui garantit l'intégrité physique et psychique de la patiente.

Le texte qui nous est soumis est sournois. Sous prétexte de réduire les coûts de la santé, quelques millions de francs par an au plus – la belle affaire –, les initiants veulent pénaliser les femmes faisant le choix d'avorter avec l'espoir de les en dissuader pour des motifs d'ordre financier.

Il remet ainsi en question la prise en charge par la LAMal des interruptions volontaires de grossesse, alors que celle-ci faisait partie intégrante de la loi adoptée en 2002.

Les initiants se placent sur le terrain de la morale et traduisent à travers cette initiative leur position viscéralement anti-avortement en rendant son accès plus difficile – ma préopinante vient d'en faire la démonstration voilà quelques instants. Tendre à réduire le nombre d'avortements est en soi souhaitable, car ce n'est jamais de gaieté de cœur qu'une femme doit se résoudre à cette opportunité. Mais je n'en-

tends rien dans la bouche des initiants quant aux vrais moyens à mettre en oeuvre pour en réduire efficacement le nombre: l'éducation sexuelle, le remboursement des contraceptifs par la caisse-maladie, en tous les cas pour les adolescentes, un accès favorisé à la pilule du lendemain et une offre suffisante en structures d'accueil extrafamilial des enfants.

La problématique soulevée par le texte de l'initiative me suggère plein d'interrogations. Qui l'initiative va-t-elle pénaliser? Les personnes issues de milieux aisés ou alors plutôt les femmes en situation sociale difficile, les adolescentes? Poser la question, c'est y répondre, à l'évidence! Cela s'appelle une médecine de classes, une médecine à deux vitesses, une véritable discrimination.

Les initiants savent-ils qu'une méthode de contraception n'est jamais sûre à 100 pour cent? Les accidents existent et tomber enceinte n'est pas obligatoirement un choix délibéré. Certaines situations continueront d'être prises en charge en particulier lorsque la santé de la mère serait mise en danger. Qui décidera? Le médecin? La caisse-maladie? Leur décision sera-t-elle contestable? Selon quelles procédures – avec le risque de conduire la femme enceinte hors délais?

Actuellement les interruptions de grossesse sont réalisées dans nos hôpitaux et cliniques et bénéficient des infrastructures performantes et professionnelles que nous connaissons. La problématique financière n'est-elle pas susceptible de remettre au goût du jour le tourisme médical voire les anciennes filières parallèles? Verra-t-on réapparaître les faiseuses d'anges de triste mémoire, avec des drames à la clé? Le fait de fumer est également un choix privé. La prise en charge des complications dues au tabagisme doit-elle être exclue du catalogue de prestations à charge de la LA-Mal?

Ma pratique professionnelle m'a conduit régulièrement à rencontrer des patientes, parfois des couples, confrontés à cette problématique. Des couples, car il ne faut pas oublier le rôle et la responsabilité du partenaire masculin, malheureusement pas toujours présent.

Je les ai aidés dans leur choix, et le cas échéant, accompagnés dans leur démarche. Croyez-moi, j'ai pris la mesure des situations humainement difficiles que ces personnes traversaient. Avorter n'est jamais une partie de plaisir, un acte banal et anodin que l'on choisit sans doutes ni émotions. Vouloir charger ce choix de stress supplémentaire, d'embûches administratives, de contraintes financières est indigne. Frapper les plus faibles, culpabiliser, stigmatiser: l'initiative est inacceptable et correspond à un recul.

Je vous invite à ne pas reculer.

Guhl Bernhard (BD, AG): Ich stelle fest, dass ich auf der Liste der Einzelsprecher erst der zweite Mann bin, der zu dieser Sache spricht. Es ist fast bezeichnend für diese Initiative, dass sich viel mehr Frauen als Männer in die Rednerliste eingetragen haben. Dabei hat dieses Thema uns Männer genauso zu interessieren wie die Frauen. Warum? Ich frage Sie: Kann eine Frau alleine schwanger werden? Nein, es braucht dazu immer einen Mann, wenn wir die heutigen technisch-medizinischen Möglichkeiten einmal beiseitelassen.

Ich frage Sie: Soll die Frau alleine die Verantwortung für eine ungewollte Schwangerschaft tragen? Nein. Frau Estermann, ich bin da ganz klar anderer Meinung als Sie: Der Mann steht ebenso in der Pflicht und in der Verantwortung wie die Frau. Wenn alle Männer diese Verantwortung übernehmen würden, wäre es gut, aber es ist leider nicht so.

Da also beide verantwortlich sind, sollen die Kosten auch grundsätzlich von beiden getragen werden. Das werden sie heute auch grösstenteils: nach dem Eingriff von der Frau, durch Franchise und Selbstbehalt, und in den Fällen, in denen der Mann zu seiner Verantwortung steht, auch durch diesen.

Was nun, wenn der Mann sich aus der Verantwortung stiehlt, was leider zu oft vorkommt? Soll dann die Frau alleine die ganzen Kosten tragen? Oder soll sie in der schweren Situa-

tion, in der sie ist, gar prozessieren müssen? Meine Meinung ist: nein!

Wenn der Schwangerschaftsabbruch aus dem Grundleistungskatalog gestrichen wird, so soll er, wenn es nach den Initianten geht, nach wie vor freiwillig versicherbar sein. Ich frage Sie: Wird ein einziger Mann eine solche Zusatzversicherung abschliessen? Sicher nicht, ein Mann kann ja nicht schwanger werden. Also würden für etwas, wofür wir Männer genauso in der Pflicht stehen, nur Frauen die Kosten tragen.

Keine einzige Frau wird einen solchen Eingriff leichtfertig vornehmen lassen. Wenn eine Frau in dieser Situation ist, soll sie sich nicht auch noch Gedanken über die Finanzierung machen müssen; die Situation ist für sie schon schwer genug. Darum sage ich ganz klar Nein zu dieser Initiative.

Herzog Verena (V, TG): Eine Abtreibung ist für jede Frau psychisch und natürlich auch physisch ein sehr einschneidender Eingriff, dessen Folgen sie meist ein Leben lang tragen muss. Ich bin überzeugt, dass die Kosten für einen solchen Eingriff auch für junge Frauen nur zweitrangig sind. Dass bei gesundheitlicher Gefährdung der Frau oder des Kindes oder nach einer Vergewaltigung ein Kind abgetrieben werden kann und die Kosten von der Grundversicherung übernommen werden, ist selbstverständlich und erfährt durch diese Initiative auch keine Änderung, Kollegin Gilli. Genauso wenig wird die Rechtslage durch diese Initiative verändert. Abtreibungen bleiben rechtlich möglich und werden deshalb auch nicht in die Illegalität abgedrängt. Auch wird keine Frau deswegen zu einem Kurpfuscher gehen müssen.

Keine betroffene Frau – und kein betroffener Mann, Kollege Guhl – kommt aber darum herum, diesen Entscheid für sich und das Kind in Eigenverantwortung zu fällen. Es ist niemand zu beneiden, der vor einem so schwierigen Entscheid steht. Das soll aber auch so sein. Wer ein Kind auf die Welt stellt, hat auch in unserer Freizeitgesellschaft immer noch die grosse, wichtige, schöne und herausfordernde Verantwortung für die Zukunft dieses Kindes zu tragen und kann diese Verantwortung nicht an den Staat delegieren. Genauso muss diese Person auch die Verantwortung für eine Abtreibung tragen. Leider – davon hat heute noch niemand gesprochen – gibt es jedoch Tendenzen, dass es sorglose Erwachsene trotz einem vielfältigen Angebot an bewährten Verhütungsmitteln bevorzugen, eine Schwangerschaft einfach dem Zufall zu überlassen. Ich mache mir allerdings nichts vor: Der erzieherische Effekt der Initiative ist leider vermutlich gering.

Für einen beachtenswerten Teil der Bevölkerung ist aus ethischen Gründen eine Abtreibung niemals die richtige Lösung. Trotzdem wird auch dieser Teil zwangsläufig zur Kasse gebeten und zur Mitfinanzierung verpflichtet. Aus Solidarität? Solidarität womit? Solidarität mit der vermeidbaren Sorglosigkeit, Gleichgültigkeit oder Fahrlässigkeit?

Und ich frage mich schon, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der CVP: Bei welchen gesellschaftspolitischen Themen wird dann von Ihnen überhaupt noch das C vertreten, wenn nicht hier? Denn in erster Linie liegen die Bestrebungen der Initiative darin, ethische und religiöse Werte – Werte mit hohem Wert – zu achten, die Eigenverantwortung zu stärken, die Grundversicherung von zweifelhaften Beiträgen zu entlasten und damit langfristig, mit weiteren Massnahmen, die Versicherungsprämien zu senken oder mindestens zu plafonieren. Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist ein erster, wenn auch kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es geht darum, die Grundversicherung von Ansprüchen verschiedenster Art zu entlasten.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der Initiative zustimmen.

Parmelin Guy (V, VD): Madame Herzog, j'ai écouté attentivement votre intervention. Vous avez dit qu'avec cette initiative les coûts d'un avortement à la suite d'un viol continueront à être remboursés. Le texte de l'initiative stipule: «Sous réserve de rares exceptions concernant la mère, l'interruption de grossesse et la réduction embryonnaire ne sont pas

couvertes par l'assurance obligatoire des soins.» Selon vous, cela suffit-il pour affirmer clairement qu'un avortement à la suite d'un viol sera toujours pris en charge par l'assurance de base? Pouvez-vous nous le certifier ici?

Je ne sais pas si vous faites partie du comité d'initiative, mais le texte me paraît particulièrement vague.

Herzog Verena (V, TG): Aus dem Text geht aber auch nicht hervor, dass irgendwelche rechtlichen Änderungen erfolgen würden.

Gysi Barbara (S, SG): Geschätzte Kollegin Herzog, Sie sagen, dass das ein erster Schritt in die richtige Richtung sei, um die Grundversicherung der Krankenversicherung zu entlasten. Ich frage Sie: Welches sind die nächsten Massnahmen, die Sie vorschlagen? Bereits Kollege Lohr hat das angesprochen; die Gefahr ist wirklich da, dass dann Weiteres folgt. Was sind die nächsten Schritte, die Sie planen?

Herzog Verena (V, TG): Ein konkretes Beispiel, das ich vor Augen habe: Wenn Erwachsene oder Junge, die eine Alkoholvergiftung haben oder wegen Drogen auf der Strasse zusammenbrechen, nachher mit einem Krankenwagen ins Spital transportiert werden müssen, dann darf es nicht sein, dass die Kosten wie heute von der Grundversicherung übernommen werden. Das ist ein solches konkretes Beispiel, das ich wirklich auch angehen werde.

Lüscher Christian (RL, GE): Madame Herzog, je pense que c'est pour des raisons linguistiques que je n'ai pas bien compris votre réponse à Monsieur Parmelin. Pouvez-vous répondre par oui ou par non à la question suivante: est-ce que, systématiquement et sans aucune exception, une femme qui est victime d'un viol et qui veut avorter pourra se faire rembourser cette intervention? Oui ou non?

Herzog Verena (V, TG): Das kann ich mit Ja beantworten, das wird weiterhin von der Grundversicherung bezahlt. Das ist kein Thema.

Perrin Yvan (V, NE): Madame Herzog, j'ai travaillé durant 22 ans dans la police, ce qui m'a permis de constater que les enquêtes en matière de viol sont très délicates. C'est souvent la parole de l'auteur contre la parole de la victime. Que se passera-t-il si la victime n'arrive pas à prouver qu'elle a été violée?

Herzog Verena (V, TG): Ich denke, da steht das Opfer sehr wohl viel besser da, weil der Arzt sicher dem Opfer hilft.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzte Frau Kollegin, Sie sagen, dass es grundsätzlich unethisch sei abzutreiben, und appellieren dabei auch an das C der christlichen Parteien. Wenn es aber grundsätzlich unethisch wäre abzutreiben – grundsätzlich –, dann wäre es vom Gesetzgeber nicht als erlaubt deklariert worden. Der Gesetzgeber delegiert deshalb diesen ethischen Entscheid an das Individuum und deklariert ihn zur Privatsache. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um, dass Sie jetzt sagen, der Gesetzgeber müsste das eigentlich als unethisch ansehen und deshalb verbieten? Sie wollen es ja nur nicht bezahlen.

Herzog Verena (V, TG): Ich habe das in meinem Votum gesagt: Es geht ja darum, ob eine Frau das psychisch und physisch überhaupt ertragen kann. Und da spielt für mich die Ethik hinein.

Amaudruz Céline (V, GE): Une femme violée doit déjà avoir le courage d'aller porter plainte, elle doit déjà supporter tous les interrogatoires de la police. Est-ce que vous trouvez normal qu'elle doive encore expliquer cela à son assurance-maladie?

Herzog Verena (V, TG): Ich denke, es gilt wirklich, dass eine vergewaltigte Frau auch mit dieser Initiative von Kosten verschont bleibt – und das soll auch so sein.

Wermuth Cédric (S, AG): Wir haben es in dieser Diskussion jetzt gerade wieder sehen können: Selbstverständlich geht es hier um die grundsätzliche Frage, ob Abtreibung legal sein soll, ob sie richtig ist oder nicht. Wir sehen es schon bei den Kosten, die eine Abtreibung verursacht. Es wurde gesagt, es seien 1500, 2000 Franken. Ich weiss nicht, aus welchen Milieus Sie kommen. Aber wenn ich mir überlege, wie das für eine meiner studentischen Kolleginnen vor zwei, drei Jahren ausgesehen hätte: Sie hätte dieses Geld nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln können. Selbstverständlich wäre das für sie eine Einschränkung des generellen Rechtes auf Abtreibung gewesen.

Ihre Kollegin im Initiativkomitee, Frau Bader, sagt, es gehe um die Gewissensfreiheit. An der Lancierungspressekonferenz sagte sie, die Gewissensfreiheit von Leuten, die Abtreibungen über die Krankenkassenprämien mitfinanzieren sollen, sei nicht gewährleistet.

Damit sind wir eigentlich bei der Kernfrage: Es geht im Prinzip um eine Debatte, die wir in der Schweiz und in ganz Europa seit der Aufklärung immer wieder führen, nämlich um die Debatte, wie der Begriff der Freiheit zu definieren sei. Was Sie jetzt versuchen, ist eigentlich ein Schildbürgerstreich. Sie verpacken Ihr ultrareaktionäres Weltbild in liberale Argumente: Eigenverantwortung, Kosten selber tragen und diese Geschichten. Sie machen dabei den gleichen Fehler wie der Liberalismus seit zweihundert Jahren: Sie vergessen nämlich, dass zur Freiheit in einer Demokratie, Herr Brunner, eben nicht nur die Tatsache gehört, frei vom Zwang von anderen zu sein, sondern dass dazu auch die Freiheit des anderen gehört. Demokratie hat einen materiellen Gehalt, und dieser besteht darin, dass es eine Liste von Grundrechten gibt, die wir gegenseitig und eben vor allem auch für den anderen achten müssen. Wenn Sie das infrage stellen – und genau das tun Sie; Sie müssen jetzt nicht ausrufen, Kollege Freysinger –, dann stellen Sie das Funktionieren der Demokratie infrage. Ich muss akzeptieren, dass Sie in diesem Land nach Ihren moralischen Grundsätzen leben, die ich nicht für vertretbar halte. Sie müssen akzeptieren, dass ich es nach meinen tue. Das ist die Idee der Demokratie.

Wenn Sie jetzt versuchen, im Sinne eines höheren Ideals, irgendeines höheren Etwas, eine Moralvorstellung für die gesamte Gesellschaft durchzusetzen, dann machen Sie den gleichen Fehler, wie ihn alle theokratischen Diktaturen von der katholischen Kirche im Mittelalter bis zu den Taliban in Afghanistan gemacht haben.

Dann noch eine letzte Bemerkung: Es stört mich wirklich, wenn hier der Begriff der Eigenverantwortung benutzt wird. Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen: Was Sie tun, ist genau das Gegenteil. Sie bringen hier ein Beispiel und versuchen, die Kosten auf Frauen, auf junge Frauen, möglicherweise in einer Notsituation, abzuwälzen. 1500, 2000 Franken sind, wie gesagt, viel Geld. Was hier einmal mehr passiert, dient nicht dazu, die Eigenverantwortung der Frauen zu stärken. Vielmehr erlauben Sie es den Männern, sich ganz einfach aus der Affäre zu ziehen. Dieses Rollenbild können wir im 21. Jahrhundert doch nicht ernsthaft wollen.

Humbel Ruth (CE, AG): An der Volksabstimmung vom 2. Juni 2002 hat das Volk zum straflosen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft Ja gesagt. Gleichzeitig wurde der Schwangerschaftsabbruch eine Pflichtleistung der Krankenkassen. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche hat mit der Fristenlösung nicht zugenommen, und die Schweiz hat im europäischen Vergleich die tiefste Abbruchrate. Die Initianten haben am Hearing in der Kommission die Schweiz mit Österreich verglichen. Dort werden Abtreibungen nicht von den Krankenkassen bezahlt, und die Abtreibungsrate ist dreimal so hoch wie in der Schweiz. Die Krankenkassen bezahlen bei uns, das haben

wir mehrmals gehört, insgesamt 8 bis 10 Millionen Franken pro Jahr für Abtreibungen. Das sind die Fakten.

Was wollen nun die Initianten? Nach ihren eigenen Angaben wollen sie in der Grundversicherung Kosten sparen. Sie wollen einen Verfassungsartikel, der die Krankenkassen von Kosten in der Höhe von 8 bis 10 Millionen Franken befreit. Das würde also die Prämienzahlenden um einen Franken pro Jahr oder um rund 9 Rappen pro Monat entlasten.

Solidarität hat dort ihre Grenzen, wo sie die Gewissensfreiheit der anderen verletzt, sagen die Initianten weiter. Wenn jeder nach seinen eigenen Wertvorstellungen Solidarität definiert, dann führt das ans Ende unserer Solidargemeinschaft und der Sozialversicherungen. Genau das, Frau Herzog, ist eben christliche Politik: Wir wollen die Solidarität stärken und eine Balance von Solidarität und Subsidiarität halten, und da geht es nicht an, dass jeder Solidarität nach seinem eigenen Gutdünken definiert. Es kann nämlich auch Menschen geben, die es moralisch verwerflich finden und mit ihrer Gewissensfreiheit nicht vereinbaren können, dass andere in unserer Überfluggesellschaft zu viel essen und sich dann, wenn sie übergewichtig und krank werden, die «Reparaturkosten» von den Krankenkassen, das heisst von der Solidarität der Prämienzahler, finanzieren lassen, während in anderen Teilen der Erde Menschen an Unterernährung sterben. Übergewicht verursacht Kosten von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Es gäbe also ein namhaftes Sparpotenzial, wenn wir weniger essen und uns mehr bewegen würden.

Es geht da um Eigenverantwortung, um die grundsätzliche Frage einer Schadenminderungspflicht in der Krankenversicherung. Ich bin für diese Diskussion offen, auch wenn sie schwierig und emotional ist. Während bei übermässigem Alkoholkonsum, Völlerei und Rauchen die Verantwortung allein beim Einzelnen liegt, ist es bei Schwangerschaft eben nicht so; es braucht immer zwei, einen Mann und eine Frau, und beide stehen in der Verantwortung. Beim Schwangerschaftsabbruch müssen wir zwischen der persönlichen Einstellung, der individuellen Gewissensfrage und dem demokratisch legitimierten gesetzlichen Rahmen unterscheiden. Ich unterstütze alle Bestrebungen zum Schutz des Lebens und erachte es als Auftrag unserer Gesellschaft, Frauen, die ungewollt schwanger werden, zu helfen, dass sie sich für die Schwangerschaft und das Kind entscheiden können. Der Entscheid darüber liegt aber bei der Frau, und keine Frau entscheidet leichtfertig. Ethisch ist es aber nicht haltbar, eine eigene moralische Gesinnung zur Verfassungsgrundlage machen zu wollen. Es war das Volk, das der Fristenlösung zugestimmt hat. Wer das rückgängig machen will, muss die Frage der Fristenlösung als solche wieder aufnehmen und nicht die Frage der Finanzierung von Abtreibungen.

Im Übrigen hat diese Bestimmung keine Verfassungsqualität. Es geht nicht an, in der Verfassung eine einzige Leistung mit marginalsten Kosten aus dem Pflichtleistungskatalog der Krankenkassen zu verbannen.

Aus ethischen, rechtlichen und staatspolitischen Überlegungen lehne ich diesen Verfassungsartikel ab.

Böhni Thomas (GL, TG): Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» ist ein Rückschritt und trifft Frauen in einer ohnehin sehr schwierigen Situation. Gerade in einer solchen Situation darf es nicht passieren, dass zusätzliche Hürden aufgebaut werden und Hemmschwellen entstehen. Die Annahme dieser Initiative würde bedeuten, dass Frauen in einer solchen Situation noch mehr gezwungen wären, nichtprofessionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dadurch wären sie den zusätzlichen Risiken einer billigen Abtreibung ausgesetzt. Ein Schwangerschaftsabbruch verlangt einen sehr schweren Entscheid im Leben einer Frau; er kann sie psychisch schwer belasten und das weitere Leben für immer prägen. Umso wichtiger erscheint mir die Prävention, die Information junger Frauen und Männer. Wir müssen das Thema Abtreibung in der Öffentlichkeit diskutieren. Die Schamgefühle der

Betroffenen sind ohnehin gross; deshalb dürfen wir dieses Thema nicht weiter aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängen. Wichtig wäre eine gute Aufklärung, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern; Möglichkeiten sind genügend auf dem Markt.

Eine straflose und bezahlte Abtreibung ist heute schon nur sehr eingeschränkt möglich. Jedoch ist der Ablauf für die Betroffenen plus/minus klar oder mindestens einschätzbar. Die Initiative sieht nun sogenannte seltene Ausnahmen vor, in denen doch bezahlt werden soll. Im Vergleich zur heutigen Regelung ist der Wortlaut der «seltenen Ausnahmen» absolut unklar. Unklarheit führt zu Rechtsunsicherheit und schlussendlich zu mehr Arbeit für die Juristen, mithin zu Mehrkosten für Private und Staat.

Fazit: Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, weil die heutige Regelung gut ist und eine neue Regelung zu Rechtsunsicherheit führen kann. Zudem stehen die Kosteneinsparungen in keinem Verhältnis zur Mehrbelastung der Betroffenen.

Heim Bea (S, SO): Den Schwangerschaftsabbruch selber bezahlen, das ist ein Schritt zurück in die Vergangenheit, ins Mittelalter, in die Zeiten der Engelmacherinnen in Hinterhöfen, als so manche junge Frau in Not ihr Leben lassen musste. Wer will das verantworten? Nein, ich meine, dass Abtreibung keine Privatsache ist. Das Thema betrifft uns alle. Ich meine, solange in unserer Gesellschaft Frauen wegen der Schwangerschaft in eine finanzielle oder psychische Notlage geraten, sind wir als Gesellschaft an der Not dieser Frauen und für die Abbrüche von Schwangerschaften mitverantwortlich. Wir müssen unsere Gesellschaft kinderfreundlicher gestalten, und dies nicht nur mit schönen Worten in Reden, sondern wir müssen es tatsächlich tun, im Interesse von Mutter und Kind, im Interesse von uns allen.

Den Initianten sei gesagt: Es ist kein guter Start ins Leben, wenn ein Kind nur deshalb auf die Welt kommt, weil sich die Mutter einen Abbruch nicht leisten konnte. Kinder brauchen Liebe, brauchen die Gewissheit, willkommen zu sein. Natürlich möchten wir – Sie und ich, alle in diesem Saal – die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche weiter senken. Aber Sanktionen bringen hier gar nichts. Nur positive Lebensperspektiven können Schwangerschaftsabbrüche verhindern, das möchte ich Kollegin Yvette Estermann und den Initianten ans Herz legen. Arbeiten wir gemeinsam daran!

Ich möchte es betonen: Die Schweiz hat die niedrigste Rate an Schwangerschaftsabbrüchen von ganz Europa – dank Prävention. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist trotz markantem Bevölkerungswachstum nicht gestiegen. Die Schweiz braucht diese Initiative nicht, weil sie nichts bringt, sondern nur schadet. Sie erschwert den Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch für finanziell und sozial Benachteiligte. Mit ihr droht, dass ärmere Frauen in der Not wieder selbst Hand anlegen oder Hilfe bei Hintertreppenscharlatanen suchen und damit ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Um das zu verhindern, bezahle ich mit meiner Krankenkassenprämie gerne 5 bis 6 Rappen pro Monat – mehr machen die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche nämlich nicht aus. Eigenartig ist für mich, dass die Initiantinnen und Initianten behaupten, sie hätten mit dieser Initiative ein Rezept, um die Gesundheitskosten zu senken. Dass dem nicht so ist, haben Sie, lieber Kollege Bortoluzzi, heute selber erlebt – danke. Was Sie nicht gesagt haben, ist, dass dieser Rückschritt in die Scharlatanerie für die Gesellschaft und für die Krankenkassen erheblich mehr Kosten zur Folge hätte als 5 bis 6 Rappen pro versicherte Person und Monat. Diese Initiative atmet für mich den gleichen Geist wie die SVP-Familien-Initiative. Letztere will mit staatlichen Subventionen eine «Frauen zurück an den Herd»-Politik, die hier diskutierte Initiative will von Staates wegen Frauen zur Austragung einer ungewollten Schwangerschaft zwingen. Das ist nicht gut für das Kind, ist nicht gut für die Mutter, ist nicht gut für unsere Gesellschaft.

Die Initiative diskriminiert die Frauen, das ist gesagt worden, weil sie die Erzeuger, die Männer, aus der finanziellen Mit-

verantwortung entlässt – aus der Verantwortung, die Kollege Bortoluzzi so betont hat. Er scheint die Wahrnehmung der Verantwortung allein den Frauen zuzutrauen.

Die Initiative zielt auf einen Tabubruch im Gesundheitswesen: Sie will das Verursacherprinzip einführen. Sie untergräbt damit das demokratisch verankerte Prinzip der Solidarität: der Solidarität zwischen Reich und Arm, Gesund und Krank, Jung und Alt. Das ist ein gefährlicher Pfad, den wir ablehnen.

Eines ist klar: Ein Schwangerschaftsabbruch ist ein sehr schwerer Entscheid. Er prägt fürs Leben, und keine Frau trifft ihn leichtfertig. Auch klar ist: Verhütet werden ungewollte Schwangerschaften am wirksamsten durch Wissen, durch Aufklärung, mit einem guten Sexualunterricht, mit niederschwelliger Beratung und mit dem Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln für alle.

Aufgrund all dieser Überlegungen ist die Initiative abzulehnen. Sie ist auch keines Gegenentwurfes würdig. Sie verdient nur eines: ein klares Nein.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Mittwoch, 17. April 2013

Mercredi, 17 avril 2013

15.00 h

12.052

Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung. Volksinitiative

Financer l'avortement est une affaire privée – Alléger l'assurance-maladie en radiant les coûts de l'interruption de grossesse de l'assurance de base. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 09.05.12 (BBl 2012 5409)

Message du Conseil fédéral 09.05.12 (FF 2012 4991)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 17.04.13 (Fortsetzung – Suite)

Rytz Regula (G, BE): Seit zehn Jahren gilt in der Schweiz die Fristenregelung. In der Volksabstimmung dazu wurde auch die Unterstellung von legalen Schwangerschaftsabbrüchen unter die obligatorische Krankenversicherung gutgeheissen. Obwohl es damals in der ganzen Abstimmungskampagne ein heisses Thema war, hat sich das Volk für diese Lösung entschieden.

Die Initiative, über die wir heute diskutieren, ist deshalb das Werk von schlechten Verlierern, von schlechten Verlierern mit scheinheiligen Argumenten, von schlechten Verlierern mit gefährlichen Nebenwirkungen. Denn würde die Initiative angenommen, müsste man in der Schweiz mit einem Anstieg von riskanten Schwangerschaftsabbrüchen und mit hohen Kostenfolgen rechnen – eine klassische Mogelpackung, die wir gerne an den Absender zurückschicken.

Vordergründig geht es den Initianten ja um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, so zumindest steht es auf ihrer Website. Durch die Ausklammerung von legalen Schwangerschaftsabbrüchen soll die Krankenversicherung jährlich um 0,03 Prozent des Aufwandes entlastet werden. Doch das ist nur die Theorie. In der Praxis würden natürlich durch die zahlreichen Ausnahmen, die nötig wären, und die bereits erwähnten Folgekosten von Pfuscheingriffen ohne medizinisches Fachpersonal sogar noch zusätzliche Kosten generiert. Geld liesse sich mit dieser Initiative also keines sparen. Was diese Initiative aber garantiert erreichen würde, wäre die Bestrafung von Frauen: die Bestrafung von Frauen für einen Verhütungsfehler, die Bestrafung von Frauen, die unfreiwillig schwanger geworden sind, die Bestrafung von Frauen, die sich wegen einer Mehrlingsschwangerschaft in einer Notlage befinden. Denn nur, wer sich in einer Notlage befindet, kann nach heutigem Recht in der Schweiz legal eine Schwangerschaft abbrechen. Es ist also nach wie vor sehr restriktiv geregelt. So hat es die Stimmbevölkerung am

2. Juni 2002 beschlossen – nichts Revolutionäres, sondern etwas ganz Pragmatisches. Denn keine Frau geht leichtfertig mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch um. Das zeigt auch ein Blick auf die Statistiken: Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den wenigsten Schwangerschaftsabbrüchen überhaupt; die Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, und sie wird es weiterhin tun.

Doch auch in einem aufgeklärten und liberalen Land werden Fehler und Notlagen nie ganz zu vermeiden sein. Die Bevölkerung hat sich deshalb in der Volksabstimmung 2002 ganz klar dafür entschieden, eine Korrektur solcher Fehler legal zu ermöglichen und die Kosten dafür über die obligatorische Krankenversicherung abzurechnen. Dies geschah aus einem völlig einleuchtenden Grund – Sie haben das heute schon mehrfach gehört –: Auch bei Frauen mit kleinen Einkommen sollen solche Eingriffe durch medizinisches Fachpersonal und mit Beratung erfolgen und nicht, wie früher, mit blutigen Selbstversuchen auf dem Küchentisch.

Wer diese vernünftige Lösung wieder infrage stellt, ist ein schlechter Verlierer und missachtet den Volkswillen. Er löst auch eine gefährliche Diskussion über die Zukunft der Krankenversicherung aus. Mit dem Argument der Kostenexplosion, das so ausführlich auf der Website der Befürworter und Lancierer der Initiative ausgebreitet wird, könnten die Initianten geradezu auch verlangen, dass zum Beispiel die Folgen des Rauchens oder des Konsums von Alkohol oder von fettigem Essen aus dem Grundleistungskatalog gestrichen werden. Wenn wir die obligatorische Krankenversicherung von allen persönlich beeinflussbaren Faktoren entlasten, sie nur für absolut tugendhafte, fehlerlose und disziplinierte Menschen offen lassen und diese Menschen über die Grundversicherung versichern würden, dann könnten wir tatsächlich erheblich Kosten sparen – aber um welchen Preis?

Diese Initiative ist eine klassische Mogelpackung. Ihre einzige Wirkung wäre, Frauen mit kleinen Einkommen in einer Notlage von der medizinischen Behandlung auszuschliessen. Klipp und klar: Das ist das ganz einfache Ziel. Damit würden wir noch hinter die Volksabstimmung von 2002 zurückfallen.

Ich bitte deshalb alle vernünftigen Kräfte hier in diesem Saal, sich dann auch im Abstimmungskampf für eine Ablehnung dieser Initiative einzusetzen.

Freysinger Oskar (V, VS): Sehr geehrte Kollegin, nur zu dem, was Sie am Anfang gesagt haben: Sie haben hier gesagt, es sei notwendig, eine Notlage als Grund für eine Abtreibung vorzubringen. Haben Sie den Text der Fristenlösung gesehen? Es ist überhaupt keine Notlage notwendig – innerhalb der ersten drei Monate darf man ohne die geringste Argumentation abtreiben. Ist es richtig, was ich hier sage?

Rytz Regula (G, BE): Es ist eine Notlage. Die Frauen müssen in der Beratung auch aufzeigen, dass sie keine Alternativen sehen – so ist es.

Amaudruz Céline (V, GE): L'initiative populaire «Financer l'avortement est une affaire privée» a, comme vous le savez, pour objectif de radier le financement des avortements de la liste des prestations de l'assurance-maladie de base. Si j'aime et respecte le courage politique, en revanche, je combats avec détermination et conviction ceux qui s'engagent sur un chemin lâchement démagogique. Cette initiative est hypocrite parce qu'elle essaie de faire croire aux citoyens que son but est d'alléger le porte-monnaie de la ménagère en réduisant les coûts de la santé et subsidiairement également le nombre d'avortements.

Mesdames et Messieurs les initiants, sachant que la récolte de signatures coûte au moins un demi-million de francs et la campagne au moins autant. Sachant que le coût de l'avortement est de 8 millions de francs par an, soit 0,03 pour cent des coûts à la charge de l'assurance-maladie, et que l'avortement concerne moins de 0,7 pour cent de femmes en Suisse, ne venez pas me dire que ce sont pour des raisons financières que cette initiative a été déposée, mais bel et bien pour des raisons morales. Ce que dit très clairement

l'initiative, c'est que l'avortement est mal. Vous avez le droit de le penser et même de le dire, mais le débat moral doit être tenu dans les églises ou dans des cercles de réflexion. On parle ici de politique, de politique sociale et de coûts de la santé, et ce n'est pas le lieu pour faire, ou pire refaire, le débat moral au sujet de l'avortement, d'autant que ce débat moral a été déjà mené.

Soutenir, comme le font les initiants, que lors de la votation populaire du 2 juin 2002, le souverain n'aurait pas voté en parfaite connaissance de cause ou affirmer que la problématique financière lui aurait échappé ne tient pas la route.

Les initiants affirment que l'avortement n'est pas une maladie. Ils ont raison, mais ils oublient à dessein de relever que la grossesse, elle non plus, n'est pas une maladie et que, si elle n'est jamais une maladie, elle peut parfois s'avérer être un accident.

Les initiants affirment encore que les cotisants à l'assurance-maladie sont obligés de cofinancer les avortements, alors qu'ils ne voudraient pas en répondre pour des raisons éthiques. Cet argument ne résiste pas davantage à un examen objectif. Ce serait d'ailleurs ouvrir la voie à la constitution d'une échelle dangereuse dans la valeur et la prise en considération des soins qui sont à rembourser par l'assurance-maladie de base. En suivant le raisonnement des initiants, qu'en serait-il des traitements de l'alcoolisme, de l'obésité ou du tabagisme? Veut-on ouvrir la voie à la création d'un catalogue établissant ce qui est remboursé et ce qui ne l'est pas, au risque de déboucher sur le triste constat que la couverture de l'assurance-maladie de base se rétrécit comme peau de chagrin?

Je m'élève avec conviction, détermination et énergie contre cette initiative. L'assurance de base a un caractère social. Elle doit permettre à toutes et à tous d'obtenir des soins légitimes. Une suppression du remboursement des frais de l'interruption de grossesse par l'assurance de base ne manquerait pas d'avoir des conséquences sociales et sanitaires dramatiques.

Les initiants ne manqueront pas de faire état du fait que les textes constitutionnels proposés comportent des exceptions, mais celles-ci sont évoquées en termes juridiques insuffisamment précis, ce qui ne manquera pas de générer inévitablement de nombreuses discussions et querelles sur l'interprétation à leur donner, sans compter l'émergence de possibles inégalités de traitement au travers d'une casuistique mal définie et qui pourrait être appliquée de façon différente au lieu de procéder à l'appréciation. Une intervention à laquelle une femme a été obligée, ou a choisi, de se soumettre sera tantôt prise en charge, tantôt refusée: cela n'est pas concevable.

Les initiants auraient dû indéniablement prévoir deux exceptions: le cas du viol et le cas de la jeune fille mineure. Le cas du viol a été abordé ce matin, mais aucun initié – car trop peu osent prendre la parole aujourd'hui – n'a pu nous confirmer si oui ou non ce cas ferait partie des exceptions. Et quand bien même il en ferait partie, expliquez-moi concrètement à quel moment l'assurance devra payer? Car, si une procédure est lancée pour le viol, entre le moment du dépôt de la plainte et le jugement, si tout se passe bien et qu'on reconnaît le bien-fondé de la plainte, il y aura un délai minimum d'un an. Or, vous le savez, une grossesse dure neuf mois et pour avorter, on a douze semaines. Alors, expliquez-moi comment nous allons faire à ce moment-là?

Et la fille mineure qui tombe enceinte par accident, fera-t-elle partie ou non de ces exceptions? Et à partir de quel âge cette fille mineure devra-t-elle prendre une assurance complémentaire? Et la femme qui se protège avec un moyen de contraception qui se révèle malheureusement inefficace, fera-t-elle partie de ces exceptions? Quel moyen de preuve lui demandera-t-on d'apporter? Je vous épargne la multiplication d'exemples que l'on pourrait mettre en exergue pour stigmatiser l'incohérence d'une réglementation nébuleuse et conduisant à des résultats qui seront humainement inacceptables.

Quelques mots au sujet des coûts. Un avortement est facturé aux caisses-maladie en moyenne 1500 francs; une dé-

pense pleinement justifiée et justifiable à laquelle beaucoup de femmes ne pourraient pas faire face. Rejeter cette objection fondamentale en affirmant que les femmes n'auraient qu'à souscrire une assurance complémentaire relève d'une utopie déplacée, indépendamment des multiples problèmes concrets que pourrait poser la constitution d'une telle assurance complémentaire. Et je le répète, à partir de quand une femme devrait-elle prendre une assurance complémentaire et jusqu'à quand? Qui devra s'assurer que chaque femme sache qu'elle doit prendre une assurance complémentaire pour le remboursement des frais liés à l'avortement? Pourrait-on imputer une responsabilité à l'assureur si ce dernier a manqué à son devoir d'information lors de la signature d'une police d'assurance? Qui prendra les frais à charge en cas de complications?

A vous tous, je lance du fond du coeur un appel: «Ne rétrogradons pas! Vous, Messieurs, plus particulièrement, respectez la condition de la femme!»

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Madame Amaudruz, vous déplorez que les prestations remboursées par l'assurance-maladie se réduisent comme peau de chagrin. C'est une excellente chose. Déplorez-vous aussi les autres propositions de votre parti, qui visent à réduire les prestations remboursées par l'assurance-maladie de base?

Amaudruz Céline (V, GE): Monsieur, je répondrais si vous m'interrogez sur le texte qui nous est soumis.

Quadranti Rosmarie (BD, ZH): Eigentlich ist ja alles gesagt worden. Trotzdem sage ich auch noch etwas, auch wenn es zu Wiederholungen kommen wird. Das Gehörte hat mich, ich gebe das zu, teilweise einfach erschüttert. Ich kann meiner 25-jährigen Tochter von einem Teil der Aussagen, die hier zu dieser Initiative gemacht worden sind, nicht erzählen. Es beginnt schon beim Titel: Wie lautet der Titel auf dem Unterschriftenbogen? «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache.» Privatsache – das stimmt. Darunter folgt, quasi im Kleingedruckten, worum es auch noch geht. Wahrscheinlich ist es an der Zeit, einen Vorstoss einzureichen, der verlangt, dass im Initiativtitel stehen muss, was die Initiative beinhaltet. Worum es wirklich geht, zeigt auch die Antwort auf die Frage, welche Kreise die Initiative propagieren. Es sind die Kreise, die 2002 schon die Fristenlösung abgelehnt haben. Diese wurde aber mit einem Anteil von 72 Prozent Jastimmen angenommen. Es ist geregelt, dass der straflose Schwangerschaftsabbruch in der Grundversicherung enthalten ist.

Herr Lohr hat es in seinem Votum deutlich gesagt: Die Grundversicherung ist eine solidarische Sache. Wenn wir, wie in der Initiative vorgeschlagen, den legalen Schwangerschaftsabbruch aus der Grundversicherung herausnehmen, kann eine nächste Initiative das Herausnehmen von Leistungen für ältere Menschen oder für solche mit einer Behinderung beinhalten. Wir mussten von Frau Herzog heute auf Nachfrage hin hören: Ja, es sind schon weitere Entsolidarisierungsaktionen angedacht. Bleiben wir solidarisch! Die Solidarität ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes.

Schwangerschaftsabbruch ist ein Recht von Frauen, die sich in einer bestimmten Lebenssituation gegen ein Kind entscheiden. Wir Frauen brauchen dieses Recht, denn wir sind es, die die Kinder austragen und sie, wenn die Männer sich aus der Verantwortung ziehen, auch grossziehen werden. Es ist einfach so: So ein Entscheid wird nie, aber auch gar nie leichtfertig gefällt. Immer wird es ein schwerer Schritt sein. Genau in solch schwierigen Situationen sollen wir Frauen eine sehr gute Unterstützung erhalten.

Die Initianten sagen im Kleingedruckten zum Beispiel dann, dass nebst dem Abbruch auch die Mehrlingsreduktion nicht in der Grundversicherung eingeschlossen sein soll. Das bedeutet in meinen Augen, dass von den Initianten bewusst schwerwiegende Folgen für Mehrlinge in Kauf genommen werden. Wenn das passiert, ist es wohl einfach gottgegeben, dass dann Kinder trotzdem sterben oder viel zu früh auf die Welt kommen und entsprechende Handicaps unter Um-

ständen ein Leben lang mit sich tragen müssen. Schwangerschaften werden auch abgebrochen, weil die Lebensumstände so sind, dass wir einfach nicht genügend für das Kind sorgen können. Wir Frauen brauchen die Möglichkeit, entscheiden zu können.

Die Initianten sind Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen und verstecken dieses Anliegen hinter dieser Initiative. Persönlich gegen Schwangerschaftsabbrüche zu sein ist wirklich das Recht von jedem und jeder. Von sich aber auf andere zu schliessen ist falsch. Dann noch zu behaupten, dass man einfach diese Massnahme nicht in der Grundversicherung will – ja bitte, wo dann? In der Zusatzversicherung? Soll ich mich als Frau mit Volljährigkeit entscheiden, dass ich eine Zusatzversicherung für Schwangerschaftsabbruch abschliessen will? Oder soll ich als Mutter meiner Tochter ab dreizehn Jahren den Schwangerschaftsabbruch als Zusatzversicherung in ihre Versicherung einschliessen, damit das, falls es dazu kommt, finanziell irgendwo getragen wird? Das ist doch sehr zynisch! Als ob eine Frau grundsätzlich damit rechnet, einmal eine Schwangerschaft abbrechen zu wollen! Das ist doch einfach falsch.

Oder soll ein Schwangerschaftsabbruch in den Leistungskatalog einer Unfallversicherung? So quasi, dass eine Schwangerschaft, die man aus bestimmten Gründen abbrechen will oder muss, dann halt ein Unfall ist? Auch das ist zynisch! Es ist auch zynisch zu sagen: «Wer schwanger ist, ist selber schuld» – und gemeint ist die Frau. Ich wünsche mir manchmal wirklich, die Männer würden Kinder kriegen: Ich bin sicher, viele Befürworter der Initiative würden das Lager wechseln.

Erinnern wir uns doch: Schwangerschaftsabbrüche hat es immer gegeben und wird es immer geben. Man kann sie nicht verhindern. Was man aber mit der Ablehnung der Initiative tun kann, ist, das Leid nicht wieder so gross werden zu lassen, wie es vor der Fristenlösung war. Keine Frau bricht eine Schwangerschaft leichten Herzens und unreflektiert ab. Abbrüche sind kein Frauenhobby. Und erinnern wir uns daran: Die Abbrüche haben seit der Einführung der Fristenlösung nicht zugenommen. Die Zahlen sind im Vergleich zu anderen Ländern tief, und das hat mit dem geltenden Recht zu tun.

Piller Carrard Valérie (S, FR): Quand j'ai entendu parler de cette initiative pour la première fois, je me suis demandé: «Mais que se passe-t-il? Que prévoit exactement cette initiative? Pourquoi revient-on sur le devant de la scène avec ce sujet?»

Cela fait tout juste dix ans que le peuple a accepté le régime du délai, et voilà que l'on veut déjà l'attaquer. Mais non, on ne va pas revenir en arrière après des décennies de débats qui ont abouti, avec plus de 72 pour cent des votants qui ont dit oui, à une large acceptation du régime du délai. La prise en charge obligatoire des coûts de l'interruption de grossesse par l'assurance de base fait partie intégrante de la loi votée.

Et voilà que cette initiative a pour but de remettre en question la législation actuelle en s'attaquant en surface au financement de l'interruption de grossesse. Il est évident que cette initiative remet en question le régime du délai. Pourtant, le régime du délai a fait ses preuves pendant plus de dix ans et a donné aux femmes le droit à une décision autonome et responsable sur l'interruption d'une grossesse non voulue.

Le taux d'avortement en Suisse, nous le savons très bien, est le plus bas de toute l'Europe, en particulier celui des adolescentes. La prévention y est pour quelque chose et l'on peut dire merci aux cours d'éducation sexuelle.

Supprimer la prise en charge de l'avortement des prestations de base de l'assurance-maladie ne fera en rien diminuer le nombre d'interventions ainsi que les primes; cela représenterait une faible économie. Au contraire, si l'initiative était acceptée, les accouchements et les complications résultant d'avortements non médicalisés ainsi que les coûts sociaux pour des familles pauvres engendreraient des dépenses plus élevées.

Selon une récente étude effectuée aux Etats-Unis, les coûts sociaux sont estimés à quatre à cinq fois le montant qui serait épargné par la suppression du remboursement de l'interruption volontaire de grossesse par l'assurance-maladie.

Une prise en charge médicale sérieuse et un conseil approprié doivent être garantis. En rayant le financement de l'interruption de grossesse de la liste des prestations de l'assurance-maladie obligatoire, les femmes mettront leur santé en danger en ayant recours à des offres d'intervention bon marché et peu sérieuses.

L'accès à l'interruption volontaire de grossesse sera rendu plus difficile surtout pour les femmes financièrement et socialement défavorisées. Nombre d'entre elles devront se procurer de l'argent d'une manière ou d'une autre pour financer leur intervention ou pourront ne pas en payer les coûts. Cette situation aura des conséquences et des répercussions graves, comme des endettements supplémentaires, des interventions retardées et donc plus compliquées, des grossesses non voulues avec des effets négatifs pour les femmes et les enfants. Nous savons très bien ce que ressent l'enfant à l'intérieur du ventre de sa mère; un enfant non désiré le ressent très tôt. Comment pourra-t-il s'épanouir normalement, quelles seront les conséquences psychiques sur son développement? Tant de questions que l'on ne devrait pas se poser. Laissons donc le libre choix aux femmes face à des décisions tellement personnelles.

L'initiative vise réellement la stigmatisation de l'interruption légale de grossesse et la culpabilisation des femmes concernées.

Nous ne pouvons pas tolérer un tel retour en arrière dans le droit des femmes à la santé sexuelle et reproductive. C'est pourquoi disons non à cette proposition totalement rétrograde!

Freysinger Oskar (V, VS): Ce qui me blesse particulièrement dans ce débat, c'est l'agressivité, les insultes que subissent les gens qui ont le malheur de soutenir cette initiative populaire. On parle de «Moyen Age», de «talibans», de «théocrates», d'«hypocrisie», de «cynisme», etc. Que ma position soit clairement définie ici: je respecte la démocratie et le peuple a voulu la solution des délais. Donc on ne doit pas remettre en question cela puisque nous, qui sommes dans cette salle, sommes des démocrates et que nous faisons acte de démocratie.

Je conçois aussi que l'avortement est un cas de conscience qui ne concerne que la personne pour laquelle la question se pose. Je n'ai pas le droit de la juger, elle, en tant que personne, mais j'ai malgré tout le droit de ne pas cautionner cet acte. Je ne peux cautionner cet acte de par ma conviction personnelle, même si je ne juge pas la personne qui a dû prendre cette décision. Ce que je ne veux pas, c'est être coresponsable d'un acte que je considère comme éthiquement et moralement inacceptable. Cela n'engage évidemment que moi, c'est une conviction personnelle que je n'impose à personne. J'imagine que, si l'on a une vision matérialiste athée du monde, on voit les choses différemment et qu'on puisse les voir différemment, je le concède. Mais j'ai moi aussi le droit d'avoir ma vision, qui est différente, que je n'impose à personne, et j'aimerais qu'elle soit respectée sans qu'on m'insulte dans cette enceinte, de la même manière que je m'abstiens d'insulter ceux qui pensent différemment de moi.

Or le système actuel qui veut que l'assurance-maladie de base rembourse les coûts des avortements fait de moi un complice involontaire du sacrifice de vies. Pour moi, ce sacrifice est un acte insupportable. Ma conviction est que le degré d'évolution d'une société se mesure à l'importance qu'elle accorde à la vie, à toute forme de vie humaine. C'est pour ça que je suis contre la peine de mort, que j'ai beaucoup de peine avec l'euthanasie. En effet, la vie n'est à la disposition de personne à mes yeux. Aucune raison d'Etat, aucun principe supérieur ne justifie la mort d'une personne, ne justifie le sacrifice d'une vie. La société humaine, et c'est ce qui la rend profondément humaine, doit promouvoir la vie et pas la mort.

L'assurance-maladie, comme son nom l'indique, doit servir à la survie des êtres humains, à la guérison des gens, c'est là son but. Or, vouloir guérir un bébé en le tuant, en l'éliminant, est un remède beaucoup trop brutal pour que j'accepte d'en être le complice, le complice indirect et involontaire par le truchement des primes d'assurance-maladie. Que certaines femmes avortent, en tant que démocrate, je suis contraint de l'accepter. C'est leur cas de conscience, mais qu'on ne me demande pas de cofinancer, ni donc de me rendre complice, d'un acte que moralement je ne puis accepter.

J'estime donc ici avoir un droit à l'objection de conscience dans un domaine qui est beaucoup trop grave pour que je m'en fasse le complice. Voilà ma position. On peut bien sûr ne pas la partager, avoir une vision totalement différente, mais je crois qu'une société telle que la nôtre, qui se veut évoluée, doit d'abord avoir à cœur de soutenir la vie et de garantir à ses citoyens d'avoir, dans certains domaines, le droit de faire valoir leur objection de conscience.

van Singer Christian (G, VD): Cher collègue, est-ce que, dans la même logique, vous admettez et vous encouragez les objecteurs de conscience, les pacifistes convaincus, qui par éthique ne peuvent pas admettre qu'il y ait des armées, à ne pas cofinancer l'armée?

Freysinger Oskar (V, VS): Nous ne sommes pas dans la même logique, puisque cette armée suisse pourrait, dans un cas de guerre, sauver votre vie. Vous seriez à ce moment-là très content qu'il y ait des soldats qui défendent vos droits démocratiques, les droits de votre famille, le fait que votre femme ne soit pas violée, que vos enfants ne soient pas tués, grâce à cette contribution que vous avez apportée. Nous avons une armée purement de défense, j'insiste sur ce point, qui jamais n'agressera un autre pays et qui vous garantit vos droits élémentaires. Cela n'a rien à voir avec une situation d'avortement dans laquelle un bébé innocent, sans pouvoir codécider, est tué dans le ventre de sa mère. Nous ne pouvons pas comparer les deux situations, je suis désolé.

Rytz Regula (G, BE): Sie haben vorhin gesagt, Sie seien ein guter Demokrat, Herr Freysinger. Deshalb möchte ich Sie gerne fragen, ob Sie den folgenden Text kennen und identifizieren können: «Der Abbruch einer Schwangerschaft ist ... straflos, wenn er innerhalb von zwölf Wochen ... auf schriftliches Verlangen der schwangeren Frau, die geltend macht, sie befinde sich in einer Notlage, durch eine ... Ärztin oder einen ... Arzt vorgenommen wird.» Wissen Sie, wo dieser Text, mit dem Wort «Notlage» drin, steht?

Freysinger Oskar (V, VS): Sie beziehen sich auf die Frage, die ich vorhin gestellt habe. Die Frau muss eine Notlage geltend machen, aber sie hat weder Beweise vorzubringen, noch wird das kontrolliert. Das bedeutet, es geht nur um ihre Aussage, sie braucht nur zu sagen: «Ich bin in einer Notlage.» Dann kann sie problemlos abtreiben. Das bedeutet, dass sie nicht irgendwelche konkreten Beweise vorbringen, eine konkrete Situation belegen muss, um die Abtreibung vornehmen zu können.

Poggia Mauro (–, GE): Cette initiative est une imposture. Une imposture car elle se présente fallacieusement comme soucieuse de réduire les coûts de la santé, alors que sa seule finalité est en réalité de combattre l'interruption de grossesse pour des motifs moraux, que l'on doit certes respecter en démocratie, mais qui ont été clairement écartés par une majorité écrasante le 2 juin 2002 déjà, lorsqu'il a été décidé, par 72,2 pour cent des votants, de supprimer le caractère punissable de l'interruption de grossesse à la demande écrite de la femme au cours des douze premières semaines.

C'est une initiative d'un autre siècle, dont la motivation est sournoise. Sous prétexte de renforcer la liberté individuelle de celles et ceux qui combattent l'avortement, c'est le droit

des femmes à l'autodétermination, acquis de haute lutte, que l'on veut restreindre.

Sous prétexte de défendre la responsabilité individuelle, on prétend obliger les femmes qui devraient envisager un futur et potentiel avortement à souscrire une assurance privée, alors qu'une grossesse non désirée, par définition, n'est jamais envisagée, et encore moins programmée.

Sous prétexte de renforcer les droits des parents d'une jeune femme enceinte mineure de moins de seize ans, on veut contraindre cette dernière à mener à terme une grossesse non désirée sur injonction de ses parents. Sous prétexte que l'assurance-maladie obligatoire inciterait financièrement à l'avortement, on veut contraindre des femmes à mener à terme une grossesse non désirée, faute de pouvoir assumer financièrement une interruption de celle-ci.

Le raisonnement des auteurs de l'initiative est non seulement pervers, il est dangereux. Pervers d'abord: qui oserait aujourd'hui prétendre qu'une femme devrait assumer les conséquences d'une grossesse non désirée qu'elle aurait pu éviter, en mettant au monde, contre son gré, un enfant dont elle ne veut pas, pour des motifs qui lui appartiennent et dont personne n'a à juger? Dangereux ensuite: car entrer dans le raisonnement proposé, c'est abandonner le principe de solidarité qui est le fondement même de notre assurance obligatoire.

Devra-t-on demain, au nom de la liberté individuelle des non-fumeurs, sortir de l'assurance-maladie obligatoire le cancer du poumon qui peut toucher les fumeurs? Devra-t-on demain, au nom de la responsabilité individuelle des fumeurs, les obliger à souscrire une assurance privée couvrant les risques de cancer du poumon?

Et cela est valable pour quantité de comportements à risque, parfaitement connus, et qui doivent être combattus par la prévention, et par la prévention seulement.

Les initiants veulent nous faire croire que certaines femmes, plutôt que d'adopter des moyens contraceptifs, opteraient, par confort, pour l'avortement. On irait ainsi avorter avec insouciance et désinvolture! Demandez à toute femme qui a connu cette situation si elle n'en est pas sortie meurtrie. Avorter est une lourde épreuve, que l'on ne traverse jamais avec légèreté ni sans blessure.

C'est le lieu de se demander si le Conseil fédéral, soit spontanément, soit sur injonction du Parlement, ne devrait pas avoir davantage le courage de déclarer certaines initiatives populaires contraires au droit supérieur.

Que cela plaise ou non, selon notre ordre juridique, l'enfant à naître n'a pas la personnalité juridique, qu'il n'acquiert qu'à la condition de naître vivant. En conséquence, durant la grossesse, et a fortiori durant les 12 premières semaines, il fait intimement partie de l'intégrité corporelle de la mère.

Refuser la couverture financière d'une interruption de grossesse, c'est faire intervenir dans les critères de décision un élément discriminatoire, qui peut amener une mère de condition modeste à devoir opter entre la poursuite d'une grossesse non désirée et l'utilisation de moyens abortifs parallèles et risqués. Dans le premier cas, par l'instauration sournoise d'une obligation de procréer, faute de pouvoir assumer les coûts d'un avortement, il s'agit d'une atteinte à la liberté personnelle et à la libre détermination familiale garantie par l'article 8 de la Convention européenne des droits de l'homme. Dans le second cas, c'est le droit à l'intégrité corporelle, voire à la vie de la femme enceinte, qui est atteint car, selon l'Organisation mondiale de la santé, 60 000 à 120 000 femmes meurent encore aujourd'hui suite à des avortements pratiqués dans des conditions non médicalisées. Or ces droits, garantis par l'article 10 de notre Constitution, sont inaliénables.

En conséquence, cette initiative ne devrait même pas être soumise à une votation populaire.

Puisqu'il en sera néanmoins ainsi, je vous demande de recommander de la rejeter fermement.

Flückiger-Bäni Sylvia (V, AG): Ja, das ist wieder einmal eine Initiative, die bereits im Vorfeld grosse Emotionen geschürt hat. Erzkonservative Kreise und Fundis wollten durch

die Hintertüre die Abtreibung verbieten, hörte man im Vorfeld, und mit diesen Äusserungen wurde versucht, das wirkliche Anliegen der Initiative zu torpedieren. Das Komitee bilden jedoch etliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus verschiedenen Parteien, der SVP, der CVP, der EVP, der EDU und der FDP/die Liberalen, neben alt Parlamentariern und weiteren Persönlichkeiten. Schauen wir doch deshalb einmal genau hin, was die Initiative wirklich will.

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» hat folgenden Wortlaut: «Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt: Artikel 117 Absatz 3 (neu). Unter Vorbehalt von seltenen Ausnahmen seitens der Mutter» – seltene Ausnahmen sind für mich bei Vergewaltigung gegeben oder wenn gesundheitliche Probleme bei der Frau vorhanden sind – «sind Schwangerschaftsabbruch und Mehrfruchtungsreduktion im Obligatorium nicht eingeschlossen.» Das ist kein Abtreibungsverbot, sondern das heisst: Abtreibungen sollen nicht mehr durch die obligatorische Krankenversicherung finanziert werden. Übrigens sind die Frauen dann nicht alleingelassen. Es gibt viele Beratungsstellen, die gute Arbeit leisten und den Frauen zur Seite stehen, und das ist wichtig und richtig so.

Schwangerschaftsabbruch ist keine Krankheit, deshalb gehören selbstgewollte Abbrüche auch nicht in den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Leistungen der Krankenkassen sind nicht dazu da, Leben zu vernichten, sondern Leben zu retten und zu erhalten, und dafür bezahlen wir alle solidarisch unsere Prämien. Wer trotzdem Abtreibungen in Erwägung ziehen will, kann sich dafür privat versichern lassen, für ein paar Franken pro Monat.

Viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind aus ethischen Gründen gegen Abtreibungen und würden sie auch nicht mitfinanzieren. Ich selber gehöre auch zu diesen Personen. Wir werden aber gezwungen, die Abtreibungskosten über unsere Krankenkasse mitzufinanzieren, und zum Teil wussten wir das ja nicht einmal.

Die Volksinitiative richtet sich nicht gegen Schwangerschaftsabbrüche. Darüber wurde abgestimmt, und dieser Entscheid muss respektiert werden. Aber sie will die Kosten dafür aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung streichen. Denn niemand soll gezwungen werden, über die Krankenkassenprämien Abtreibungen mitzufinanzieren. Wir haben es gehört: Abtreibungen kosten zwischen 600 und 2500 Franken.

Kurpfuscher gibt es in unserem Land wohl kaum mehr. Abgesehen davon ginge man nur zum Kurpfuscher – dieser würde auch nicht kostenlos arbeiten –, wenn die Abtreibung verboten wäre. Das ist ja nicht der Fall. Deshalb kann die Argumentation des Bundesrates, es würde mit der vorliegenden Initiative ein Anreiz geschaffen, Schwangerschaftsabbrüche ausserhalb des gesetzlichen Rahmens durchzuführen, einfach nicht nachvollzogen werden, weil sie so nicht stimmt.

Weiter ist aus der Botschaft des Bundesrates zu entnehmen, der Gesetzgeber habe beschlossen, die Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung der Frau zu überlassen. Das war ja auch bei der damaligen Abstimmung über die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen entscheidend, der man bekanntlich den schönen Namen «Fristenlösung» gab. Die Frauen wollten die Freiheit der Entscheidung für oder gegen die Abtreibung für sich selber beanspruchen – «Mein Bauch gehört mir!» –, was verständlich und richtig ist. Das heisst aber nicht, dass sie auch generell für Abtreibungen waren. Sie wollten einfach diese Entscheidungsfreiheit haben.

Jetzt kommt der Punkt der Verantwortung ins Spiel: Wenn man die Freiheit zu entscheiden will, muss man auch die Verantwortung dafür tragen – Verantwortung vorher und nachher –, auch in Sachen Verhütung. Doch der steigende Absatz der Abtreibungspillen, z. B. nach Festtagen, spricht eine deutliche Sprache, dass man es mit dieser Verantwortung eben nicht immer so genau nimmt. Man geht leider oft

den Weg des geringsten Widerstandes. Es geht hier aber nicht einfach um die Beseitigung irgendwelcher Pickel oder eines Schnupfens – es geht um das menschliche Leben.

Soll denn eine Abtreibung wirklich eine kostenlose Verhütungsmethode sein, welche die Allgemeinheit mitfinanzieren muss? Laut Antwort des Bundesrates an Peter Föhn belaufen sich die durch Abtreibungen entstehenden Kosten auf 8 bis 20 Millionen Franken pro Jahr.

Es ist mir ein Bedürfnis, noch Folgendes zu sagen: Wir Menschen spielen uns mehr und mehr dazu auf, dem Herrgott ins Handwerk zu pfuschen, wann immer es uns zu passen scheint. Ist es nicht so? Wenn es aber um das menschliche Leben geht, um dieses einmalige Wunder, das uns alle zu dem gemacht hat, was wir sind, dürfen wir nicht wegschauen, experimentieren und unsere eigenen Regeln aufstellen, indem wir uns ermächtigen, einfach abzuschneiden, was uns gerade nicht passt – dies am Anfang und mehr und mehr auch am Ende des Lebens. Das ist sehr bedenklich und traurig. Auf der anderen Seite kämpfen viele Menschen gegen Krankheiten und wollen nichts anderes als leben. Ich danke Ihnen für Ihr Ja zu dieser Initiative.

Guhl Bernhard (BD, AG): Frau Kollegin Flückiger, Sie sagen ja, dass die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch nicht von der Grundversicherung, sondern allenfalls von der Zusatzversicherung gedeckt werden sollten. Meine Frage: Werden die Männer mitbezahlen, wenn dafür freiwillig eine Zusatzversicherung abgeschlossen werden muss?

Flückiger-Bäni Sylvia (V, AG): An einer Schwangerschaft sind immer beide Partner beteiligt, die Kinder kommen ja nicht vom Storch. Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet.

Bernasconi Maria (S, GE): Pour une fois, je suis cent pour cent d'accord avec Madame Amaudruz. Je partage ses propos à cent pour cent. Y aurait-il un «Röstigraben» au sein de l'UDC? On peut vraiment se poser la question. Effectivement, ce matin, d'autres personnes de ce même groupe se sont dévoilées: elles veulent supprimer le droit fondamental des femmes de disposer de leur corps, de décider si oui ou non elles veulent mener à terme une grossesse. Votre décision personnelle vous appartient; mais vous n'avez pas à l'imposer à d'autres. Cette volonté de vouloir forcer les gens à vivre selon vos préceptes moraux est – comme l'a dit très justement ce matin Monsieur Wermuth – le propre de systèmes dictatoriaux. Or nous vivons dans une démocratie et le peuple s'est prononcé clairement pour la solution des délais.

L'initiative dont nous parlons aujourd'hui est néfaste, parce qu'elle a des conséquences particulièrement dramatiques pour les femmes sans ressources, comme par exemple les femmes migrantes, les femmes très jeunes ou au chômage. Un moins bon accès à l'interruption de grossesse effectuée selon les règles de l'art engendre une mise en danger de la santé et de la vie des femmes. Car les avortements clandestins et le recours à des méthodes «do it yourself» risquées, comme par le passé, augmentent. Et aussi parce que les femmes devant d'abord se procurer l'argent nécessaire, les interruptions se font à un stade plus avancé de la grossesse, donc avec plus de risques.

La radiation de l'interruption de grossesse du catalogue des prestations de base ne réduirait pas les coûts de la santé; elle les augmenterait au contraire. D'abord, il faut le répéter et beaucoup de gens l'ont déjà dit, la Suisse a le nombre d'IVG le plus bas d'Europe. Leurs coûts sont négligeables: ils représentent moins de 0,03 pour cent du coût global de la santé. Si les IVG ne sont plus remboursées par l'assurance, certaines grossesses devraient être menées à terme avec des coûts finaux beaucoup plus élevés. En réalité, le but ultime des initiateurs est – contrairement à ce qu'a dit Monsieur Freysinger – de revenir à une interdiction de l'avortement. Car il a dit, dans les «Nouvelles de France» le 20 mai 2011: «Le but final est de revenir à une pratique où l'avortement n'est autorisé qu'en cas de danger pour la vie de la mère.»

Pour les initiants, les femmes qui le désirent n'ont qu'à contracter une assurance privée contre le risque de grossesse. C'est tout simplement un comble! Comme si les femmes étaient les seules responsables du contrôle des naissances et surtout comme si elles prévoyaient d'avorter! L'avortement est dans tous les cas un événement douloureux que personne ne planifie. Il y a d'ailleurs aussi des méthodes modernes de contraception qui ne sont pas infailibles. Un accident de contraception est vite arrivé. De plus, beaucoup de femmes peinant déjà à payer leurs primes d'assurance-maladie de base, on voit mal comment elles financeraient des assurances complémentaires.

C'est une question de justice sociale: l'avortement a sa place dans le catalogue des prestations de l'assurance de base, n'en déplaise aux ultraconservateurs de ce Parlement, qui ont tout fait pour empêcher la création de l'assurance-maternité et qui se battent avec conviction contre toutes les mesures de politique familiale! On peut se poser la question de savoir si ces personnes n'aiment en définitive les enfants que quand ils ne pleurent pas encore la nuit!

Frehner Sebastian (V, BS): Ich bitte Sie, sich für die vorliegende Initiative auszusprechen.

Der Inhalt dieser Initiative berührt viele emotional. Die einen argumentieren aus religiöser oder ethischer Sicht, andere befürchten eine Verschlechterung der Gesundheit der Frauen, und wieder andere sehen das Solidaritätsprinzip verletzt.

Betrachten wir das Ganze doch aus einer sachlichen, gesundheitspolitischen Sicht: Werfen wir zuerst einen Blick auf die Gesundheitskosten der Schweiz. Diese steigen seit Jahren kontinuierlich an. Im Jahr 2010 betrugen die gesamten Ausgaben für das Gesundheitswesen rund 62,5 Milliarden Franken; zwischen 1996 und 2010 sind sie um fast 67 Prozent angestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Prämien der Grundversicherung um fast 103 Prozent erhöht. Im Jahr 2010 stiegen die Gesundheitskosten erneut, nämlich um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Werden die Ausgaben mit dem Ausland verglichen, sieht man, dass die Schweiz auf dem zwölften Platz aller Länder liegt, wobei ein solcher Vergleich nur bedingt richtig ist, da die Schweiz nach den USA den grössten Anteil privater Finanzierung an den Gesundheitskosten aufweist.

Was können wir also tun, um den steigenden Kosten entgegenzuwirken? Grosse gesundheitspolitische Würfe haben momentan keine Chance. Auch milde kostendämpfende Massnahmen wie der Versuch, den Versicherten integrierte Versorgungsmodelle schmackhaft zu machen – Beispiel Managed Care –, stossen bekanntlich bereits auf grossen Widerstand. Es bleibt uns also nur, kleine Schritte zu unternehmen, um etwas gegen die steigenden Kosten zu tun.

Zu denken wäre dabei z. B. an eine Erhöhung der Selbstbeteiligung der Versicherten oder an den Vorstoss meines geschätzten Fraktionskollegen Toni Bortoluzzi (10.431), welcher verlangt, dass Komatrinker ihren Spitalaufenthalt selber bezahlen und nicht die Allgemeinheit. Wer sich vorsätzlich in die Bewusstlosigkeit säuft, soll auch für die Kosten der Ausnüchterung aufkommen. Bei solchen Massnahmen geht es darum, an die Selbstverantwortung der Versicherten zu appellieren und diese in die Pflicht zu nehmen. Diese Selbstverantwortung sollte nicht nur für Komatrinker gelten, sondern eben auch beispielsweise für Frauen im gebärfähigen Alter.

Wir halten in der Schweiz das Selbstbestimmungsrecht der Frauen zu Recht hoch. Der Regelfall ist doch so: Eine Frau kann entscheiden, ob sie schwanger werden will oder nicht. Will sie es nicht, kann sie verhüten. Hat sie nicht verhütet und wird schwanger, so kann sie nach heutigem Recht selber entscheiden, ob sie das Kind behalten oder aber dieses abtreiben will. Entscheidet sie sich für eine Abtreibung, soll sie diese auch selber bezahlen. Auch das ist Selbstverantwortung.

Selbstverständlich sieht die Initiative auch Ausnahmen vor, für den Fall, dass die Frau z. B. das Opfer einer Vergewaltigung wurde. Die Initiative ist somit sehr massvoll.

Wie gesagt, werden wir die Gesundheitskosten nur in den Griff bekommen, wenn wir vermehrt auf die Selbstverantwortung setzen. Machen wir einen weiteren Schritt dazu! Wir müssen vom Gedanken wegkommen, dass von der Wiege bis zur Bahre alle Probleme, die einem Menschen in seinem Leben zustossen können, irgendwie vom allmächtigen Fürsorgestaat gelöst werden und dass wir eigentlich für gar nichts mehr die Verantwortung tragen.

Ganz so nebenbei, damit Sie sich Fragen ersparen können: Ich war für die Fristenlösung.

Gysi Barbara (S, SG): Kollege Frehner, mir stellt sich eine Frage: Wo sind die Männer? Sie haben vorhin ausgeführt: «Die Frauen entscheiden selber, ob sie schwanger werden, die Frauen entscheiden selber, ob sie abtreiben, also sollen sie das auch selber bezahlen.» Wo sind die Männer? Müssen die Frauen dann auch die Kinder allein grossziehen und allein für sie aufkommen?

Frehner Sebastian (V, BS): Frau Gysi, das Leben ist ungerecht. Das sehen Sie am Beispiel eines Mannes, der eine Frau schwängert. Die Frau verlässt ihn, hat einen neuen Freund. Selbstverständlich muss dieser Mann dann für das Kind bezahlen. Das ist richtig, das ist eben die Selbstverantwortung des Mannes.

«Mein Bauch gehört mir» – das bedeutet für eine Frau eben auch, dass sie zu sich schauen muss. Wenn sie nicht verhütet und ein Kind bekommt und dieses dann noch abtreiben will, was auch ihre alleinige Entscheidung ist und nicht die Entscheidung des Mannes, dann soll sie das bitte selber bezahlen.

Reynard Mathias (S, VS): Je tenais à m'exprimer brièvement sur cette initiative populaire, en premier lieu pour prouver que la question débattue aujourd'hui ne concerne pas que les femmes, contrairement à ce que certains laissent entendre.

Il y a dix ans, le peuple suisse acceptait par 72 pour cent des voix le régime des délais. Ce texte plébiscité par la population helvétique contenait l'obligation pour l'assurance-maladie de rembourser les frais découlant d'une interruption de grossesse.

L'initiative populaire dont nous parlons aujourd'hui n'est rien d'autre qu'une tentative de retour en arrière lancée par des milieux réactionnaires n'ayant jamais accepté leur défaite de 2002. C'est une injure pour toutes celles et tous ceux qui se sont engagés si longtemps pour obtenir ce droit fondamental pour les femmes, celui de disposer de leur propre corps, celui de pouvoir faire ce choix, certes difficile, mais de façon autonome et responsable.

Depuis 2002, les scénarios catastrophes annoncés par les milieux anti-avortement n'ont pas eu lieu. Au contraire, le système a fait ses preuves; le nombre d'interruptions de grossesse n'a absolument pas augmenté, malgré la croissance de la population. Depuis lors, les avortements se sont simplement déroulés dans la légalité et dans de bonnes conditions sanitaires. Ceux qui aujourd'hui ont affirmé que les avortements étaient le résultat de comportements irresponsables font preuve d'un profond mépris des gens et méconnaissent les faits. Ils devraient voir la réalité en face.

Le taux d'interruptions de grossesse en Suisse est d'ailleurs très faible en comparaison européenne. Ce n'est pas le fruit du hasard: c'est avant tout le résultat d'une bonne prévention. Evidemment, celle-ci pourrait encore être améliorée et d'autres mesures devraient être prises, comme par exemple la prise en charge des contraceptifs par l'assurance-maladie. Mais, ce qui est paradoxal, c'est que ce sont les mêmes individus qui combattent avec virulence la prévention, notamment l'éducation sexuelle à l'école. Il s'agit là d'un dogmatisme qui rassemble malheureusement tous les intégristes, qu'ils soient islamistes ou chrétiens, pour ne citer qu'eux.

Nous l'avons entendu à plusieurs reprises, l'initiative n'entendrait pas remettre fondamentalement en cause le droit à l'avortement; la réalité est malheureusement différente. Les

initiants savent simplement qu'en voulant interdire l'avortement, ils rencontreront toujours sur leur chemin le refus du peuple suisse. Ils s'attaquent donc à ce droit de façon détournée, en avançant masqués, pour stigmatiser à nouveau les femmes faisant le choix difficile d'interrompre leur grossesse. Mais personne n'est dupe.

En proposant de radier le remboursement des frais d'avortement de la liste des prestations de l'assurance-maladie de base, les initiateurs créent un obstacle financier. La situation économique ne devrait pourtant pas avoir de lien avec le choix d'interrompre ou non une grossesse. Cette décision doit se prendre de façon autonome, responsable, selon la situation personnelle et la réflexion de chaque femme. S'il s'agit vraiment d'un choix éthique et peut-être parfois religieux, alors il est inadmissible de mêler l'argent à cette question. Cet obstacle financier touchera évidemment en premier lieu les personnes de condition modeste. Les conséquences de l'initiative sont déjà connues: certaines femmes seront forcées de renoncer à l'avortement pour des raisons financières; beaucoup se tourneront vers des techniques médicales bon marché, illégales et dangereuses.

Mais finalement, ce qui m'a le plus choqué dans les propos des défenseurs de l'initiative, c'est cette volonté à peine voilée de faire porter toute la responsabilité aux femmes. Les hommes sont pourtant eux aussi responsables. Jusqu'à preuve du contraire, dans les cas de grossesse accidentelle, il y a une femme, mais il y a un homme aussi. Les femmes doivent déjà assumer une forte responsabilité dans cette situation et prendre une décision difficile pour laquelle elles se retrouvent bien souvent seules face à elles-mêmes. Et voilà qu'on leur demande aujourd'hui de supporter en plus toute la responsabilité financière, ou de conclure, évidemment elles seules, une assurance complémentaire. Cette initiative est tout simplement scandaleuse!

Non, nous n'avons pas affaire ici à une question qui ne concernerait que les femmes. Nous sommes bel et bien face à un choix de société sur lequel nous devons nous prononcer clairement. En recommandant à une forte majorité de rejeter cette initiative populaire, le Parlement enverrait un signal fort, le signal d'un attachement à ce droit obtenu par la population de façon démocratique, le signal d'un rejet absolu de toute régression dans ce domaine.

Müller-Altermatt Stefan (CE, SO): Ich deklariere gleich zu Beginn meine ganz grundsätzliche Haltung zum Thema Schwangerschaftsabbruch: Ich bin gegen Abtreibungen. Da stecken grundsätzliche christlich-ethische Überlegungen und Positionen dahinter, Positionen, welche in der heutigen Zeit vielleicht nicht mehr die häufigsten sind und die mitunter auch Reaktionen hervorrufen. Man wird mit diesen Positionen gerne zum rechtskonservativen Fundamentalisten gestempelt. Genau deshalb, weil ich definitiv kein solcher bin, möchte ich es einmal gesagt haben: Es gibt für mich kein Leben, das nicht lebenswert ist. Ich finde es schade, dass darüber in der Politik viel zu wenig debattiert wird, übrigens auch in Feldern ausserhalb der Abtreibungsdiskussion, wenn es beispielsweise um das Leben behinderter oder sterbenskranker Menschen geht.

Genau deshalb, weil ich diese ethischen Standpunkte und Diskussionen so wichtig finde, finde ich es auch schade, dass wir hier jetzt über eine Initiative schwadronieren, welche diese Debatten nicht fördert, sondern auf einen Nebenschauplatz verlegt, auf welchem absolut keine substanziellen Beiträge zu erwarten sind, auf den Nebenschauplatz der Finanzierung. Der Schutz des Lebens kann nicht über die Krankenkassenprämien führen. Natürlich kann man argumentieren, dass bei Annahme der Initiative niemand mehr gegen sein Gewissen Abtreibungen mitbezahlen müsse. Es drängt sich aber schon die Frage auf, ob man dann den betroffenen Frauen mit dieser Massnahme hilft.

Die betroffenen Frauen – das ist doch der Punkt, bei dem man ansetzen muss. Man muss sie nicht bestrafen, man muss ihnen helfen. Es braucht eine Anwaltschaft für die in Not geratenen Frauen und Paare und für ihre ungeborenen Kinder, eine Anwaltschaft, welche letztlich dazu führt, dass

der Schwangerschaftsabbruch eben nicht mehr als Option angesehen wird. Dann reden wir nicht von einer Frage der Krankenkassenprämien, sondern von einer ganz allgemeinen gesellschaftlichen Aufgabe, einer Aufgabe, welche die Spitäler genauso betrifft wie die staatlichen und kirchlichen Institutionen, welche sich um junge Familien kümmern.

Es wurden heute verschiedentlich die Stellungnahmen kirchlicher Kreise erwähnt. Ich deklariere, dass ich Mitglied der Bioethik-Kommission der Schweizer Bischofskonferenz bin. Die Schweizer Bischöfe wurden heute noch nicht zitiert. Sie haben meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang einen treffenden Ausspruch formuliert. Sie sprachen von einer «institutionalisierten Normalität», welche die Abtreibung heute darstelle. Ich hatte dasselbe Glück wie Kollege Bortoluzzi und durfte in sehr jungen Jahren freudig überrascht werden und Vater werden. Ich habe leider, trotz der Gesetzestexte, von denen wir heute schon gehört haben, diese institutionalisierte Normalität so erlebt. Ich höre auch immer und immer wieder aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, wie alleine man sich als werdende Mutter oder als werdender Vater vorkommt, wenn während der Schwangerschaft Probleme auftreten, seien sie nun medizinischer, sozialer oder ökonomischer Natur. Hier müssen wir Hilfe anbieten, hier muss man die dafür vorgesehenen Stellen finden können.

Da sind wir eben nicht auf der bioethischen Ebene, sondern auf der sozialetischen. Sozialetisch ist es wenig sinnvoll, jetzt an der Krankenkassenleistung zu schrauben. Vielmehr müssen wir die Hilfe verbessern, die Notlagen mildern. Nebenbei ist es sozialetisch auch nicht in Ordnung, wenn man Schuldgefühle heraufbeschwört bei Leuten, die nichts anderes tun, als ihre Krankenkassenprämien zu bezahlen.

Fazit: Ich bin gegen Abtreibungen, wie gesagt auch ohne rechtskonservatives Profil, sondern einfach, weil ich das Leben liebe. Ich lehne trotzdem oder eben gerade deshalb die Initiative ab. Sie führt zwar zu einer Diskussion, lenkt diese aber in die falsche Richtung und führt zur falschen Massnahme.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Geissbühler Andrea Martina (V, BE): Über das Thema «Abtreibung, ja oder nein?» könnten wir eine lange Diskussion führen. Einige unter uns werden es als Recht der Frau bezeichnen, andere als Tötung eines ungeborenen Kindes. Doch heute sprechen wir ganz klar nicht über diese wichtige Thematik. Es geht explizit um die Frage, wie die Kosten von Abtreibungen finanziert werden sollen.

Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, dass sie mit ihren Krankenkassenprämien Abtreibungen zwangsweise mitfinanzieren müssen, und zwar ungeachtet ihrer ethischen Einstellung. Wir müssen an dieser Stelle ganz klar festhalten: Eine Schwangerschaft ist weder eine Krankheit noch ein Unfall. Abtreibungen sind keine Eingriffe zu Heilungszwecken. Warum eine Abtreibung über die obligatorische Krankenversicherung finanziert wird, ist nicht nachvollziehbar – ausser, dies ist politisch so gewollt.

Die Volksinitiative fordert deshalb die Streichung der Abtreibungsfinanzierung aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung. Das nützt allen, denn es ist eine Stärkung der Freiheit des Einzelnen. Der kostenlose und straffreie Zugang zum Schwangerschaftsabbruch bagatellisiert die Risiken und die Schwere des Eingriffs in den Körper der Frau, und man verkennt damit die psychisch oft belastende Situation, welche ein Schwangerschaftsabbruch auslöst. Dies führt dazu, dass etliche ungewollt schwangere Frauen von ihrem persönlichen Umfeld unter Druck gesetzt werden. Damit wird die Entscheidungsfreiheit der betroffenen Frauen oft mit Füßen getreten.

Es darf nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz, welche glücklicherweise nie in eine solch schwierige Situation kommen, zwangsverpflichtet werden, über ihre Prämien die Abtreibungen bei anderen mitfinanzieren zu müssen. Die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung und die Achtung der ethischen Werte müssen in unserem Staat gewährleistet werden.

Ganz wichtig ist – dies betone ich, weil sehr viele Leute dies falsch verstehen –: Die Möglichkeit einer Abtreibung wird durch die Volksinitiative nicht infrage gestellt. Ebenfalls wird bei einer Vergewaltigung oder bei einer Nottlage der Frau eine Abtreibung von der Krankenkasse übernommen.

Zum zweiten Thema, der Entlastung der obligatorischen Krankenversicherung von unangebrachten Leistungen: Abtreibungen gehören nicht in die Grundversicherung unserer Krankenversicherung. Dies ist ein erster Schritt, um die lange Liste von unangebrachten Leistungen zu bereinigen; denn viele Familien können die Krankenkassenprämien kaum mehr bezahlen. Die Kosten der jährlich über 11 000 Abtreibungen belaufen sich gemäss Auskunft des Bundesrates auf schätzungsweise 15 bis 20 Millionen Franken pro Jahr. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die zum Teil sehr hohen Nachbehandlungskosten einer Abtreibung wegen psychischer und physischer Schwierigkeiten noch nicht einberechnet sind.

Zum dritten Punkt, zur Stärkung der Elternrechte: Mit der Annahme der Initiative könnten Jugendliche unter sechzehn Jahren nicht mehr ohne Wissen der Eltern zu einer Abtreibung gedrängt werden. Eine umfassende Beratung und Aufklärung der Möglichkeiten mit Einbezug der Eltern, Ärzte und anderer Fachleute sowie des persönlichen Umfeldes wäre für Jugendliche zur Problembewältigung von grosser Wichtigkeit. Eine umfangreiche Studie in den USA zeigt: Fällt die öffentliche Abtreibungsfinanzierung weg, führt dies zu einem deutlich verantwortungsbewussteren Sexualverhalten. Die Zahl ungewollter Schwangerschaften und in der Folge auch der Abtreibungen nimmt ab.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Ich bitte Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Sie ist unsozial, unsolidarisch und ein Rückfall ins letzte Jahrhundert. Dem heutigen Gesetz mit der Fristenregelung ist 2002 von der Bevölkerung mit über 72 Prozent mit grossem Mehr zugestimmt worden. Das kam auch nicht aus heiterem Himmel, denn die meisten Kantone praktizierten die Fristenregelung bereits im Vorfeld. Die Gesamtlösung des schweizerischen Gesetzes ist auch international als beispielhafte Regelung anerkannt. Verbunden mit Sexualaufklärung, Prävention und der Einführung von Verhütung haben wir in der Schweiz mit 6,8 Prozent eine im internationalen Vergleich sehr tiefe Rate von Schwangerschaftsabbrüchen. Diese Zahl blieb seit Einführung der Fristenlösung mehr oder weniger stabil und war in den letzten Jahren sogar leicht rückläufig. Genau das zeigt auch, dass wir auf dem richtigen gesellschaftlichen Weg sind.

Die Kosten sind mit 0,03 Prozent der Aufwendungen der obligatorischen Krankenversicherung äusserst gering. Es besteht also nicht der geringste Anlass, zulasten der einzelnen jungen Frauen hier von der heutigen Regelung wegzukommen, schon gar nicht in einem der zehn reichsten Länder der Welt. Wenn Sie sparen wollen, dann helfen Sie uns von der SP bei der Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse». Da können Sie dann mehr Effizienz und auch mehr Prävention für alle herausholen.

In den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurde die Zahl der illegalen Abtreibungen in der Schweiz auf mindestens 20 000 bis 50 000 geschätzt. Das heisst, ungefähr jede dritte Schwangerschaft wurde damals abgebrochen. Ich bin froh, dass die Zeiten vorbei sind, als ungewollt schwangere Frauen ins Ausland oder zu Quacksalbern gehen mussten, um das ungewollte Kind loszuwerden. Ich kann Ihnen sagen: Mit Jahrgang 1953 gehöre ich zu jener Generation, die sich für den Fall einer unerwünschten Schwangerschaft Adressen in London notierte. Mit diesem Tourismus zulasten der sozial am meisten benachteiligten Frauen wollen wir nicht wieder beginnen.

Keine Frau trifft den Entscheid für einen Schwangerschaftsabbruch leichtfertig. Unser Gesetz garantiert, dass alle Indikationen sorgfältig abgeklärt werden. Die Entscheidung für oder gegen einen Abbruch muss aber ohne Druck, insbesondere ohne finanziellen Druck, von den betroffenen

Frauen selbst getroffen werden können. Daher ist es wichtig, richtig und in der Praxis gut eingespielt, dass die Kosten von den Krankenkassen übernommen werden. Es wäre wahrscheinlich, dass die sozial am meisten benachteiligten Frauen wieder wie früher zu untauglichen und gefährlichen Mitteln greifen würden, um aus ihrer Notsituation herauszukommen. Hätte dies dann gesundheitliche Folgen, wie dies Länder auf anderen Kontinenten heute noch in hohem Ausmass kennen, dann würden wiederum die Krankenkassen belastet, dann aber viel mehr als mit der geringen Zahl der Abtreibungen, welche in der Schweiz krankenkassenpflichtig erfolgen. Ich wehre mich vehement gegen eine solche Ungleichbehandlung der Frauen, insbesondere der jungen, der jüngsten Frauen, welche diese Initiative erheblich treffen würde. Es ist eine kollektive Verantwortung unserer Gesellschaft, diese Lösung, für die das Volk 2002 mit hoher Mehrheit gestimmt hat, weiterzutragen.

Lehnen Sie diese Initiative mit Überzeugung ab.

Haller Vannini Ursula (BD, BE): «Nach menschlichem Ermessen werden Sie nie ein eigenes Kind bekommen.» Dies war die niederschmetternde Diagnose, die mein Mann und ich Anfang der Siebzigerjahre erhielten. Damals stellten wir fest, dass ein geplatzter Blinddarm im Kindesalter zu starken Verwachsungen geführt hatte, die eine sehr dramatische Operation zur Folge hatten. Und eben, die Diagnose hiess: «Nach menschlichem Ermessen» – ich betone: nach menschlichem Ermessen – «werden Sie nie ein eigenes Kind bekommen.» Wir hielten uns trotzdem an einen kleinen Faden der Hoffnung, und der Arzt verhalf uns mit vielen Therapien und vielen medikamentösen Behandlungen zu unserem medizinischen Glück. Wir wurden trotzdem Eltern einer heute 35 Jahre alten Tochter und dazu eines heute 34-jährigen Adoptivsohnes aus Indien. Wir dachten eben, wenn wir schon kein eigenes Kind bekommen, werden wir ein Kind aus der Dritten Welt adoptieren.

Was will ich damit sagen? Ich will nicht wiederholen, was hier an Argumenten pro und kontra gesagt wurde. Niemand, keine Frau und, so hoffe ich, auch kein einziger Mann, nimmt die allfällig sich stellende notwendige Frage eines Schwangerschaftsabbruchs auf die leichte Schulter, ganz und gar nicht, davon bin ich ganz fest überzeugt. Es gibt aber eben Augenblicke, wo eine solche Frage erlaubt ist, und nachdem ich Ihnen meine persönliche Geschichte geschildert habe, will ich Ihnen auch Folgendes sagen: Auch ich nehme eine solche Frage nicht auf die leichte Schulter. Ich tat mich damals mit der Fristenlösung schwer. Trotzdem stimmte ich ihr zu, weil ich meine, es müsse der Entscheid der Frau oder, besser gesagt, des Paares sein, ob man ein zu erwartendes Kind haben kann oder ob es allenfalls richtig und – hören Sie gut zu – ebenfalls ethisch und moralisch vertretbar ist, wenn man sich bei der Schwangerschaft ganz früh allenfalls dafür ausspricht, ein Kind nicht austragen zu wollen.

Ist es denn nicht ethisch und moralisch von einer jungen Frau viel eher zu akzeptieren, dass sie sich folgende Frage stellt? Die Frage nämlich: «Was ist denn, wenn ich meinem Kind in keiner Weise eine Perspektive bieten kann, weil ich keinen Mann habe – er ist möglicherweise noch da, aber er kann mich nicht unterstützen –, weil ich niemanden habe, dem ich das Kind irgendwann einmal geben kann, weder eine Grossmutter noch eine Nachbarin, die zum Kind schaut?» Ist es da nicht vielleicht besser, einem Kind ein unglückliches Leben in einer kritischen Gesellschaft zu ersparen, als die Mutter später irgendwie zu zwingen, den mühsamen und entwürdigenden Gang auf das Sozialamt zu gehen? Deswegen muss ich die Frauen der SVP schon fragen, weshalb sie sich eben auch so vehement – es wurde schon angetönt – dagegen ausgesprochen haben, dass sich die Allgemeinheit für einen Kinderhort, eine Tagesstätte engagieren soll. Solche Institutionen sind genau für solche Frauen möglicherweise die einzige Möglichkeit, zum Kind Ja zu sagen, weil sie weiss: Auch wenn die Grossmutter nicht da ist und die private Initiative nicht funktioniert, ist immerhin eine staatliche Einrichtung da, die hilft, dass dieses Kind ebenfalls in Würde gross werden kann.

Es erstaunt mich daher sehr, wenn ich höre, dass nur eine Frau, die allenfalls eine medizinische Indikation geltend machen kann, oder gar eine Frau, die vergewaltigt wurde, das Recht hat, ihr Kind nicht auszutragen, und dass sie dann noch – drei Personen haben Frau Herzog heute Morgen dazu gefragt – erklären muss, ob sie dieses Kind empfangen hat, weil sie tatsächlich oder allenfalls eventuell vergewaltigt wurde. Was ist denn das für eine entwürdigende Diskussion! Wenn es heisst, Abtreibungsfinanzierung sei Privatsache, dann würde ich sagen, die ganze Frage, wer ein Kind will, zu welcher Zeit sie das Kind will, sei Privatsache, und deswegen wäre diese Diskussion tatsächlich hier gar nicht zu führen gewesen. Es ist scheinheilig, entschuldigen Sie diesen Ausdruck, wenn man so unter dem Vorwand, es gehe gar nicht um die Abtreibung, sondern nur um die Kosten, hier eine solche Debatte führt. Lassen wir den Entscheid dem Ehepaar, und mischen wir uns nicht in ein gutes System ein, das sich in den Jahren seit der Einführung der Fristenlösung bestens bewährt hat. Die Kosten sind gesunken, die Zahl der Abtreibungen ist gesunken. Es ist alles auf dem besten Weg, die Schwangerschaft, die Frage, ob man ein Kind haben will, wieder zur Privatsache zu machen; lassen wir die Sache.

Lehnen Sie bitte diese Initiative ab, die wohl auch in der Bevölkerung noch heftigste Diskussionen auslösen wird, damit wir hier eine klare Ausgangslage haben.

Frehner Sebastian (V, BS): Mich hat einerseits Ihre eigene Geschichte sehr berührt, und andererseits sprechen Sie mir aus dem Herzen. Es muss die Entscheidung der Frau sein, ob sie ein Kind austragen will oder nicht, ob sie sich aus irgendwelchen Gründen dazu nicht in der Lage fühlt. Aber das ist hier nicht die Frage, über die wir sprechen. Die Frage ist: Wenn sich eine Frau für eine Abtreibung entscheidet, soll sie das selber bezahlen, oder soll das die Allgemeinheit bezahlen? Weshalb beantworten Sie diese Frage nicht?

Haller Vannini Ursula (BD, BE): Ich habe diese Frage persönlich noch nicht beantwortet, aber sie wurde hier verschiedene Male gestellt und auch von verschiedenen Personen beantwortet. Es ist symptomatisch, Herr Nationalrat Frehner, dass Sie wiederum nur davon sprechen, dass dann die Frau die Kosten bezahlen müsse. Warum sprechen wir nicht darüber, dass es eben beide sind, die diese Kosten bezahlen müssen?

Noch einmal: Es darf nicht sein, dass wir ein solches Thema über die Frage der Kosten abwickeln. 0,03 Prozent der Gesundheitskosten, haben wir gehört, machen die Abtreibungen aus – ich nehme übrigens dieses Wort sehr ungern in den Mund, ich spreche lieber von einem Schwangerschaftsabbruch. Weshalb, Herr Frehner, ist es ausgerechnet diese kleine Summe, die Sie ins Visier genommen haben? Wohl eben deshalb, weil Sie darüber die Grundsatzfrage stellen wollen, ob es verwerflich ist, wenn eine Frau in einer Notlage ihr Kind nicht austragen will.

Hadorn Philipp (S, SO): Die vorliegende Initiative lässt mich aufhorchen: Es stimmt, via die Krankenkassenprämien müssen alle obligatorisch Versicherten in der Schweiz Abtreibungen über das KVG mitfinanzieren, also Befürworter und Gegner von Abtreibungen, Frauen, die eine Abtreibung durchführen liessen, und Frauen und Männer, die nie vor einer solchen Situation standen. Das kann stossend wirken. Der Militärdienstverweigerer muss via Steuern und Militärpflichtersatzabgaben eine Armee finanzieren, die er vielleicht abgeschafft wissen möchte; gesund ernährte Menschen müssen Krankheiten als Folge von Fettleibigkeit mitfinanzieren; Konsequenzen von Nikotin-, Alkohol- und anderen Drogensüchten müssen ebenfalls von allen mitfinanziert werden, und die per Lehrvertrag Ausgebildeten bezahlen via Steuern kostspielige akademische Laufbahnen. Ja, die Demokratie ist ein Produkt von Zugeständnissen, ein Aufeinander-Zukommen teils divergierender, auseinanderklaffender Haltungen, Wertvorstellungen, Lebenssituationen und Lebensgrundlagen.

Natürlich würde ich mich persönlich freuen, wenn alle Menschen Sozialdemokraten wären, Christen und Gewerkschafter. Fakt ist, dass wir in einer pluralistischen Welt leben und deshalb auch verschiedene Lebensentwürfe aufeinanderstossen. Es scheint mir eine Errungenschaft, dass Respekt und Anerkennung nicht vor Andersdenkenden haltmachen, sondern sich dort eben gerade bewähren. Es ist allerdings schwer, allgemein zu beurteilen, wo die Toleranz an Grenzen zu stossen hat. Gewaltverherrlichung, demokratie- und menschenverachtende Äusserungen, menschenrechtsverletzende Handlungsweisen sprengen die Grenzen.

Beim Thema Abtreibungen prallen grundlegend unterschiedliche Haltungen krass aufeinander. Wann beginnt das Leben? Ist das Leben reine Biomasse, lebens- oder nicht lebensfähig? Gibt es valides und invalides Leben? Was ist die Seele, und welche Rolle haben bei diesen Fragen Glaube und Religion?

Wenn wir uns für sozialen Ausgleich, für Benachteiligte, den Schwächeren, den weniger Begabten, die Verfolgten einsetzen wollen, stellt sich plötzlich die Frage, wer dies in der konkreten Situation sein mag. Offensichtlich kommen dabei Menschen zu ganz unterschiedlichen Schlüssen, interessanterweise sogar Menschen aus ähnlichem ideellem, ideologischem oder religiösem Hintergrund. In der Demokratie bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Werte und Wertvorstellungen immer wieder neu zu diskutieren.

So entwickelt sich die Fragestellung der Abtreibung: Frauen, die ungewollt schwanger werden, die sich möglicherweise in einer Notsituation befinden, stellen sich die Frage, ob sie nun einen Embryo, einen Fötus, einen ungeborenen Menschen oder eben doch nur eine «Biomasse» in sich tragen. Immer wieder neu und spätestens dann, wenn der Druck zu pränataler Diagnostik, zur Evaluation der Kostenrisiken weiter zunimmt, stellen wir uns als Bürgerliche und Linke die Frage über den Wert des angeblich invaliden, unwerten, behinderten Lebens und den Umgang damit und müssen uns positionieren.

Generell ist es wohl die Frage, die sich immer wieder stellt: Wer ist mein Nächster, meine Nächste? Oder wer ist hilfs-, unterstützungs- und/oder schutzbedürftig? Welches ist die Grenze der persönlichen Entfaltung?

Bei der vorliegenden Initiative geht es allerdings nicht um eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesen heiklen sozialen, gesellschaftlichen, ethischen und religiösen Fragen. Die Initiative kümmert sich keinen Deut darum, wie Frauen – und nicht selten auch Paare, oft junge Paare – in schwierigen oder extremen Situationen mit ihrer Not umgehen können.

Einerseits ist es zu einfach, die Abtreibung entweder als einen leichten medizinischen Routineeingriff abzutun oder als rücksichtslosen Mord an einem Kind darzustellen. Andererseits scheint es mir erst recht unpassend, diese komplexen Fragen mit einem Ausschluss von der obligatorischen Grundversicherung zu quittieren, wenn auch unter Vorbehalt seltener Ausnahmen. Der Anschein entsteht, dass jene, die die Initiative unterstützen, einen eigenen Kostenvorteil, also tiefere Prämien, einheimsen wollen, sich dabei aus der gesellschaftlichen Mitverantwortung für Abtreibungen stehlen und dabei wie in mittelalterlichen Zeiten den anklagenden Zeigefinger ausstrecken wollen. Das braucht unsere Gesellschaft definitiv nicht mehr.

Selbst die Auswirkung dieser Initiative auf die Anzahl Abtreibungen wird zumindest sehr kontrovers prognostiziert, ist also nicht klar, geschweige denn, dass sie Unterstützung für werdende Mütter bietet – weder bei einem Entscheid für eine Abtreibung noch bei einem Entscheid für das Austragen des Kindes bei einer Schwangerschaft.

Mein Fazit: Die vorliegende Initiative ist ein Nebenschauplatz, eigentlich unehrlich, wirft auch auf die ehrlich Besorgten einen Schatten des Egoismus und löst faktisch kein einziges Problem, schafft aber zahlreiche neue.

Ich bitte Sie, die vorliegende Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Stahl Jürg (V, ZH): Die Diskussion über die Legalisierung von Abtreibungen haben wir vor einigen Jahren in diesem Saal geführt. Wir und die Stimmbevölkerung haben demokratisch entschieden. Aus meiner Sicht geht es heute bei dieser Initiative um die Finanzierungsfrage. Auch wenn es – in Klammern bemerkt – den Initianten wahrscheinlich eher darum geht, ob man das tun darf oder nicht, so ist aus dem Initiativtext klar ersichtlich, dass es um die Finanzierungsfrage geht.

Ich unterstütze diese Initiative aus grundsätzlichen Überlegungen, weil die Frage der Finanzierung dieser medizinischen Leistungen durch die Allgemeinheit – also durch die Krankenversicherung und folglich durch alle Prämienzahler – konkret mit der Frage der Finanzierung anderer medizinischer Leistungen zusammenhängt. In den letzten bald zwanzig Jahren seit Einführung des KVG hat es eine Kumulation von Zwangszahlungen gegeben, von Leistungen, die schlussendlich von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen, ohne dass wir jemals eine Grundsatzdebatte darüber geführt hätten. Es tut mir eigentlich leid, dass wir diese Diskussion vor dem Hintergrund dieser Thematik führen. Aber Sie haben sich immer dagegen gewehrt, über diese Grundsatzfrage zu sprechen.

Aus meiner Sicht ist die Frage erlaubt, was alles die Allgemeinheit zahlen muss und was eben nicht. Unter der Verantwortung von Bundesrätin Dreifuss wurden in den ersten Jahren nach Einführung des KVG-Obligatoriums viele Leistungen dort deponiert und in den Grundleistungskatalog aufgenommen. Dass es schwierig ist, bisher vom KVG abgedeckte und von der Allgemeinheit bezahlte Leistungen wieder aus dem Katalog zu eliminieren, zeigen unter anderem die Debatten um die Komplementärmedizin, um Bagatell-erkrankungen und eben auch heute um die Finanzierung von Abtreibungen.

Für jene, die gegen diese Initiative sind: Es ist mir völlig bewusst, dass es keine signifikanten Einsparungen im KVG gibt. Dazu stehe ich auch, das ist auch nicht Gegenstand der Diskussion. Es geht um den Anstoss einer dringend nötigen Diskussion um die Finanzierung, welche die Allgemeinheit und die Prämienzahler seit Jahren sicherstellen. Eine ambulante Abtreibung kostet im Durchschnitt etwa 1000 Franken, eine Abtreibung oder ein Schwangerschaftsabbruch im stationären Bereich rund 4000 Franken. Eine «Pille danach», die bis jetzt auch selber bezahlt wird, kostet ohne die Beratungstaxe rund 50 Franken, mit der Beratung wahrscheinlich zwischen 100 und 120 Franken. Das sind zumutbare Summen. Wir müssen die Zumutbarkeit eben auch in die Diskussion mit einbeziehen. Unsere sozialen Netze sind hier auch bereit, das haben uns auch Fachleute versichert, nach individuellem Bedarf diese Eingriffe zu bezahlen. Aber die Allgemeinheit sollte sich da eigentlich heraushalten.

Ebenso klar ist für mich auch, dass eine Abtreibung keine Entscheidung ist, die rasch getätigt wird. Oftmals stehen Gewissensbisse hinter einer solchen Entscheidung. Das sollte man auch respektieren, bzw. dort ist die Unterstützung von Familie, Freundeskreis und Umfeld eben auch zwingend und äusserst wichtig.

Ich bitte Sie, die Initiative zu unterstützen, damit wir in Zukunft über das Gesundheitswesen in der Tiefe diskutieren und diese Grundsatzdebatte über den Grundleistungskatalog – was gehört zu den bezahlten Leistungen und was nicht? – führen können. Übrigens, in der Zahnmedizin funktioniert das Selbstzahlermodell hervorragend. In Österreich funktioniert dieses Selbstzahlermodell bei Abtreibungen ebenso gut, und es gibt keine Komplikationen oder signifikante Veränderungen der Anzahl Abtreibungen.

Frau Haller, wir haben ja nicht immer die gleiche Meinung. Aber ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gesagt haben, wir sollten uns nicht in private Angelegenheiten einmischen. Mischen wir uns also nicht in die Finanzierung ein! Das sollte eben auch Privatsache sein.

Cassis Ignazio (RL, TI): Circa dieci anni fa – era il 2 giugno 2002 – il popolo svizzero decideva la modifica del Codice penale e poneva fine a grande maggioranza, con il 72 per

cento, alla penalizzazione dell'interruzione di gravidanza, che aveva prodotto molta sofferenza umana nei decenni precedenti. Era la fine – e personalmente ne ero felice – di una piaga sociale, che vedeva giovani madri costrette alla clandestinità, vittime dell'ira funesta dei moralisti e di procedure giuridiche asfissianti e intrusive, dalle quali potevano fuggire soltanto emigrando. Non sto parlando del 1800 ma di venti anni fa!

Ora un gruppo di cittadini nostalgici di quell'era, che avevano aspramente lottato contro la depenalizzazione dell'aborto, torna all'assalto, proponendo un abito nuovo: non vogliono più criminalizzare le donne che abortiscono, ma costringerle ad assumerne personalmente la fattura. Insomma, che paghino il prezzo della loro vergogna, ci dicono. Calcano una preoccupazione legittima, quella di un miglior controllo dell'evoluzione dei costi della salute. Ma è davvero questo l'obiettivo degli autori dell'iniziativa?

La risposta è nelle cifre: le interruzioni di gravidanza costano alla cassa malati circa 12 milioni di franchi all'anno. 12 milioni sui 24 miliardi di franchi che le nostre casse malati versano a ospedali, medici e altri professionisti per curare ogni nostro singolo bisogno, dai più gravi e urgenti a quelli più futuri. Nella migliore delle ipotesi si tratta, lo avete già sentito, di un risparmio dello 0,05 per cento dei premi di cassa malati. Il santo vale la candela? Pensate che, a titolo di paragone, spendiamo ogni anno 100 milioni di franchi in cure mediche solo per l'influenza stagionale – dieci volte di più. Insomma, a pensar male si fa peccato, ma spesso ci s'azzecca, ci ricorda il ben noto politico e scrittore italiano Giulio Andreotti. Inoltre, anche oggi è piuttosto difficile per una donna restare incinta da sola e senza volerlo: c'è di mezzo, normalmente, un uomo che fornisce il seme e spesso la rottura del preservativo o il fallimento di un altro metodo anticoncezionale. Perciò anche noi uomini abbiamo la nostra responsabilità, che dobbiamo assumere fino in fondo. Siamo tutti insieme responsabili delle regole che ci diamo.

Infine, ricordo che dopo la depenalizzazione del 2002 non c'è stata la temuta esplosione del numero degli aborti, ma addirittura un leggero calo. La Svizzera è tra i Paesi con il tasso più basso di interruzioni di gravidanza. Ciò significa che tutti gli sforzi di prevenzione e il lavoro dei centri di pianificazione familiare stanno funzionando bene e possiamo esserne fieri!

Quest'iniziativa è dunque una trappola, nella quale non possiamo cadere, se ci sta a cuore una società libera, responsabile e solidale. Vi invito con convinzione a votare no.

Gysi Barbara (S, SG): Diese Debatte hat eigentlich deutlich aufgezeigt, dass es zwei Gruppen gibt, die diese Initiative lanciert haben und die sie auch unterstützen: Es sind auf der einen Seite die christlich-religiösen bis fundamentalen Kreise, die den Schwangerschaftsabbruch generell ablehnen und das Rad zurückdrehen wollen. Es ist auf der anderen Seite die Gruppe vor allem aus der SVP, die den Grundversicherungskatalog unserer Krankenversicherung angreifen will: Man nutzt eigentlich diesen ersten Schritt, die Solidarität zu untergraben; man springt auf diesen Zug auf, um dann weiterzumachen. Wir haben zuhauf Beispiele gehört, wie es dann weitergeht: Komatrinker, Übergewichtige sollen in Zukunft selber bezahlen; weitere Dinge werden folgen. Ich finde es nicht richtig, dass man das Thema Abtreibung hervorgeholt hat, um eine grundsätzliche Debatte zu lancieren. Das Beispiel mit der Zahnmedizin finde ich ziemlich an den Haaren herbeigezogen: Auch sie wird zum Teil in den Schulzahnkliniken staatlich unterstützt.

Die Selbstverantwortung, das Verhalten wurden immer wieder angesprochen. Der Schwangerschaftsabbruch wurde als kostenlose Schwangerschaftsverhütung herangezogen: Was Kollegin Flückiger da gesagt hat, finde ich wirklich ein ziemlich starkes Stück!

Was aber sehr stark zu denken gibt, ist auch das Frauenbild, das wieder hervorgeholt wird. Es ist ein Backlash für die Frauen, wenn Kollege Frehner eigentlich sehr stark nur darauf pocht, die Frauen seien selber verantwortlich und müssten dann auch noch selber bezahlen. Diese Zeiten sind hof-

fentlich vorbei. Die Debatten der letzten drei Tage haben aber eigentlich gezeigt, wo wir Frauen heute wieder stehen. Vielerorts sind die Errungenschaften bei der Betreuung in den Kinderkrippen, aber ebenfalls beim Schwangerschaftsabbruch jetzt wirklich auch in Gefahr und werden torpediert. Die ganze Debatte hat eigentlich auch gezeigt, dass die Finanzierung, die man jetzt hervorzieht, nur ein vorgeschobenes Argument ist; da haben wir die Voten von Kollege Bortoluzzi und jetzt, gerade vorher, von Kollege Stahl gehört. Die Einsparungen, die gemacht werden können, sind absolut minim. Die genannten Beträge von ungefähr 7 bis 10 Millionen Franken werden für Schwangerschaftsabbrüche ausgegeben. Im Verhältnis zu den Kosten, die über die obligatorische Krankenversicherung finanziert werden, und zu den gesamten Gesundheitskosten ist das ein Klacks – ich erlaube mir, das so salopp zu sagen. Es sind rund 0,03 Prozent der Gesundheitskosten.

Die Debatte hat es gezeigt: Es geht nicht ums Geld. Es geht den einen darum, die Krankenversicherung zu torpedieren; den anderen geht es um die Moral, sodass generell Schwangerschaftsabbrüche, Abtreibungen, eigentlich verurteilt werden. Das kann es doch nicht sein. In welchem Jahrtausend politisieren wir heute? Dass es nicht ums Geld gehen kann, zeigten auch die Vergleiche. Wenn man weiss, was eine Abtreibung kostet, nämlich 500 bis 2000 Franken, und dies mit dem vergleicht, was es kostet, ein Kind aufzuziehen, nämlich ein Mehrfaches, dann sieht man, dass es nicht ums Geld gehen kann, es geht um die Moral. Ich denke aber, es ist wichtig, dass diese Entscheidung – eine schwierige Entscheidung, die eine Frau oder ein Paar treffen muss, wenn es darum geht, ob man ein Kind austragen will oder ob es einen Abbruch gibt – in Ruhe gefällt werden kann und nicht von den Gedanken über das kurzfristige Geldauftreiben geprägt ist.

Ich werde diese Initiative klar zur Ablehnung empfehlen. Sie geht einen Schritt zurück. Diesen Schritt wollen wir auf keinen Fall machen.

Schenker Silvia (S, BS): Wenn man die Letzte auf dieser langen Liste ist, die spricht, wird es etwas schwierig, hier noch etwas Neues einzubringen. Ich spreche deshalb zu dem, was mich am meisten beschäftigt, seit diese Debatte im Gang ist.

Ich habe nun wirklich während der ganzen Debatte aufmerksam zugehört, ich habe insbesondere den Befürworterinnen und Befürwortern der Initiative gut zugehört. Ich frage mich, respektive ich frage eigentlich Sie: Merken Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht merken, wie widersprüchlich Ihre Argumentation ist? Zum Beispiel Herr de Courten, Frau Herzog und andere – fast alle Befürworterinnen und Befürworter der Initiative – haben in ihren ersten Sätzen gesagt, es gehe ihnen nicht darum, die vom Volk akzeptierte Fristenlösung in Frage zu stellen. In den restlichen Minuten Ihrer Redezeit haben Sie dann aber sämtliche Register gezogen und gegen die Abtreibung respektive für den Schutz des Lebens gesprochen. Von Ethik war die Rede, von leichtfertigen Männern und insbesondere Frauen, die trotz dem Angebot an Verhütungsmitteln ungewollt schwanger werden. Für Sie ist das offenbar völlig unverständlich und Ausdruck von Verantwortungslosigkeit.

Obwohl Sie alle behaupten, Sie würden die Fristenlösung akzeptieren, reden Sie wie damals bei der Abstimmung vom Schutz des ungeborenen Lebens. Sie benutzen das gleiche Vokabular. Ich frage Sie, weil ich es wirklich wissen möchte, ob Sie tatsächlich der Meinung sind, jemand würde auf eine Abtreibung verzichten, wenn sie die Kosten dafür übernehmen müsste. Ich habe bewusst «sie» gesagt und nicht «er». Wenn Sie das glauben, dann ist die Anschlussfrage: Wollen wir wirklich, wollen Sie wirklich eine Frau, ein Paar dazu zwingen, ein Kind zu bekommen, weil sie es sich nicht leisten können, eine medizinisch korrekt durchgeführte Abtreibung durchführen zu lassen?

Wenn Sie im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch von Ethik sprechen, dann frage ich Sie: Ist es wirklich ethisch, wenn wir es zu einer Frage des Portemonnaies

machen, ob ein Schwangerschaftsabbruch, wenn er denn notwendig ist, medizinisch korrekt durchgeführt wird? Ich persönlich finde das ziemlich und zutiefst unethisch. Spätestens jetzt sollte auch Ihnen klar sein, wie verlogen Ihre Argumentation daherkommt. Hören Sie doch mit dem Verwirr- und Versteckspiel auf! Stehen Sie zu Ihren Absichten! Sie haben den Eindruck, es sei heute zu einfach, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, und Sie wollen die Hürde dafür wieder höher setzen. Anders kann man diese Initiative nicht interpretieren.

Noch einmal – es wurde heute oft gesagt –: Wer sich für eine Abtreibung entscheidet, macht als Betroffene einen sehr schwierigen Prozess durch, und sie muss diesen Entscheid unter sehr grossem Zeitdruck fällen. Oft hinterlassen diese Entscheide seelische Wunden. Es darf nicht sein, dass wir die Menschen, die sich für diesen schwierigen Schritt entscheiden, zusätzlichen Belastungen aussetzen, indem die Finanzierung einer Abtreibung zur Privatsache erklärt wird.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sich im Abstimmungskampf, der sicher nicht einfach sein wird, zu engagieren.

Berset Alain, conseiller fédéral: A l'issue de ce long débat, j'aimerais vous présenter les arguments qui conduisent le Conseil fédéral à recommander le rejet de l'initiative.

Le 2 juin 2002, il y a bientôt onze ans, le peuple suisse a approuvé à une très large majorité – c'était à plus de 72 pour cent des votants – une modification du Code pénal relative à l'interruption de grossesse qui légalisait une telle intervention dans deux cas de figure: d'une part si la santé de la femme enceinte est en danger et, d'autre part, si la femme concernée en fait la demande écrite dans les douze premières semaines de sa grossesse. Dans le cadre de la votation de 2002, le remboursement par l'assurance-maladie des mêmes prestations que pour la maladie était prévu pour ces deux cas. C'est important de rappeler ici que cet élément avait également fait l'objet du débat public et de la décision de 2002. Vous verrez d'ailleurs que, aussi bien dans le projet mis en votation que dans les arguments du comité référendaire, il est fait mention de cette question, ce qui montre bien qu'elle a été thématisée dans le débat.

Par ailleurs, la loi définit un cadre qui vise à soutenir les femmes concernées, à les informer et également à prévenir ces situations. Ainsi par exemple, le médecin doit s'entretenir de manière approfondie avec la femme enceinte et la conseiller. Il doit lui remettre contre signature un dossier d'information – je ne fais pas la liste ici de tout ce que ce dossier doit contenir. Enfin, le médecin doit s'assurer en personne que les femmes de moins de seize ans se soient adressées à un centre de consultation spécialisé pour les mineurs.

Ce cadre légal a été adopté à l'issue de débats au Parlement, à l'issue d'un débat public et à l'issue d'un vote de l'ensemble de la population avec un résultat très clair. Ce cadre légal a fait ses preuves. Voilà ce qu'on peut dire onze ans plus tard.

Le nombre d'interruptions de grossesse dans notre pays a diminué depuis l'entrée en vigueur de la loi, passant d'environ 12 500 en 2001 à moins de 12 000 en 2002 et environ 11 000 à partir de 2003, chiffre que l'on retrouve en 2011. Donc le nombre d'interruptions de grossesse s'est stabilisé chez les femmes entre 15 et 44 ans, mais on doit constater qu'il continue de baisser chez les adolescentes entre 15 et 19 ans: il est passé entre 2005 et 2011 de six interruptions par an pour 1000 femmes à moins de cinq interruptions par an pour 1000 femmes, ce qui correspond à environ vingt pour cent de réduction.

On peut bien sûr à tout moment, par le biais d'une initiative populaire, amener un débat, refaire un débat, même si le peuple s'est déjà prononcé. Cependant, dans ce cas, et parce que le cadre légal a fait ses preuves, le Conseil fédéral estime qu'il faut se souvenir du débat d'il y a dix ans et respecter la volonté populaire qui a été exprimée en 2002, d'autant plus qu'elle a permis d'atteindre exactement les objectifs qui étaient alors poursuivis.

On doit constater, avec l'expérience de ces onze dernières années, que le cadre légal actuel n'encourage pas les interruptions de grossesse. Au contraire, il a contribué à en maîtriser l'évolution, il a contribué à encadrer sa pratique et ce sont les raisons pour lesquelles le Conseil fédéral a décidé, le 9 mai 2012, de ne pas remettre en question le système actuel qui fonctionne bien et notamment le remboursement de l'interruption de grossesse par l'assurance-maladie.

La question a été évoquée dans le débat de savoir s'il n'aurait pas fallu invalider cette initiative. Je crois que cette question est hors de propos: la Constitution fédérale précise clairement les critères qui permettent de valider une initiative. Dans le cas présent, ces critères sont absolument et indiscutablement remplis, et donc ce débat, nous devons le faire. Il devra ensuite être porté devant le peuple.

Maintenant, j'aimerais quand même rappeler que la question de l'interruption de grossesse ne peut pas être réduite à des statistiques et à des chiffres. Nous parlons ici de décisions qui sont difficiles à prendre, nous parlons de femmes qui doivent porter une lourde responsabilité dans un choix qui n'est pas facile à faire et qui est définitif. Actuellement, avec le cadre légal dont nous disposons, l'influence de la question financière dans le choix d'interrompre ou non une grossesse est réduite autant que possible. Les interventions sont remboursées par l'assurance-maladie – c'est le débat qui nous occupe aujourd'hui –, mais elles ne sont pas exemptées d'une participation, dans le cadre de la franchise et de la participation aux coûts. Cela signifie donc que les femmes supportent déjà dans le système actuel une part particulière du coût des interventions.

Le Conseil fédéral est convaincu que, lorsqu'il faut procéder à la pesée des intérêts, des critères moraux, religieux, sociaux, éthiques, à ce moment-là ce ne sont pas les ressources financières qui doivent entrer en jeu dans la décision.

En cas d'acceptation de l'initiative, que se passerait-il de l'avis du Conseil fédéral? Il y aurait alors une incitation à sortir du cadre établi par la loi, qui ne doit pas être ignorée. Nous avons aujourd'hui un cadre dans lequel sont offertes l'écoute, l'information, la prévention. Or il est vrai que si l'on supprimait l'écoute, la prévention et l'information, cela pourrait permettre d'aller parfois plus rapidement, peut-être d'être moins coûteux, mais cela ne répondrait plus alors à la volonté d'aider les femmes concernées à faire un choix éclairé, ni non plus à la volonté, qui avait été clairement établie par le législateur en 2002, de prévenir le risque que ces situations se renouvellent.

Il faut rappeler qu'avant l'instauration du régime des délais, il y a une dizaine d'années, des interruptions de grossesse étaient pratiquées illégalement, mais qu'elles étaient ensuite présentées comme étant légales aux assureurs, grâce à une interprétation large voire très large de la notion de danger menaçant la vie ou la santé de la mère.

Avec l'initiative dont vous débattiez aujourd'hui, il existe un risque que cette marge d'interprétation resurgisse puisque les termes juridiques généraux qui sont utilisés créeront inévitablement une marge d'interprétation avec pour effet principal que des situations semblables pourraient être présentées de manière différente à des assureurs, en donnant lieu également à des décisions divergentes en ce qui concerne le remboursement des interventions.

En plus de cette inégalité de traitement évidente, deux conséquences principales découleraient de cette situation. D'une part, les femmes concernées ne sauraient plus, avant l'interruption de grossesse, si cette dernière serait remboursée; cela ferait resurgir la question financière et cela créerait de l'insécurité autour de cette question dans un moment particulièrement inapproprié. D'autre part, l'assureur devrait vérifier au cas par cas si l'interruption de grossesse entre dans les exceptions qui seraient prévues avant de rembourser. C'est une démarche qui aujourd'hui n'est pas nécessaire, qu'il faudrait créer, et qui conduirait également à une augmentation des coûts administratifs.

Aujourd'hui, le taux d'interruptions de grossesse en Suisse est très bas comparé au reste de l'Europe. Les coûts pour

l'assurance-maladie sont donc marginaux, ce d'autant plus que ces dernières années les interruptions effectuées par voie médicamenteuse ont augmenté, permettant globalement de baisser clairement les coûts. Les coûts à charge de l'assurance-maladie sont estimés à 8 millions de francs pour 11 000 interventions. Nous savons que deux tiers des interventions sont réalisées par voie médicamenteuse; nous savons sur la base de factures types qu'une telle intervention coûte environ 650 francs. Nous savons qu'un tiers environ des interventions sont réalisées par voie chirurgicale et que sur la base de factures types, on peut estimer le coût moyen de ces interventions à environ 1000 francs.

Evidemment, d'autres chiffres ont été cités. Il peut toujours y avoir des cas particuliers pour lesquels les chiffres sortent de la moyenne et sont supérieurs ou inférieurs à celle-ci, mais globalement ce sont 8 millions de francs. Ces 8 millions de francs, je voudrais l'ajouter, ne sont pas intégralement à la charge de l'assurance obligatoire des soins puisque les femmes concernées doivent encore payer la franchise et la quote-part. 8 millions de francs, c'est le total; il faut en déduire la franchise et la quote-part. Nous pouvons estimer que les coûts effectivement à la charge de l'assurance obligatoire des soins sont donc plus proches des 6 à 7 millions de francs que des 8 millions de francs dont j'ai parlé. Si on prend le chiffre de 6 à 7 millions de francs, cela représente un coût par assuré de 5 à 6 centimes par mois.

En remettant en cause la prise en charge par l'assurance obligatoire des soins voulue en 2002 par le peuple, les initiateurs remettent en question le danger qu'une grossesse non désirée représente pour la santé. Ils remettent en question aussi le fait que l'interruption de grossesse est une intervention médicale thérapeutique qui peut être lourde, qui mérite l'encadrement offert par l'assurance-maladie notamment pour la garantie de la qualité, du caractère approprié de l'intervention ainsi que de l'efficacité.

En vertu de ces arguments, le Conseil fédéral propose au Parlement de recommander de rejeter l'initiative populaire. Celle-ci a des effets économiques extrêmement limités, mais elle remet en cause d'une manière ou d'une autre un cadre légal qui a fait ses preuves, qui garantit une certaine qualité dans les démarches et un accompagnement adéquat pour les personnes concernées. Le Conseil fédéral est d'avis que ces infimes économies qui seraient possibles – 0,03 pour cent des coûts à la charge de l'assurance-maladie de base – ne suffisent pas à justifier les conséquences sociales, juridiques, humaines auxquelles on pourrait s'attendre ou que l'on pourrait craindre suite à une acceptation de l'initiative.

Je vous invite donc à recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire qui vous est soumise.

Steiert Jean-François (S, FR), pour la commission: Pour terminer ce débat, nous n'allons pas reprendre tous les arguments échangés, mais je retiendrai quelques propos et j'apporterai quelques réponses aux principaux arguments avancés.

Le débat a montré, de manière parfois assez paradoxale il est vrai, et Monsieur Müller-Altermatt l'a relevé de manière particulièrement pointue, que le contenu du titre de l'initiative, à savoir la privatisation du financement des interruptions de grossesse, n'a manifestement pas grand-chose à voir avec les vrais enjeux du débat, ce qui a été démontré durant une bonne partie du débat que nous avons mené ce matin et cet après-midi. Une part importante des orateurs et des oratrices qui se sont exprimés en faveur de l'initiative, ainsi que les représentants de la minorité de la commission, ont tenu des propos de principe contre le droit à l'interruption de grossesse. C'est évidemment leur droit, et nous sommes là pour mener un débat démocratique sur des questions de principe. Mais il serait alors plus honnête de demander un vrai débat sur le principe plutôt que de biaiser par la question du financement. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle, avant même ce débat – qui est allé dans le même sens que celui qui a eu lieu en commission –, la majorité de la commission a considéré qu'il y avait un problème d'honnêteté qui se posait entre l'«emballage» et le contenu du débat.

On a pu être frappés également par le fait qu'on peut relever un certain nombre de contradictions entre les initiants. Certains insistent unilatéralement sur le coût, comme par exemple Monsieur Frehner, qui est cohérent dans ses propos mais exclut toute volonté de toucher aux solutions existantes, alors que simultanément d'autres opposants nous disent exactement le contraire et affirment que le coût ne pèse pas dans l'argumentation et qu'il s'agit exclusivement de remettre en question l'obligation de participer au financement des interruptions de grossesse, voire le droit d'avorter. Les initiants ont reproché à leurs opposants, et par là aussi à la majorité de la commission, de prendre l'avortement à la légère. Ils ont invoqué cette légèreté pour demander, par le biais de l'initiative, un verrou financier. Tout le monde sait ici que la décision de procéder à une interruption de grossesse est une décision difficile à prendre et que s'il y a peut-être une femme sur 10 000 qui réfléchit peu avant de le faire – je n'en suis même pas certain –, la grande majorité des femmes concernées traversent des phases difficiles, passant par un processus extrêmement pénible avant de prendre une telle décision. Il est relativement problématique de faire un reproche collectif qui consiste à dire qu'une bonne partie des femmes le font par légèreté. Si l'on prend l'exemple autrichien, où l'on n'a pas d'incitation financière – pour prendre les termes des initiants –, il y a trois fois plus d'avortements qu'en Suisse, ce qui montre manifestement que la question de l'incitation financière n'a rien à voir ici.

Des représentants de tous les partis ainsi que des principales Eglises du pays qui se sont exprimés ont tous affirmé qu'il était indispensable de prendre des mesures politiques pour créer des conditions-cadres permettant au plus grand nombre de femmes dans notre pays d'éviter d'en arriver à une situation où elles doivent faire le difficile choix d'une interruption de grossesse. Mais l'initiative n'apporte absolument rien dans ce sens. D'autres mesures seraient bien plus utiles, comme de prôner de manière plus systématique les mesures d'éducation sexuelle ou encore de créer des conditions matérielles qui permettent aux femmes d'éviter de se trouver dans des situations où ces choix se posent.

Le troisième type d'argument a été exposé par plusieurs collègues – Monsieur Frehner, Madame Flückiger ou encore Madame Geissbühler – qui remettent en cause le principe de non-causalité, qui est un des principes essentiels du fonctionnement de notre loi fédérale sur l'assurance-maladie. L'assurance-maladie a comme principe de base le financement des prestations de santé, par ailleurs des prestations de maternité ou des prestations de prévention. Sur l'ensemble des prestations couvertes par la LAMal, la question de la cause ne se pose pas.

En effet, on ne demande pas à un patient victime d'une cirrhose s'il a bu beaucoup d'alcool ou non: l'assurance obligatoire des soins prend en charge les frais occasionnés par une intervention chirurgicale qui doit être faite suite à cette cirrhose. On ne demande pas à un patient atteint du cancer du poumon s'il a fumé beaucoup ou peu dans sa vie: l'assurance obligatoire des soins prend aussi en charge les frais dans ce cas-là, parce qu'il existe des thérapies permettant de guérir le patient atteint du cancer du poumon. On ne demande pas non plus à une personne qui a des problèmes circulatoires si elle a fait trop ou pas assez de sport, ou d'autres choses encore, qui ont causé les problèmes, cardiaques par exemple, dont elle souffre.

Or, les pathologies dues à des problèmes circulatoires ou les cancers, par exemple, sont des maladies qui nous coûtent 100 à 500 fois plus que la problématique dont nous parlons aujourd'hui. Alors si vous voulez introduire le principe de causalité dans l'assurance-maladie de base, soyez conséquents, introduisez-le de manière systématique. Une personne l'a fait ici: Monsieur Frehner, qui a demandé d'introduire systématiquement le principe de causalité. Mais alors cela signifie que nous devons nous donner les moyens de vérifier systématiquement si un assuré fume peu ou beaucoup – chez lui à la maison aussi, parce que même s'il le fait en cachette, il augmente son risque de cancer du poumon –, qui fait combien de sport, qui boit combien de bière,

de vin, d'alcools forts. Voulons-nous cela? Voulez-vous cela?

La voie de l'introduction du principe de causalité dans l'assurance obligatoire des soins conduit à un système totalitaire et ne fonctionne qu'avec un contrôle systématique de tous les assurés. Seul un pays totalitaire peut mettre en place ce genre de choses. C'est fondamentalement contraire au principe de liberté qui est central dans notre démocratie. Alors, on a l'impression que le choix du premier endroit dans lequel certains souhaitent introduire le principe de causalité n'est pas dû au hasard.

Quelques éléments particuliers du débat méritent encore d'être relevés. La question du viol a été évoquée par plusieurs personnes. Il est inutile de donner une réponse ici. En effet, un membre du conseil a donné une réponse extrêmement claire à la question de savoir s'il est possible ou impossible de faire la différence entre une femme violée et une femme qui ne l'a pas été, au cas où l'initiative devrait être appliquée: c'est Madame Amaudruz. Elle a expliqué d'une manière précise pourquoi les considérations des initiants sur ce point-là ne sont pas praticables.

Monsieur de Courten a demandé, de manière cohérente, de retirer du catalogue des prestations remboursées par l'assurance-maladie non seulement les prestations liées à l'interruption de grossesse, mais aussi toutes les prestations de maternité. Evidemment, c'est cohérent parce que ce sont toutes les prestations qui ne sont pas liées directement à des pathologies.

Il faut cependant rappeler que ces prestations ont été introduites bien avant la LAMal, avec à chaque fois une majorité évidente voire une unanimité pour les introduire. Il s'agit, pour l'ensemble du catalogue des prestations LAMal, des prestations parmi les moins contestées que nous ayons. Monsieur de Courten peut évidemment demander que nous retirions du catalogue des prestations LAMal l'ensemble des prestations liées à la maternité, mais il serait alors plus honnête de le demander formellement et non pas par une initiative qui n'a aucun lien avec cette revendication.

Madame Flückiger précise quels sont les bons et les mauvais chrétiens. C'est un tout petit peu surprenant. En effet, quand on demande de laisser au privé les choses qui concernent le privé et au public ce qui concerne le public, il est un peu surprenant de vouloir décider dans le cadre du Parlement quels sont les bons et quels sont les mauvais chrétiens. Je suppose qu'il s'agit là d'un choix individuel et je souhaite pour notre pays que la question de l'orientation et de la liberté religieuses reste du domaine de la sphère privée.

La majorité de la commission vous invite à recommander de rejeter cette initiative et à suivre ainsi le Conseil fédéral, parce qu'elle estime que l'initiative remet de fait en question – et le débat d'aujourd'hui l'a prouvé –, même si ce n'est pas dit dans le titre, la solution des délais.

La majorité de la commission vous demande de recommander le rejet de l'initiative pour plusieurs autres raisons. Il s'agit d'une solution qui introduit une prétendue responsabilité individuelle, mais elle le fait exclusivement sur le dos de femmes dans des situations difficiles. C'est une initiative qui introduit le principe de causalité, mais exclusivement pour des femmes enceintes qui souhaitent éventuellement procéder à une interruption de grossesse. C'est une initiative qui dit apporter une solution pour faire des économies dans notre système d'assurance-maladie obligatoire, mais qui de fait n'en fera pas, ou presque pas, et entraîne même le risque de causer des coûts supplémentaires. Et enfin, sur le principe, c'est une initiative qui ne dit pas ce qu'elle veut.

Voilà pourquoi, par 18 voix contre 5 et 1 abstention, la commission vous demande de suivre le Conseil fédéral et de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Schmid-Federer Barbara (CE, ZH), für die Kommission: Bei der vorliegenden Initiative geht es nicht um die Frage «Schwangerschaftsabbruch, ja oder nein?», sondern nur um die Frage der solidarischen Finanzierung des straffreien Abbruchs durch die Grundversicherung. Dennoch haben wir

heute in weiten Teilen eine Diskussion zur Fristenlösung geführt. Der Widerspruch zwischen dem Titel der Initiative, dem Inhalt der Initiative und der Aussage der Initianten ist heute offenkundig geworden. Einige Initianten geben zu, dass sie gegen die Fristenlösung sind, und lösen diese Diskussion wieder aus. Andere Initianten betonen, dass es ihnen nicht um die Fristenlösung geht.

Auch bei den Kosten haben wir Widersprüche. Die einen Initianten behaupten, es gehe um Kosten, die anderen, es gehe eben nicht um Kosten, sondern nur um Ethik. Fakt ist, dass keine Kosten gespart werden können.

Die Befürworter der Initiative haben mehrfach erwähnt, dass sie Abtreibungen ablehnen. Das tut auch die Mehrheit der Kommission. Wir haben uns intensiv mit dieser Diskussion auseinandergesetzt, und ausgerechnet die Initianten selber haben der Mehrheit die Argumente geliefert, warum eben dies nichts damit zu tun hat. Sie haben das Beispiel Österreich genannt, wo die Abtreibungen nicht finanziert werden und wo die Abtreibungsrate viel höher ist als bei uns.

Es wurde erwähnt, wir hätten die Christlichkeit zu wenig betont. Auch dieser Aspekt ist in der Kommission diskutiert worden. Von der Mehrheit wurde klar gesagt, dass man sich auch aus christlichen Gründen gegen eine Banalisierung der Abtreibung ausspreche, aber dass eben diese Initiative mehr schade als nütze.

Dazu lag uns auch die Broschüre des Schweizerischen evangelischen Kirchenbundes, «Abtreibung ist keine Privatsache», vor. Der Kirchenbund hat sich intensiv aus christlicher Sicht mit der Initiative auseinandergesetzt. Er ist zum Schluss gekommen, dass die Initiative mehr schadet als nützt; sie gefährdet die Gesundheit der Frau.

2002 haben wir nicht nur über die Fristenlösung abgestimmt, sondern auch darüber, dass die obligatorische Krankenversicherung die Kosten für den Abbruch übernimmt. Wir haben hier also einen Volksentscheid, den die Initiative jetzt wieder rückgängig machen will.

Auch diskutiert, und das hat uns besonders beschäftigt, wurde die Frage der Möglichkeit einer Abtreibungsversicherung. Es wurde nämlich das Bild entworfen, dass es Frauen gebe, welche durchaus Abtreibungen in ihren Lebensplan einbauen würden. Diese Diskussion hat uns sehr beschäftigt.

Zuletzt möchte ich noch erwähnen, dass von einer Minderheit in der Kommission gesagt wurde, dass die Forderung der Initiative nicht in die Verfassung, sondern ins Gesetz gehöre. Gerade aus diesem Grund hat die Mehrheit – bei einem Stimmenverhältnis von 18 zu 5 bei 1 Enthaltung – die Initiative zur Ablehnung empfohlen und bittet Sie, das auch zu tun. Diese Sache gehört nicht in die Verfassung.

Freysinger Oskar (V, VS): Frau Schmid-Federer, eine kurze Frage, weil das auch von den Sprechern immer wieder thematisiert wurde. Sie stellen sich immer die Frage, wieso die Leute, die diese Initiative unterstützen, ständig Argumente gegen die Fristenlösung vorbringen. Ja, können Sie sich vorstellen, dass der Grund einfach der ist, dass wir zuerst begründen müssen, warum wir gegen diese Fristenlösung sind, damit wir dann nachher erklären können, warum wir nicht mitbezahlen wollen?

Schmid-Federer Barbara (CE, ZH), für die Kommission: Herr Freysinger, ich verstehe Ihren Widerspruch. Das Problem ist einfach: Wenn Sie die Fristenlösung angreifen wollen, dann tun Sie es! Tun Sie es, lancieren Sie eine Initiative gegen die Fristenlösung! Es ist sonst nicht ehrlich, denn die vorliegende Initiative berührt die ganze Thematik nicht. Das ist ein Widerspruch, den Sie mit Ihren Mitinitianten lösen müssen. Es sind übrigens nicht alle gleicher Meinung. Die einen Initianten betonen, dass sie die Fristenlösung nicht angreifen, und die anderen wollen nur das. – Das ist Ihr Problem und nicht meines.

Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin): Ich möchte einen Geburtstag bekanntgeben: Wir gratulieren Frau Margret Kiener Nellen ganz herzlich und wünschen ihr alles Gute! Wir wün-

schen ihr einen schönen Abend und geben uns jetzt Mühe, dass er möglichst lang wird. *(Beifall)*

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Financer l'avortement est une affaire privée – Alléger l'assurance-maladie en radiant les coûts de l'interruption de grossesse de l'assurance de base»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Bortoluzzi, Borer, de Courten, Frehner, Röstli)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Bortoluzzi, Borer, de Courten, Frehner, Röstli)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.052/8854)

Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 29 Stimmen